

DAS ARCHIV

ZEITUNG FÜR WOLFSBURGER STADTGESCHICHTE

0,00 €

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfsburg

Jg. 6 (Mai 2021)

Editorial

VON ALEXANDER KRAUS

Vier Jahre ist es nun her, dass im Zuge der Freilegung der Fundamentreste der Gefangenenbaracke 4 des einstigen KZ-Außenlagers Laagberg eine lokal wie überregional heftig geführte Debatte entbrannte, wie mit den Relikten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft umgegangen werden sollte. Nicht wenige unserer Leserinnen und Leser erinnern mit Sicherheit, wie intensiv und leidenschaftlich während der durch das IZS veranstalteten Workshops auf der Suche nach einer angemessenen Form des Gedenkens gerungen, debattiert und reflektiert wurde. Ähnlich intensiv wurde auch bei *Hoskins Architects Ltd.*, *guba+sgard Landschaftsarchitekten* und *Ralph Appelbaum Associates* diskutiert, ehe sie sich an den gemeinsamen Entwurf setzten, mit dem sie den europaweit ausgeschriebenen Realisierungswettbewerb für den angedachten Gedenk- und Lernort KZ-Außenlager Laagberg für sich entscheiden konnten. In unserem Interview gewähren sie tiefe Einblicke in den Entstehungsprozess und ihre Überlegungen.

Dass auch ein auf den ersten Blick als unpolitisch erscheinender Beruf wie der des Gartengestalters eng mit der Geschichte des Nationalsozialismus verbunden sein kann, zeigt die biografische Skizze, die Marcel Glaser über Wilhelm Heintz erarbeitet hat. Dieser war maßgeblich für die Grünplanungen in der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ verantwortlich und auch sonst rege in die nationalsozialistischen Großplanungen eingebunden. Mitten hinein in die Lebenswirklichkeit in der damaligen NS-Mustersiedlung führt die Münsteraner Historikerin Lucinda Jäger – und dies anhand eines Konvoluts an Briefen, die Irmgard Busch an ihre Eltern über die Kriegsjahre hinweg versandte. Die Briefe lassen uns an den Alltags- und Kriegserfahrungen einer vergleichsweise privilegierten Hausfrau teilhaben.

Felix Bauer und Marie Rauschenberger lenken mit ihren Reden, die sie zum Holocaust-Gedenktag 2021 gehalten haben, die Aufmerksamkeit zum einen auf jene Vernichtungslager, die meist im „Schatten“ von Auschwitz stehen: Belzec, Treblinka und Sobibor, zum anderen auf unseren Umgang mit einer zunehmenden Fremdenfeindlichkeit.

Mit Gina Fuhrich wagen wir schließlich den Sprung in die 1970er Jahre, als sich die Arbeitswelt im Zuge der Einführung von Industrierobotern signifikant veränderte. Anhand von 130 Interviews, die Ende des Jahrzehnts mit Arbeiterinnen und Arbeitern des Wolfsburger Volkswagenwerks geführt wurden, zeigt die Historikerin auf, wie die Betroffenen selbst die Robotereinführung wahrnahmen und was sich für sie konkret und gefühlt veränderte.



Entwurfsskizze Gedenk- und Lernort KZ-Außenlagerlaagberg, © *Hoskins Architects*

Zur Gestalt des zukünftigen Gedenk- und Lernorts KZ-Außenlager Laagberg

Interview mit *Hoskins Architects Ltd.*, *guba+sgard Landschaftsarchitekten* und *Ralph Appelbaum Associates*

Im Februar des letzten Jahres lobte die Stadt Wolfsburg einen interdisziplinären Realisierungswettbewerb für den anvisierten *Gedenk- und Lernort KZ-Außenlager Laagberg* aus. Aus ganz Europa bewarben sich 42 Teams um die Teilnahme am Wettbewerb, 15 wurden schließlich im April ausgewählt und entwickelten von da an Ideen für einen überregional bedeutsamen Ort demokratischer Bildung am Laagberg. Der gemeinsame Berliner Entwurf von *Hoskins Architects Ltd.* mit *guba+sgard Landschaftsarchitekten* und *Ralph Appelbaum Associates Inc.* wusste die im September tagende 11-köpfige Jury unter Vorsitz der Berliner Architektin Professorin Hilde Léon zu überzeugen. Anita Placenti-Grau sprach mit Gabriele Bernatzky von *Hoskins Architects*, Thomas Guba von *guba+sgard Landschaftsarchitekten* und Vanessa Offen von *Ralph Appelbaum Associates* über den gemeinsamen Weg zum preisgekrönten Entwurf, der auf den folgenden Seiten vorgestellt wird.

Anita Placenti-Grau: Auf Ihrer Homepage schreiben Sie, Herr Guba, Sie seien „glücklich und stolz, dass wir die Jury mit unserer Antwort auf eine so wichtige und schwierige Aufgabenstellung überzeugen

konnten“. Die Projektvorstellung auf der Homepage von *Hoskins Architects Ltd.* wiederum benennt eine der schwierigsten Herausforderungen der Planung konkret, ging es doch darum, etwas „erfahrbar“ zu machen, „was nicht mehr sichtbar ist“. Daher möchte ich zunächst fragen, wie Sie sich einen Zugang zum Thema erarbeitet haben. Welche Überlegungen stellen Sie an, um eine (landschafts-)architektonische Sprache für den Gedenk- und Lernort zu finden?

Thomas Guba: Um überhaupt am Wettbewerb teilnehmen zu dürfen, mussten wir uns zunächst qualifizieren. Anders als üblich waren hierfür nicht in erster Linie Referenzen nachzuweisen, sondern auf die Frage zu antworten, was unserer Meinung nach für das Erinnern an die nationalsozialistische Vergangenheit in Deutschland künftig wichtig sei. Das war ein großartiger Einstieg in die Thematik.

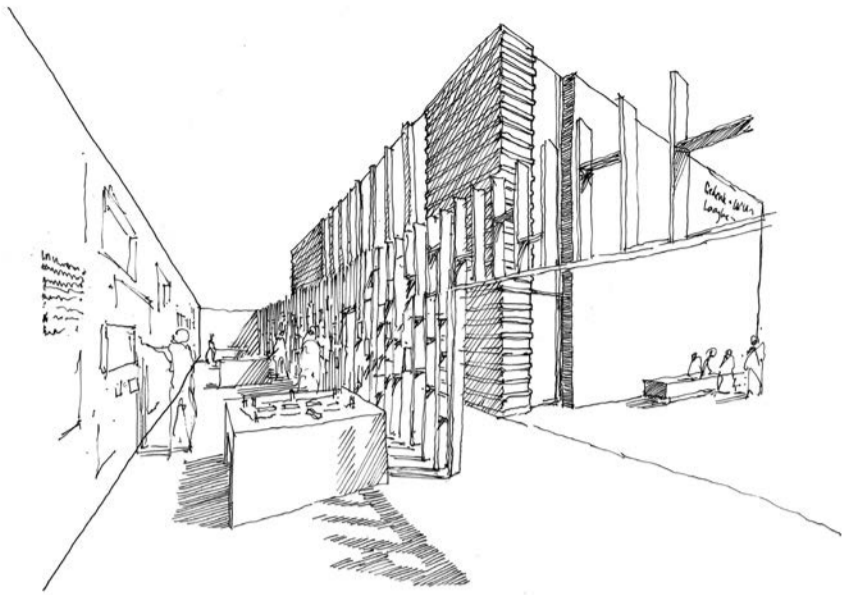
Gabriele Bernatzky: Ja, das war ein ungewöhnlicher Ansatz, den die Stadt Wolfsburg für den Wettbewerb wählte, und es war zugleich ein überaus inspirierender Startschuss für uns als Planer.

Wir näherten uns der diffizilen Aufgabenstellung, indem wir die Teilnehmerinnen unserer Bergergemeinschaft bestehend aus Landschaftsarchitekten,

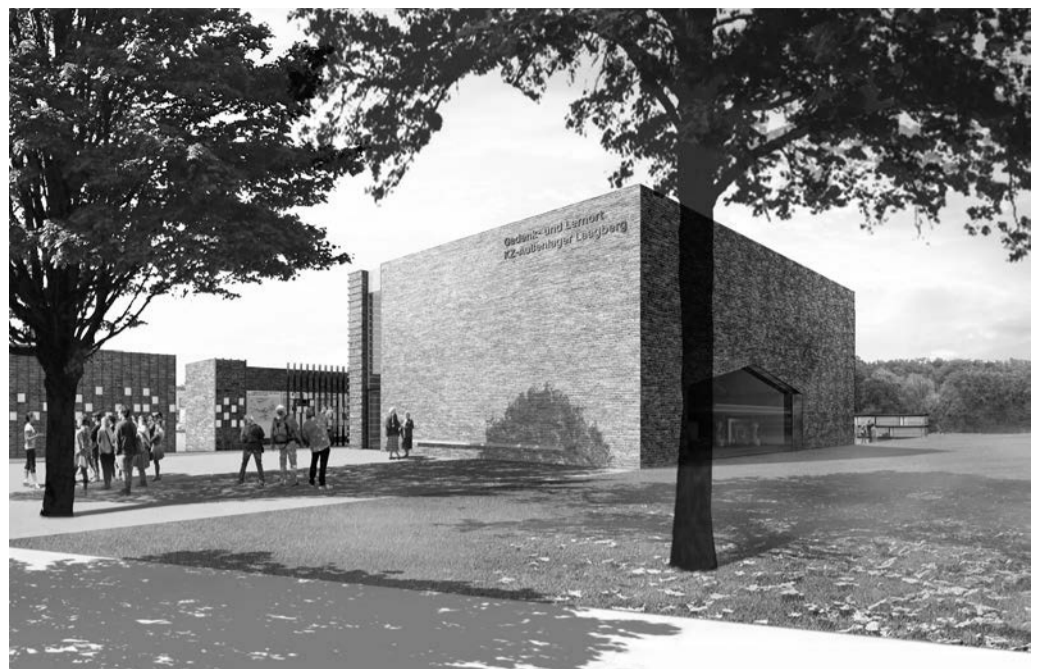
Ausstellungsgestalterinnen und Kunsthistorikerinnen spontan zu einem interdisziplinären Workshop ins Büro einluden. Der Komplexität der Aufgabenstellung, so dachte ich mir damals, können wir uns am besten nähern, wenn wir möglichst viele Stimmen zu Wort kommen lassen und uns selbst den Raum geben, um in einem offenen Dialog herauszufinden, was uns ganz persönlich für das Erinnern an die nationalsozialistische Vergangenheit wichtig ist. Wenn wir uns trauen in den gemeinsamen Diskurs zu treten, haben wir die Chance, dieses gesellschaftliche Thema möglichst vielfältig zu betrachten.

Am Tag des Workshops war ich dann selbst überrascht, wie schnell und emotional wir über persönliche Erinnerungskulturen diskutierten und wie groß die Bereitschaft in unserer Planungsgemeinschaft war, die Sichtweise des jeweils anderen zu verstehen und mit der eigenen Meinung zu ergänzen. *Fortsetzung auf Seite 2*





Entwurfsskizze Gedenk- und Lernort KZ-Außenlager Laagberg © Hoskins Architects



Visualisierung © Hoskins Architects | guba+sgard Landschaftsarchitekten | Ralph Appelbaum Associates

Fortsetzung von Seite 1 Am Ende des kontrovers diskutierten Nachmittags stellten wir fest, dass – obwohl wir beim Umgang mit der Erinnerungskultur unterschiedliche Aspekte für jeweils wichtig hielten –, wir uns alle darin einig waren, dass der Nachmittag und die Beschäftigung mit dem Thema uns lebendig erinnern hat lassen. Wir merkten, dass durch den offenen Diskurs die Erinnerung weiterleben kann und wir nahmen uns vor, diesen Gedanken in den Entwurf des Gedenk- und Lernortes als einen Ort der Kommunikation einfließen zu lassen.

Thomas Guba: Um auf den zweiten Teil Ihrer Frage zu antworten: Nachdem wir vor Ort waren, wo buchstäblich nichts mehr vom ehemaligen KZ zu erkennen ist, und ich fast Wut darüber empfunden habe, wie der Ort nach dem Krieg banalisiert wurde, habe ich mich besonders für die Themen Originalität, Aura und Authentizität interessiert. Von alledem scheint ja nichts mehr vorhanden zu sein. Hierbei haben mir die Aufsätze des von Ihnen mit herausgegebenen Buches *Ein Erinnerungs- und Lernort entsteht – Die Gedenkstätte KZ-Außenlager Laagberg in Wolfsburg* sehr weitergeholfen. Christian Mehr schreibt hier über die „konstruierte Authentizität“, dass alles Wissen über Vergangenes eines Mediums bedürfe, durch das der Betrachter seine Vorstellung gewinne. Durch diese Medialisierung relativiere sich die Bedeutung des Originals. Das ist ein gedanklicher Rettungsanker für einen Ort wie Laagberg! Für mich als Landschaftsarchitekt habe ich daraus den Schluss gezogen, dass ich im Freiraum vor allem die räumlichen Voraussetzungen für das Erfahren der Vergangenheit schaffen muss – und mich in meiner Gestaltssprache sehr zurückhalte.

Anita Placenti-Grau: Ich möchte gerne einen Aspekt aus der ersten Frage noch einmal vertiefen. Die Unrechtsgeschichte sichtbar zu machen, obgleich der Ort, an dem sich das Unrecht ereignet hat, schon vielfach nachgenutzt und überformt wurde – dafür bedarf es spezieller Lösungen. Wie sind Sie in Ihrem Entwurf mit dem Nichtsichtbaren umgegangen?

Gabriele Bernatzky: Dass der Ort schon vielfach nachgenutzt und umformt wurde, habe ich als wichtiges Zeichen seiner Zeit gesehen. Auch die Überformung beschreibt einen Teil unserer Erinnerungskultur. Sie hat eine Berechtigung, mit der man sich heute auseinandersetzen muss. In unserer Architektursprache war uns wichtig, dass wir das Unsichtbare sichtbar machen, ohne den lehrenden Zeigefinger zu heben. Unser Entwurf erzählt die Geschichte eines Ortes auf eine zurückhaltende, subtile Art. Es zeichnet selbstbewusst die Grenzen des ehemaligen Lagers

nach, ohne dass der Besucher dies sofort versteht oder gar verstehen muss.

Da ist zum Beispiel das Ausstellungselement des Regals der Erinnerung, das zwischen den Ausstellungsräumen und dem Hauptkörper exakt an dem Ort verläuft, an dem der Elektrozaun das ehemalige Gefangenenlager begrenzte. Der Seminarraum wiederum wurde in seiner Abmessung genau auf den Fundamenten der Gefangenenbaracke 1 positioniert und zeichnet in seiner inneren Kubatur genau die Negativform von zwei Baracken nach. Nach außen hin ist dies anhand des Fensters abzulesen, das die Umrisse der Giebelfront der Gefangenenbaracke 1 aufzeigt. Wir stellten uns vor, wie der Vermittlungsprozess durch das räumliche Empfinden im Seminarraum unterstützt wird, wenn beispielsweise dort eine Schulklasse zusammenkommt und erfährt, dass innerhalb dieser räumlichen Proportionen ehemals 48 KZ-Häftlinge lebten.

Vieles spielt sich im Kopf ab und wir glauben, dass es durch den neuen Gedenk- und Lernort gelingen kann, dass die Besucher das Unsichtbare erfahren können, ohne dass es ihnen im klassischen Sinne gezeigt wird.

Thomas Guba: Genau diesen zurückhaltenden Ansatz haben wir auch im Außenraum verfolgt. Wir wollten sozusagen am Rand bleiben und eine betrachtende Position einnehmen. Hierfür haben wir einen Steg konzipiert, der entlang der Waldgrenze verläuft – also außerhalb des ehemaligen Lagers, aber genau parallel zu diesem.

Hierdurch wird zum einen die Ausdehnung des ehemaligen Lagers erfahrbar – rund 400 Meter. Zum anderen sind entlang des Stegs Plattformen angeordnet, deren Breite denen der ehemaligen Baracken und anderer wichtiger Elemente entspricht, von denen heute jedoch nichts mehr zu sehen ist. Durch das Vermessen des Raums wie im Orthogonalverfahren entsteht die Möglichkeit, den Ort mit all seinen zeitlichen Schichten darzustellen.

Für den Besucher beziehungsweise die Besucherin wird es immer die Diskrepanz geben zwischen dem Ort, an dem er oder sie steht und der sich auf das Lager bezieht, und dem, was er oder sie dort heute sieht – beispielsweise eine Tankstelle. Aufgelöst werden muss das letztendlich natürlich durch ein Ausstellungskonzept, das alle zeitlichen Schichten darstellt.

Anita Placenti-Grau: Der konzipierte Gedenk- und Lernort soll stilles Gedenken und aktive politische Bildungsarbeit gleichermaßen ermöglichen – zwei Formen des Erinnerns, die sich mitunter im Weg stehen können. Wie treten beide Erinnerungspraktiken in Ihrem konkreten Entwurf in Beziehung zueinander?

Gabriele Bernatzky: Grundsätzlich verstehen wir unsere Entwürfe immer nur als räumliche Angebote für die Besucher und Besucherinnen. Am Gedenk- und Lernort schaffen wir mit unserer Architektur die räumliche Voraussetzung für zukünftige Vermittlungsarbeit.

Um den unterschiedlichen Anforderungen gerecht zu werden, haben wir

hier Räume unterschiedlicher Qualität geschaffen. Die Ambivalenz des Ortes bot sich hierfür an. Die Stille des Waldes auf der einen und die Lebendigkeit des Wohngebietes auf der anderen Seite gaben uns die Möglichkeit, beiden Erinnerungspraktiken einen Ort zu geben.

Die aktive politische Bildung sehen wir vornehmlich im und um das Hauptgebäude herum. Der prominente Kubus steht dabei als markantes Zeichen im Stadtteil Laagberg und signalisiert nach außen: Hier ist etwas Bedeutendes passiert. Dabei sitzt der Gedenk- und Lernort zwischen Tankstelle und Nahversorger an einer geradezu idealen Stelle, um als Zeichen seiner Zeit verstanden zu werden.

Thomas Guba: Bei der Ortsbesichtigung, die am zukünftigen Baufeld im Norden des Projektgebietes begann, stellten wir uns in der Tat die Frage, wie in dem gegebenen städtebaulichen Kontext ein stilles Gedenken stattfinden könne.

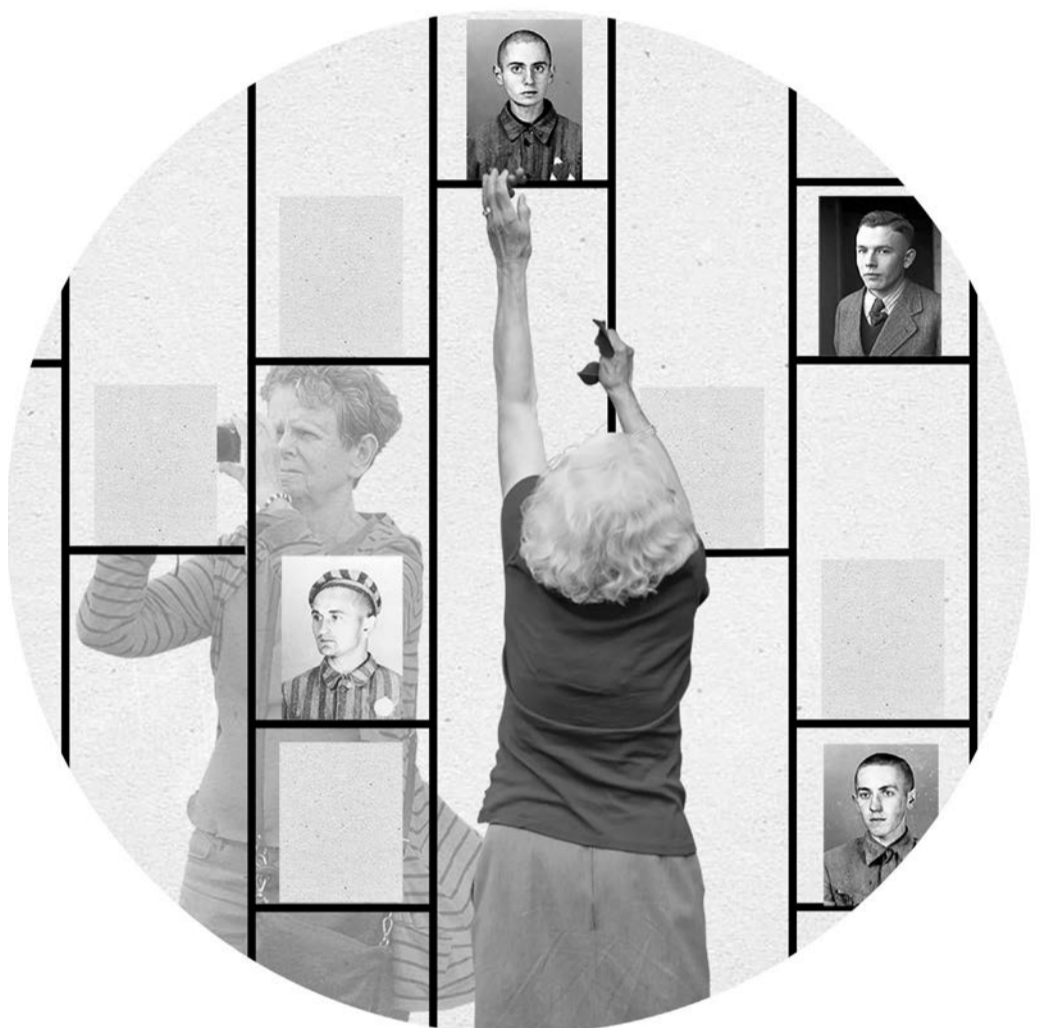
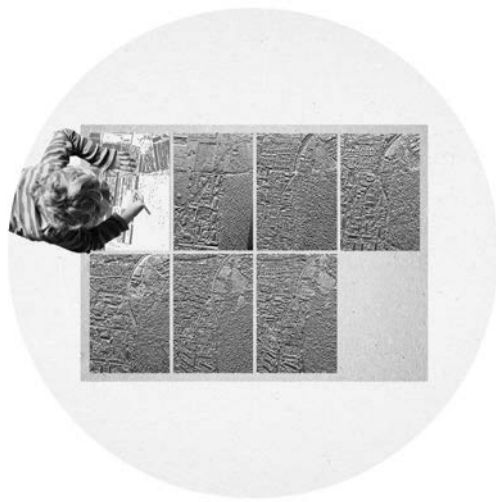
Wir haben unseren Weg dann direkt entlang der Waldkante fortgesetzt – noch bevor wir die ehemalige Lagerfläche komplett besichtigt hatten. Plötzlich war statt Verkehrslärm Vogelgezwitscher zu hören. Da war es naheliegend, diese Fläche einzubeziehen. Die Waldkante hatte zudem eine besondere Bedeutung für die Gefangenen. Sie lag außerhalb des Lagers, hier war die Freiheit. Der Wald war der Sehnsuchtsort. Das oben beschriebene Konzept von Steg und Plattformen, die groß genug sein werden, damit sich hier auch kleine Gruppen versammeln können, ermöglicht beide von Ihnen genannte Erinnerungspraktiken.

Ein weiterer Freiraum, an dem jedoch die politische Bildungsarbeit im Vordergrund steht und der sich tatsächlich auf der ehemaligen Lagerfläche befindet, ist der „Ort der Verantwortung“. So haben wir eine Fläche direkt neben der ehemaligen Baracke 4 genannt, also ganz im Süden des Geländes, wo es einen überdimensionalen Tisch mit einem Reliefmodell des Lagers geben soll, um den herum man sich versammeln kann. Direkt neben dieser Stelle wurden die Fundamente der Baracke 4 gefunden, wodurch der ganze Prozess ausgelöst wurde, der zur Idee führte, einen Lern- und Gedenkort in Laagberg zu errichten. Hier wurde von der Bürgerschaft gesamtgesellschaftliche Verantwortung übernommen. Dies wollen wir an dieser Stelle würdigen und einen Ort schaffen, an dem die Diskussion weitergeführt werden kann. Hier schließt sich bildlich gesprochen der Kreis und räumlich der Rundgang, der am Ausstellungs- und Lernort im Norden beginnt und entlang der Waldkante bis zu diesem Ort führt.

Gabriele Bernatzky: Gleichzeitig ist uns wichtig, dass die Erinnerungspraktiken überall stattfinden können, und dass die



© Hoskins Architects



Alle Abbildungen © Hoskins Architects | guba+sgard Landschaftsarchitekten | Ralph Appelbaum Associates

Besucherinnen und Besucher für sich entscheiden können, wann, wo und wieviel sie sich dem Prozess und der Erinnerung widmen möchten.

Anita Placenti-Grau: Sie haben sich in Ihrem Entwurf bewusst gegen kleinteilige Interventionen in der bestehenden Quartiersstruktur entschieden, stattdessen auf einen Lehrpfad an der historischen Waldkante gesetzt. Können Sie uns einen Einblick in die dahinterliegenden Überlegungen geben?

Thomas Guba: Uns kam es verkehrt vor, an Ort und Stelle Nichtmehrsichtbares zu markieren und zu erläutern: Zunächst, weil es sehr schnell banal wirken kann, wenn zum Beispiel am Rande eines Parkplatzes irgendwelche Objekte mit Hinweisen auf die Vergangenheit des Ortes stehen. Dann, weil das Gelände durch Bebauung und Verkehrsflächen so stark verändert ist, dass wir gar keine Möglichkeit gesehen haben, wie man die ehemaligen räumlichen Zusammenhänge und deren Bedeutung verständlich darstellen könnte. Vor allem aber, weil heute hier Menschen wohnen und ihren Lebensmittelpunkt haben. Wir finden, dass man nicht zu jeder Tageszeit mit der Geschichte des Ortes konfrontiert werden muss, sondern sich selbst dafür

entscheiden können sollte, wie das stattfindet.

Vanessa Offen: Gleichzeitig war es uns als Ausstellungsgestalter wichtig, für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Lagers auch außerhalb des eigentlichen Gedenkortes einen Rahmen zu schaffen, der den Besucherinnen und Besuchern Ruhe und Raum zum Nachdenken bietet. Dies ist mitten im Wohngebiet nur sehr bedingt möglich, während die Waldkante an sich schon so einen Raum bildet.

Anita Placenti-Grau: In unserer Konzeption für den geplanten Gedenk- und Lernort spielt auch das Kunstwerk *Konzern* von Andreas von Weizsäcker eine zentrale Rolle. Wie fügt sich das Themenfeld Kunst gegen das Vergessen in Ihren Entwurf?

Vanessa Offen: Kunst kann natürlich einen ganz eigenen Beitrag gegen das Vergessen leisten. Sie „darf“ subjektiv sein. Damit stehen ihr Ausdrucksmöglichkeiten offen, die die Geschichtswissenschaft so nicht hat. Das Kunstwerk *Konzern* hat uns bereits bei unserem Besuch im Dokumentationszentrum in der Schlossremise sehr beeindruckt. Es transportiert ganz unvermittelt so viele Aspekte der Geschichte, wenn auch

nicht des KZ-Außenlagers Laagberg, so doch der Zwangsarbeit, die anders nicht erfahrbar wären: den Blick der sowjetischen Zwangsarbeiter auf die unerreichbare Freiheit in Form der Waldkante, ihr in den Einritzungen ausgedrückter Lebenswille, das hier tatsächlich wörtliche Überwachen von Geschichte. Es war uns daher wichtig, am neuen Ort des Kunstwerks, einen eigenen Raum zu schaffen, der es Besucherinnen und Besuchern ermöglicht, es in direktem Sichtbezug zur Waldkante zu erleben und auf sich wirken zu lassen. Wie Andreas von Weizsäcker haben wir daher die heutige Waldkante auch als Zeugin der Geschichte verstanden und entlang dieser Kante die Vermittlungsebene zur Vermessung des Lagers platziert.

Gleichzeitig benötigt natürlich auch dieses Kunstwerk Kontextualisierung und Erläuterung, es ist doch recht komplex und bringt inzwischen auch selbst eine eigene Geschichte mit. Als Ausstellungsgestalter ist bei der Präsentation von Kunst für uns immer die Frage zentral, wie viel und welche Vermittlung ein Kunstwerk benötigt oder verträgt, ohne ihm seine „Aura“ zu nehmen, es überzuinterpretieren oder sich anzumaßen für die Künstlerin, den Künstler zu sprechen. Diese Balance zu finden, wird grundsätz-

lich bei der Präsentation von Kunst am Laagberg ein wichtiges Thema sein.

Anita Placenti-Grau: Dem Politikwissenschaftler Peter Reichel zufolge war schon in den 1990er Jahren die Frage, „ob und wie“ die nationalsozialistische Vergangenheit „in Kunstwerken und speziellen Gedächtnisorten vergegenwärtigt werden kann und soll“ umstritten. Sie ist es nach wie vor. Und dies gilt wohl gemerkt, obgleich sich die „organisierte Erinnerungskultur des Holocaust auf ein globales Netz von speziellen Erinnerungsträgern – Forschungsinstitute, Archive, Bibliotheken, Museen, Gedenkstätten, Denkmäler und Gedenktage“ – stützen kann.¹ In welche Richtung wird sich die deutsche Erinnerungskultur aus Ihrer Sicht mit Blick auf Gedenkstätten in den kommenden Jahren entwickeln?

Vanessa Offen: Als Bewohner dieses Landes sind wir erst einmal vor allem davon überzeugt, dass das Erinnern an die Verbrechen des Nationalsozialismus heute und wohl auch in Zukunft wichtiger ist denn je. Als Ausstellungsgestalter sind wir uns dabei natürlich bewusst, dass die Art und Weise, wie Erinnerungskultur „funktioniert“, dadurch dass die Ära der Zeitzeugen zu Ende geht, sich bereits im *Fortsetzung auf Seite 4*



Lageplan © Hoskins Architects |
guba+sgard Landschaftsarchitekten |
Ralph Appelbaum Associates

Fortsetzung von Seite 3 vergangenen Jahrzehnt stark verändert hat und sich in den kommenden Jahren noch mehr verändern wird. Wir müssen Wege finden, die Geschichte auch ohne die Vermittlung durch Zeitzeugen emotional erfahrbar zu machen, immer sorgfältig darauf bedacht, Besucherinnen und Besuchern nicht zu suggerieren, was und wie sie fühlen sollen.

Am Laagberg haben wir dabei die besondere Situation, dass als Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart die Geschichte derer dienen kann, die seit 1945 bis heute aktiv darum kämpfen, die Erinnerung wach zu halten. Zu diesen gehören die Nachkommen ehemaliger Häftlinge des KZ-Außenlagers Laagberg ebenso wie die Bürgerinnen und Bürger Wolfsburgs, die sich für die Errichtung der Gedenkstätte eingesetzt haben.

Gabriele Bernatzky: Wir sind überzeugt, dass Gedenkorte – so wie übrigens Ausstellungen und Museen auch allgemein – immer mehr als Orte der Kommunikation gedacht werden müssen. Als Orte, die den Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit bieten, für sich und mit anderen in einen Austausch darüber zu treten, in welchem Bezug die Ereignisse der NS-Zeit zu ihrer heutigen Lebenswirklichkeit stehen.

Thomas Guba: Ich möchte noch einmal einhaken bei der Formulierung „Bewohner dieses Landes“, die Vanessa Offen gerade verwendet hat. Natürlich ist man als

Deutscher mit deutschen Vorfahren besonders angesprochen, wenn es um den Nationalsozialismus geht. Aber schon für die heute 15 bis 20-Jährigen gibt es ja kaum noch eine direkte Vermittlung der NS-Zeit durch Zeitzeugen, die eher der Urgroßeltern- als der Großelterngeneration angehören, und in 20 Jahren sind wir noch eine Generation weiter. Auch die Erzählungen innerhalb der Familien über diese Zeit werden immer mehr verblassen, sodass es irgendwann keinen Unterschied mehr machen wird, ob man in diesem Land als Bürger mit deutschen oder nichtdeutschen Wurzeln lebt.

Trotzdem gibt es meiner Meinung nach eine Verantwortung zur Erinnerung für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes und die NS-Verbrechen müssen Teil des kollektiven Gedächtnisses bleiben. Ich denke, dass sich die Fragen „Wie konnte es dazu kommen?“, „Wie hätte ich mich damals verhalten?“, „Wo erkenne ich heute Ausgrenzung, Diffamierung, Hass und wie gehe ich damit um?“ für jeden und immer wieder neu stellen – egal mit welchem familiären oder kulturellen Hintergrund. Jede Generation wird hierzu einen anderen Zugang finden und das funktioniert nur, wie Gabriele Bernatzky schon gerade sagte, über den Austausch miteinander und Orte der Kommunikation.

¹ Peter Reichel, Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit. München/Wien 1995, S. 9f.

Spätes Erinnern in Belzec, Treblinka und Sobibor

Rede zum Holocaustgedenktag am 27. Januar 2021

VON FELIX BAUER

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zum Symbol des Holocaust geworden. Auch der heutige Gedenktag beruht auf dessen Befreiung durch sowjetische Truppen. Doch nicht nur dort fand der systematische Massenmord statt. Nur haben die anderen Lager infolge der Aufmerksamkeit und Fokussierung, die Auschwitz-Birkenau in der Nachkriegszeit und bis heute erfahren hat, außerhalb der Geschichtswissenschaften nur wenig Beachtung gefunden. Als sich die deutschen Soldaten aus den besetzten Gebieten zurückziehen mussten, gelang es den verantwortlichen SS-Totenkopfverbänden, einzelne dieser Vernichtungslager wie Belzec und Treblinka dem Erdboden gleich zu machen. Fast alle Spuren wurden verwischt. Doch was bedeutet es, wenn jene Lager und all die Menschen, die dort leiden und ihr Leben lassen mussten, kaum Beachtung erfahren, in Vergessenheit geraten? Setzt man das begangene Unrecht dann nicht noch fort?

An drei Lager soll heute hier erinnert werden, bei denen ich selbst verwundert über mich war, zuvor noch nie etwas über sie gehört zu haben. Dabei bin ich doch an Geschichte interessiert und belegte das Unterrichtsfach im Abitur als Leistungskurs. Doch ich denke, nicht nur mir geht das so.

Im Rahmen der sogenannten Aktion Reinhardt wurden im Frühjahr 1942 die Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka im damaligen Generalgouvernement errichtet. Es umfasste jene okkupierten Gebiete in Polen, die nicht an das Deutsche Reich angegliedert wurden. Die genannten Lager hatten nur eine einzige Aufgabe: die größtmögliche systematische rassenideologische Ermordung unschuldiger Menschen. Der Befehl des Reichsführers SS, Heinrich Himmler, lautete, alle Juden, Sinti und Roma in dem Gebiet mit Gas zu töten. Meist wurde Kohlenstoffmonoxid genutzt, was zum Erstickungstod führte. Als Wachmänner waren neben Angehörigen der SS stets auch viele „Trawniki“-eingesetzt, in einem Speziallager ausgebildete „fremdvölkische“ oder „volksdeutsche“ Einheiten der SS, meist Ukrainer, Polen aber auch Letten und Esten. Kaum im Lager angekommen, wurden die meisten Gefangenen direkt in die Gaskammern geschickt. Wenige kräftige Häftlinge mussten als „Arbeitsjuden“ in den Lagern Aufgaben übernehmen – etwa die gestohlenen Wertgegenstände neuer Häftlinge sortieren oder die Transportzüge reinigen. Eine größere Überlebenschance hatten sie dadurch nicht; auch sie wurden nach und nach ermordet und in regelmäßigen Abständen ausgetauscht. Auf diese Weise sollte verhindert werden, dass sie – Zeugen der Verbrechen – überleben und später von der systematischen Ermordung Bericht ablegen konnten.

Alle drei Lager wurden, als die sowjetischen Soldaten näher rückten – ein Großteil der Juden, Sinti und Roma war bereits ermordet –, von den Tätern zerstört, Beweisdokumente vernichtet, weshalb bis heute keine genauen Angaben zu den Opferzahlen bekannt sind. Die Forschung muss mit Näherungswerten

vorliebnehmen. An ihren Standorten pflügten die Nationalsozialisten den Boden um, pflanzten Bäume und errichteten sogar Bauernhäuser. Wohl auch infolge dieser Tarnmanöver erhielten sie später wenig bis kaum Beachtung. Die SS legte von Anfang an Wert darauf, die Geschehnisse in den Lagern möglichst geheim zu halten. Doch kann davon ausgegangen werden, dass einigen Bewohnerinnen und Bewohnern der umliegenden Gegend durchaus bewusst war, was sich dort ereignete. Der Gestank der verwesten und verbrannten Leichen verbreitete sich kilometerweit. Den polnischen Bürgerinnen und Bürgern konnten die regelmäßigen Menschen Transporte, die allein in eine Richtung erfolgten, nicht unbemerkt bleiben. Es wurde weggeschaut, wenn nicht gar sympathisiert. Nach dem Krieg wurden die Gebiete anfangs sogar von Grabräubern durchsucht, die das ‚Gold der Juden‘ finden wollten.

Viele Informationen wurden später mit Hilfe von Zeitzeugen oder Zeitzeuginnen rekonstruiert, die die Lager nach erfolgreicher Flucht überlebt hatten. Da es nur wenige waren, ging ein inzwischen längst etablierter Zugang zur Geschichte verloren, der aus der Sicht der Betroffenen erfolgt und somit ein ganz anderes, authentischeres Bild aufzuzeigen vermag. Das Fehlen der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wirkte sich auch auf mehrere gerichtliche Verfahren aus, in denen alliierte und örtliche Gerichte wie etwa in Polen oder Deutschland einige der Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen sollten. Die Menschen, die überlebt hatten, mussten jedoch für den Rest ihres Lebens mit ihren Erinnerungen leben.

Das Vernichtungslager Belzec wurde im März 1942 errichtet. 400.000 bis 500.000 Menschen wurden hier bis zum Ende desselben Jahres deportiert und umgebracht, bis der Transport Mitte Dezember aus ungeklärten Gründen gestoppt wurde. Im Jahr 1943 folgte die Schließung des Lagers. Es sind allein drei Überlebende aus Belzec bekannt, die Zeugnis über das Geschehene ablegen konnten: Rudolf Reder, Chaim Hirszman und Izrael Szapiro. Hirszman etwa floh aus dem Transport und schloss sich einem Partisanenverband an. Im Jahre 1963 entstand ein Erinnerungszeichen, das jedoch die Verbrechen, die hier stattfanden, nur unzureichend thematisierte. Es sollte bis ins Jahr 2004 dauern, bis eine Gedenkstätte und ein dazugehöriges Museum eröffnete. Beide kamen dank der Zusammenarbeit des „American Jewish Committee“ und dem „Rat zum Schutz des Gedenkens an Kampf und Martyrium“ aus Warschau zustande.

Die anderen beiden Lager, Sobibor und Treblinka, demonstrieren, wie unterschiedlich selbst die Geschichte der Vernichtungslager verlief. Hier haben sich Widerstandsgruppierungen der Häftlinge in den Lagern gebildet, um für ihre Freiheit zu kämpfen. Nachdem Belzec aufgelöst worden war und es Anzeichen dafür gab, dass die anderen beiden Lager ebenfalls aufgegeben werden sollten, ahnten die Gefangenen, dass dann auch sie hingerichtet werden sollten, damit keine Zeugen überleben. Das zynische Bild der wehrlosen jüdischen Opfer, die



Luftaufnahme, Belzec, circa 1944,
Quelle: National Archives and
Records Administration

sich ihrem Schicksal ergaben, wurde in diesen beiden Lagern konterkariert. Trotz ihrer verzweifelten Lage ließen die Häftlinge die Hoffnung nicht fahren, leisteten Gegenwehr. So etwa in Treblinka, das seit Juli 1942 betrieben wurde.

Insgesamt fanden hier etwa 900.000 Menschen den Tod. Doch Anfang des Jahres 1943 bildete sich eine Widerstandsgruppe im Lager. Sie plante einen Aufstand, der am 2. August 1943 tatsächlich ausbrechen sollte. Die Gefangenen nutzen geschmuggelte Granaten und Schusswaffen, der Häftling Standa Lichtblau sprengte einen Benzintank, entfachte ein großes Feuer. Zahlreichen Häftlingen gelang die Flucht. Später durchsuchte die SS das umliegende Gebiet nach ihnen. Von den circa 700 Menschen, die während des Aufstands einen Fluchtversuch antraten, überlebten bis zum Kriegsende allein 60. Viele wurden nach der Flucht von der SS oder antisemitischen Polen gefangen genommen und anschließend erschossen. Einige wie Karl Unger und Richard Glazar konnten jedoch untertauchen. Letzterer sagte als Zeuge in Gerichtsprozessen aus und dokumentierte detailreich die Abläufe innerhalb des Vernichtungslagers Treblinka. Nach dem Massenaufstand folgte im November die Auflösung; Häftlinge des Lagers mussten es zusammen mit den „Trawniki“ und der SS niederreißen. Danach wurden auch sie ermordet. Hier wurde schon kurz nach Kriegsende, bereits im Herbst 1947, ein Wettbewerb für einen Gedenkort initiiert, doch wurden die Pläne aus ungeklärten Gründen nie realisiert. Schließlich entstand am 10. Mai 1963 ein erstes Denkmal: ein Monument aus Naturstein, das von vielen Grabmalen umgeben ist. Seit Februar 2006 gibt es eine kleine Ausstellung über die Geschichte des Lagers mit dort aufgefundenen Exponaten.

Weitere 150.000 bis 250.000 Menschen wurden in Sobibor von den Nationalsozialisten ermordet. Auch hier gründete

sich eine Widerstandsgruppe unter Führung Leon Feldhendlers, des ehemaligen Vorsitzenden des Judenrates im Ghetto Zolkiewka. Als am 23. September 1943 ein Transport mit neuen Häftlingen ankam, darunter 80 sowjetische Kriegsgefangene, die einen neuen Lagerbereich ausbauen sollten, nahm dieser Kontakt zu ihrem Leutnant Alexander Petchersky auf, sie taten sich zusammen. Heimliche Treffen ermöglichten die konkrete Planung für einen Fluchtversuch, entscheidend war das professionelle Wissen der Soldaten. Nur wenige Häftlinge waren in die Planungen eingeweiht. Die Flucht sollte am 13. Oktober 1943 erfolgen, da bekannt war, dass einige SS-Wachleute, darunter auch der Lagerkommandant, an jenem Tag nicht anwesend sein sollten. Der Plan lautete wie folgt: Die SS-Männer sollten durch attraktives Diebesgut in ihre Büros oder Arbeitsbaracken gelockt und dort schnell und leise mit Äxten und anderen Waffen getötet werden. Die Aufständischen hofften auf deren Habgier und nicht zuletzt Pünktlichkeit, denn der Aufstand war minutiös geplant. Erst beim anschließenden Abendappell hätten die restlichen Häftlinge eingeweiht werden sollen. Um die „Trawniki“ zumindest kurzzeitig zu täuschen, wollten die Widerstandskämpfer die erbeuteten Uniformen der SS anziehen und die Gefangenen mit deutschen Befehlen zum Haupttor führen, da der Weg dort nicht – wie die Gegend um das Lager herum – vermint war. Bis dahin wäre, so der Plan, bereits zugunsten der Flüchtigen die Nacht hereingebrochen, sodass sie sich im nahegelegenen Wald hätten verstecken können. Gäbe es beim Verlassen des Haupttors Probleme, sollten die sowjetischen Soldaten den Stacheldrahtzaun durchschneiden und mit Steinwürfen die Minen zum Explodieren bringen.

Da sich am geplanten Tag unerwartet eine SS-Mannschaft eines anderen Lagers im Vernichtungslager Sobibor aufhielt,

musste die Aktion auf den 14. Oktober verschoben werden. Am folgenden Tag verlief dennoch zunächst alles nach Plan. So konnten drei Gewehre samt Munition aus der Waffenkammer geschmuggelt, im Funkraum die Verbindung nach außen unterbrochen werden. Verstecktes Geld und Wertsachen wurden unter den Aufständischen verteilt, um sich nach erfolgreicher Flucht die ersten Tage versorgen zu können. Doch der Fluchtversuch geriet außer Kontrolle: SS-Oberscharführer Karl Frenzel erschien nicht am vereinbarten Ort, Walter Ryba wiederum trat unvorhergesehen in der Garage des Lagers ein und wurde von einem Aufständischen sogleich – zu früh – ermordet. Da die Gefahr bestand, dass seine Leiche entdeckt werden könnte, leitete Alexander Petchersky das Signal für den Abendappell vorzeitig ein. Die ankommenden Häftlinge waren, da kein SS-Kommandant anwesend war, irritiert, wurden unruhig und fingen an auseinanderzulaufen. Ein „Trawniki“ versuchte daraufhin die Menge zu kontrollieren und wurde dabei getötet. Die Häftlinge drängten nun Richtung Haupttor, manche zur Waffenkammer. Doch unerwartet kam ein SS-Angehöriger mit einem Lastwagen durch das Haupttor, bemerkte die Unruhen und eröffnete das Feuer, woraufhin auch die „Trawniki“ auf den Wachtürmen auf die Häftlinge zu schießen begannen. Aufgrund des dichten Gedränges am Haupttor versuchten viele von ihnen über den Zaun zu entkommen, blieben jedoch am Stacheldraht hängen. Diejenigen, die den Zaun hatten überwinden können, starben nicht selten auf den Minenfeldern – es blieb keine Zeit, um die Minen mit Steinen zum Detonieren zu bringen. Schätzungsweise 600 Häftlinge versuchten in dieser Nacht zu fliehen, 365 von ihnen gelang die Flucht aus dem Lager, 200 von diesen schafften es in den Wald. Doch wie in Treblinka wurden viele von ihnen durch deutsche

Suchtrupps oder antisemitisch gesinnte Polen ermordet. Die restlichen Häftlinge, die noch im Lager waren, wurden durch die Wachmannschaften und das SS-Personal erschossen. Nur 47 der geflohenen Häftlinge erlebten das Ende des Krieges. Petchersky wie auch die Überlebende Regina Zielinski legten später noch Zeugnis ihrer Gefangenschaft ab. Im Jahr 1961 errichtete der polnische Staat ein von sieben großen Aschengräbern umgebenes Mahnmal. Es fand jedoch keine große Aufmerksamkeit; die Gedenktafel war zudem fehlerhaft. Mehr als drei Jahrzehnte später, als 1993 der 50. Jahrestag des Aufstandes begangen wurde, wurde ein kleines Museum und eine Dokumentarstellung eröffnet, die jedoch aufgrund fehlender Finanzierung 2011 geschlossen werden mussten. In den Jahren zuvor gab es vereinzelte Gedenkveranstaltungen, beispielsweise wurde eine Gedenkallee ehrenamtlich angelegt. Erst 2020 sollte nach langem Hin und Her um die Finanzierung eine neue Gedenkstätte eröffnet werden. Zuerst weigerte sich die Bundesrepublik Deutschland einen Teil der Kosten zu übernehmen. In einem Beitrag auf *Deutschlandfunk* hieß es 2015 sogar: „Die damalige Staatsministerin im Auswärtigen Amt Cornelia Pieper lehnte 2013 sogar eine finanzielle Beteiligung ab. Es seien keine Juden aus Deutschland in Sobibor zu Tode gekommen, so die Begründung.“¹ Im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau wäre das sicherlich undenkbar. Warum ist es das nicht in Sobibor?

Felix Bauer absolviert zurzeit ein Freiwilliges Soziales Jahr Kultur im Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation.

¹ Martin Sander, „Gedenkstätten Sobibor und Belzec. Vergessen und finanziell vernachlässigt“, in: *Deutschlandfunk* vom 17. Juli 2015, online abrufbar unter https://www.deutschlandfunk.de/gedenkstaetten-sobibor-und-belzec-vergessen-und-finanziell.1773.de.html?dram:article_id=325696 [8.1.2021].

„IMMERHIN HABEN WIR JETZT SO VIELE AUSLÄNDER IM LAND, DASS SICH EIN HOLOCAUST MAL WIEDER LOHNEN WÜRDEN.“¹

Ob wir es wollen oder nicht: Solche oder ähnliche Aussagen waren zuletzt immer häufiger zu hören. Die Worte allein, aus welchem Mund sie dabei auch kommen mögen, sind nicht nur erschreckend, sondern auch unfassbar, für mich kaum begreiflich. Noch schlimmer macht es für mich allerdings die Tatsache, dass nicht irgendeinem „Normalbürger“ dieser Satz herausgerutscht ist, sondern sie ein Mann, der AfD-Politiker wie Dr. Christine Baum oder Heiner Merz berät, mit großer Wahrscheinlichkeit genau so gemeint hat.

Schlimmer noch: Es ist kein Einzelfall. Nicht selten stolpere ich über Nachrichten zu Politikerinnen und Politikern aus rechten Parteien, die ähnliche Sätze von sich gegeben haben. Aber was fühle ich, wenn ich so etwas lese? Was fühlen Sie? Ich persönlich reagiere auf so einen Schwachsinn manchmal mit einem bloßen Augenrollen und vergesse im Handumdrehen, was ich gerade gelesen habe. Aber ist es nicht wichtig, wenn nicht sogar die Aufgabe eines jeden von uns, einen solchen Satz nicht lediglich mit einem Augenrollen zu kommentieren? Gewiss: Nicht selten ist eine solche Aussage ebenso schnell vergessen, wie sie auf dem Bildschirm aufgetaucht ist. Das gilt vor allem für uns Jugendliche. Doch wer garantiert uns, dass sich dieses „Gedankengut“ nicht doch in den Köpfen junger Menschen festsetzt?

In diesem Zusammenhang stellt sich mir noch eine ganz andere Frage: Wie wird jungen Menschen eigentlich nahegebracht, wie zerstörerisch und verletzend solche Worte sind? Können Erinnerungsveranstaltungen wie der Holocaustgedenktag das überhaupt noch für Jugendliche leisten?

Gerade heute, an einem Tag, an dem sich die Befreiung des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz zum 76. Mal jährt, ist es umso wichtiger, sich die Geschehnisse in jenem Lager noch einmal ins Gedächtnis zu rufen. Meine Vorstellung reicht nicht aus, um mir auch nur ansatzweise auszumalen, unter welchen schrecklichen Umständen damals mehr als 1,1 Millionen Menschen allein im Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ihr Leben lassen mussten.

Meine Begegnung mit der Fremdenfeindlichkeit

Rede zum Holocaustgedenktag am 27. Januar 2021

VON MARIE RAUSCHENBERGER

Heute ist der Antisemitismus, den damals so viele unschuldige Frauen, Männer und Kinder erfahren mussten, so präsent, wie ich es mir nach der Zeit des Nationalsozialismus nicht hätte vorstellen können. Die steigende Zustimmung, die die AfD beispielsweise bei der Landtagswahl 2019 in Sachsen erfahren hat, wo die Partei ganze 27,5 Prozent der Wählerstimmen für sich gewinnen konnte, zeigt diese besorgniserregende Entwicklung. Auch die Zunahme von ausländerfeindlichen Angriffen ist besorgniserregend, so der rechtsextremistische Anschlag am 19. Februar 2020 in Hanau, bei dem elf Menschen starben.

Aber was heißt das denn nun konkret für jeden einzelnen von uns? Manchmal habe ich nämlich das Gefühl, dass das für mich eigentlich gar nichts heißt. Ich fühle mich zu keinem Zeitpunkt in meinem Alltag beeinträchtigt und schon gar nicht habe ich das Gefühl, ich müsste um meine Sicherheit fürchten. Vielleicht liegt das aber auch nur daran, dass ich noch nie Opfer von einer so starken und alles durchdringenden Gewalt war. Wie aber fühlten sich jene Menschen, die sich zur Zeit des Nationalsozialismus mit antisemitischer Hetze konfrontiert sahen und mit der daraus resultierenden Angst leben mussten, wie fühlen deren Kinder und Nachfahren heute?

Um diese Frage auch nur ansatzweise beantworten zu können, möchte ich mit Roman Haller einen Holocaustüberlebenden zitieren: „Wir haben eine sehr starke Rechte, wir haben eine sehr starke AfD. Wir haben eine antisemitische Linke. Wir haben den Zuzug von Menschen aus Ländern, wo Antisemitismus sehr stark den Menschen eingepflanzt wird.“² Haller erzählt als einer von 25 Juden und Jüdinnen im Buch *Unfassbare Wunder* seine Geschichte. Im besagten Band geht es unter anderem auch um die eben gestellte Frage. Vielleicht sollten wir uns durch solche Sätze einmal bewusst machen, dass wir achtsam sein sollten. Denke ich nur einige Momente über die-

ses Zitat nach, frage ich mich, ob es vielleicht doch der falsche Ansatz ist, sich immer sicher zu fühlen. Woher soll das Bedürfnis kommen, etwas zu verändern, wenn uns das Gefühl einer alles kontrollierenden Angst gar nicht bekannt und schon gar nicht nachvollziehbar ist, wir uns immer in Sicherheit wiegen?

Oft höre oder lese ich davon, dass sich eine Zeit wie die des Nationalsozialismus nie wiederholen kann. Doch wie weit sind wir angesichts einer steigenden Zahl antisemitisch motivierter Verbrechen und an Zuwachs gewinnenden Rechten in der Politik von einer Wiederholung entfernt? Ist der „Point of no return“ nicht vielleicht längst überschritten? Haben wir schon verpasst, unsere Mitmenschen vor einem ähnlichen Schicksal zu bewahren, wie es so viele in der Zeit des Nationalsozialismus erleiden mussten?

Es ist wichtiger denn je, sich mit den nationalsozialistischen Verbrechen auseinanderzusetzen. Dabei ist es natürlich jedem selbst überlassen, wie die Auseinandersetzung mit dem Thema aussieht. Sicherlich ist Ihnen der Film wie auch das diesem zugrunde liegende Buch *Die Welle* ein Begriff. Der Roman basiert auf einem 1967 erfolgten Schulversuch in Kalifornien, der von dem Geschichtslehrer Ron Jones inszeniert und durchgeführt wurde. Auch im Roman geht es um einen Lehrer, der seiner Klasse während einer Projektwoche das Thema Autokratie näherbringen möchte. Er lässt die Schüler am eigenen Leib erfahren, wie sich das Leben in einer Diktatur mit einem „allmächtigen“ Führer anfühlt, dessen Rolle der Lehrer übernimmt. Diejenigen, die sich gegen die Diktatur stellen, merken schnell, wie es ist, Außenseiter zu sein. Das Experiment gerät durch die wachsende Zustimmung und den Willen, alles für die „Gemeinschaft“ zu tun, schnell außer Kontrolle. Bereits der Film zeigt, wenn auch nur fiktiv, dass unsere Gesellschaft vielleicht doch nicht so weit von einer erneuten Machtüber-

nahme eines alles kontrollierenden Führers entfernt ist, wie wir glauben.

Die Serie *Wir sind die Welle* geht noch einen Schritt weiter: Die Rechten haben längst die Oberhand in unserem Land gewonnen. Fünf Jugendliche sehen sich aus sehr unterschiedlichen Gründen wie beispielsweise Rassismus oder Geschlechterstereotypisierung von der Gesellschaft unterdrückt und ausgeschlossen. Aus diesem Grund beschließen sie, sich zusammenzuschließen und auf ihre persönlichen Erfahrungen, aber auch auf generelle Missstände innerhalb der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen, die die Gruppe, die sich *Die Welle* nennt, filmt und ins Internet stellt, wollen die Jugendlichen die Oberhand über das Regime gewinnen, um den Weg für die Demokratie wieder zu ebnet. Aber wollen wir es denn wirklich so weit kommen lassen?

Auch wenn der Ausnahmezustand und die Eskalation, so wie sie in dem Roman oder der Serie dargestellt werden, für mich lange fiktive Erzählungen waren, haben wir alle Anfang des Jahres erkennen müssen, dass unsere Demokratie ein fragiles Gebilde ist, als ein ehemaliger US-Präsident seine Anhänger dazu aufrief, die Bestätigung des Wahlergebnisses durch den Kongress zu verhindern. Radikale Anhänger Donald Trumps stürmten das Kapitol, dabei kamen mehrere Menschen zu Tode, zahlreiche wurden verletzt. Spätestens nach diesem Angriff auf die Demokratie, die uns allen so viel ermöglicht, sollten wir ernsthaft darüber nachdenken, ob die Geschichte unsere Zukunft nicht besser positiv beeinflussen sollte. Oder wollen wir untätig dabei zusehen, wie die Vergangenheit unsere Zukunft zerstört?

Marie Rauschenberger besucht zurzeit die 12. Klasse des Hoffmann-von-Fallersleben-Gymnasiums in Braunschweig.

1 Aus einem privaten Facebook-Chat von Marcel Grauf, Mitarbeiter zweier AfD-Landtagsabgeordneter aus Baden-Württemberg. Siehe dazu Bianca Hoffmann/Alice Echtermann, „Die meisten dieser Zitate stammen von AfD-Politikern – einige sind aber unbelegt“, in: Correctiv vom 5. Februar 2020, online abrufbar unter <https://correctiv.org/faktencheck/politik/2020/02/05/die-meisten-dieser-zitate-stammen-von-afd-politikern-einige-sind-aber-unbelegt/> [4.3.2021].

2 Roman Haller, in: Alexandra Förderl-Schmid/Konrad Rufus Müller, *Unfassbare Wunder. Gespräche mit Holocaust-Überlebenden in Deutschland, Österreich und Israel*. Wien/Köln/Weimar 2019, S. 88–94, hier S. 93.

Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Nachtrag

VON ALEKSANDAR NEDELKOVSKI

Am 27. Januar eines jeden Jahres wird in der Bundesrepublik an die Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Für die Arbeit der Geschichtswerkstatt des Instituts für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation eröffnet der Gedenktag die Möglichkeit junge Menschen miteinzubeziehen, Erinnerung wird hierbei als aktive Handlung verstanden. Partizipation und Mitgestaltung ist konstituierendes Element für die Bildungsarbeit des IZS, um eine Bindung sowohl an die Stadt als auch Geschichte zu realisieren. Im Rahmen des diesjährigen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar hat die Geschichtswerkstatt vier junge Menschen eingeladen, ihre Gedanken zu diesem Tag der Öffentlichkeit mitzuteilen. Marie Rau-

schenberger setzt sich in ihrem Beitrag mit den aktuellen Geschehnissen in der Welt und der Fragilität der Demokratie auseinander. Felix Bauer wird in seinem Beitrag seinen Blick auf die Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka richten, die in der öffentlichen Wahrnehmung eine Randerscheinung sind. Amber Koslowski hat aufbauend auf Felix Bauers Arbeit eine Umfrage sowohl zu den drei Lagern als auch zu Auschwitz und anderen Themen durchgeführt, deren Ergebnisse in ihrem Beitrag präsentiert werden und Théo Schiffer sprach mit Jean-Michel Gaussoit, dessen Vater im KZ-Außenlager Laagberg Häftling war. Das entstandene Video ist unter <https://www.youtube.com/watch?v=gVbNu1S2IqI> abrufbar.



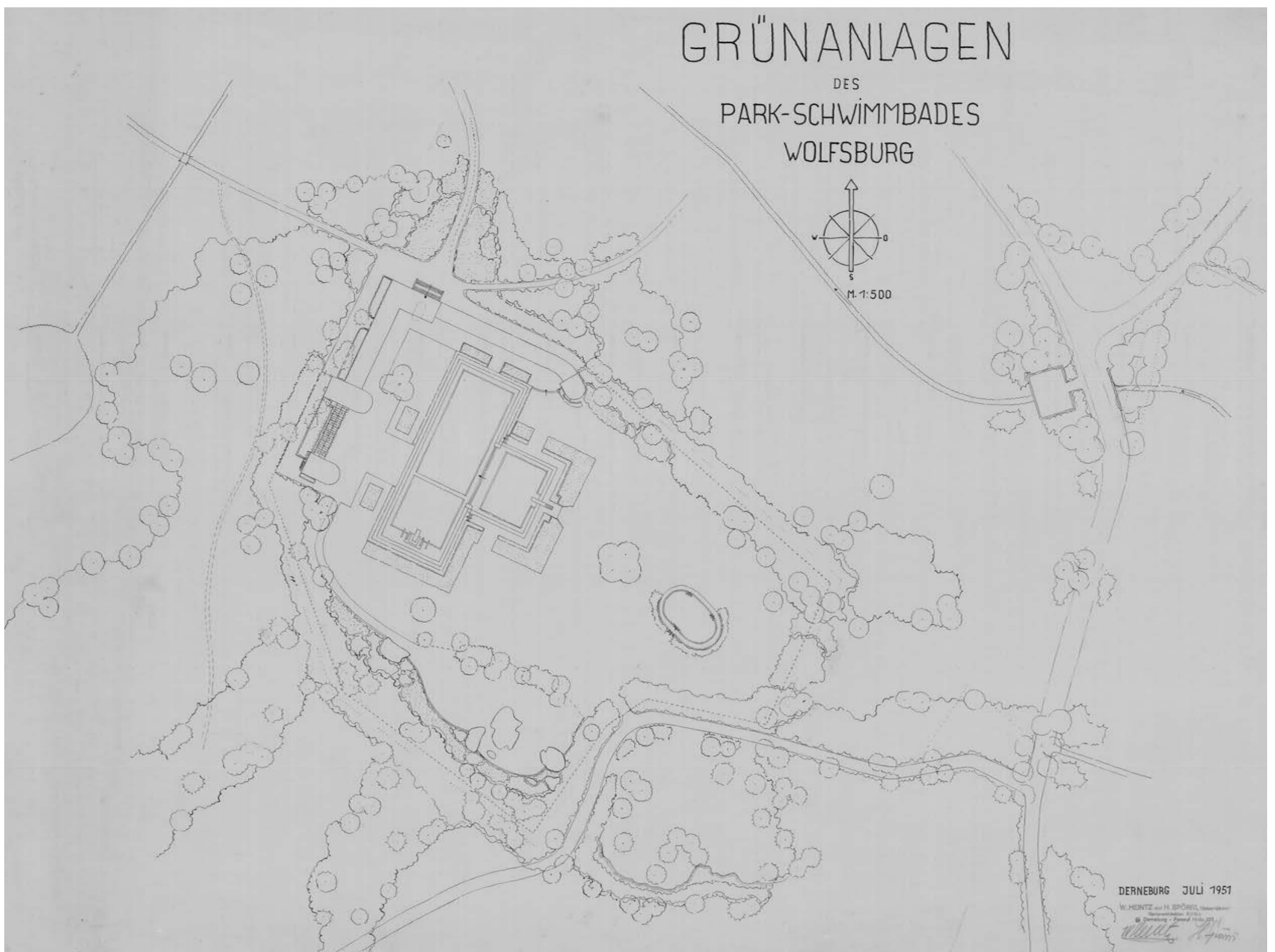


Abb. 1: Wilhelm Heintz und Hans Spörri, Grünanlagen des Park-Schwimmbades Wolfsburg, Derneburg, Juli 1951; StadtA WOB, S 105, E/lose Pläne

Was tun, um aus dem Schatten des Volkswagenwerkes hervorzutreten und das eigene Profil zu schärfen? Zum Kern städtischer Selbstdarstellung der Kommune Wolfsburg avancierte ab Mitte der 1950er Jahre die hier scheinbar verwirklichte Symbiose aus moderner Architektur und Natur, die angeblich selbst nicht ohne Wirkung auf die Bevölkerung der jungen Stadt gewesen sei. So behauptete ein 1955 erschienener Stadtführer doch, die Bewohnerinnen und Bewohner Wolfsburgs würden sich als „stark naturverbunden“ erweisen.¹ Die zahlreichen Grün- und Waldflächen gelten jedenfalls seitdem als Wesenszug der Stadt, die – wie der Zeithistoriker Axel Schildt resümierte – „als eine der grünen deutschen Städte“ bekannt ist.² In der Siedlung am Mittellandkanal sei das in der Nachkriegszeit auch international vorherrschende Leitbild der „gegliederten und aufgelockerten Stadt“, das heißt die Vorstellung einer funktionalen und räumlichen Trennung von Arbeitsstätten, Wohngebieten und Verkehrswegen, die zudem durch zahlreiche Grünflächen aufgelockert waren, in geradezu vorbildlicher Weise verwirklicht worden. Naturräumliche und ökologische Aspekte spielen in Fragen der Weiterentwicklung der Stadt auch heute noch eine herausragende Rolle.³

Das Grundmuster einer durchgrüneten Stadt war allerdings kein Produkt der Nachkriegsstadtplanung, sondern basierte auf der ursprünglichen Stadtkonzeption aus der Zeit des Nationalsozia-

Grünplanung zwischen NS-Staat und Bundesrepublik

Eine biografische Skizze des Gartengestalters Wilhelm Heintz (1888–1966)

VON MARCEL GLASER

lismus. Schon der 1938 von Peter Koller konzipierte Entwurf der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“, der noch im gleichen Jahr von Adolf Hitler persönlich gebilligt wurde, wies rund 50 Prozent der städtischen Flächen als Erholungsgrün aus und sah auch außerhalb des Stadtgebiets die Ausweisung zahlreicher Grün- und Waldflächen vor.⁴ Verantwortlich für eben diese Grünplanungen zeichnete der Gartengestalter Wilhelm Heintz. Die Übernahme seines Nachlasses durch das *Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation* (IZS) bildet den Ausgangspunkt, sich mit seiner Biografie intensiver auseinanderzusetzen.

Neben der Planung der Volkswagenstadt war Heintz im NS-Staat mit zahlreichen weiteren, zum Teil hochrangigen Planungsvorhaben beschäftigt. Er zählte aber nicht nur zu den meistbeschäftigten Gartengestaltern des „Dritten Reiches“, sondern setzte seine Laufbahn nach Kriegsende ungebrochen fort. Seine Karriere steht damit exemplarisch für die berufsbiografische Kontinuität deutscher Funktionseliten im 20. Jahrhundert. So

war er auch nach dem Untergang des NS-Staats weiter für die nun in Wolfsburg umbenannte Stadt tätig. Er beriet etwa die Wohnungsbaugesellschaft *Neuland* und übernahm die Grünflächengestaltung für das von dem Hildesheimer Architekten Otto Immendorff entworfene VW-Bad.

Trotz seines vielfältigen Wirkens ist über Heintz Lebensweg wenig bekannt. Dies zeigt sich auch in der ein oder anderen Kuriosität: Das Nachschlagewerk *Grüne Biographien* führt den Gartengestalter „Wilhelm Heintz“ und den Gartenarchitekten „W.A. Heintz“ auf. Bei beiden handelt es sich jedoch um ein und dieselbe Person. Zu erfahren ist aber lediglich, dass Heintz als Gartenarchitekt in Lübeck wirkte, später in Berlin-Charlottenburg arbeitete, ehe er um 1938 für den Architekten Herbert Rimpl in Oranienburg tätig gewesen sei und die Grünplanung von Salzgitter übernommen habe.⁵ Grund genug, sich mit seinem Wirken näher zu beschäftigen. Der Nachlass besteht allerdings ausschließlich aus beruflicher Korrespondenz und

Unterlagen aus seinem Arbeitsumfeld, sodass die Privatperson Heintz unscharf bleiben muss. Zudem behandeln rund drei Viertel des Materials Heintz' Wirken als Gartengestalter in der „Stadt der Hermann-Göring-Werke“, dem heutigen Salzgitter. In dem vorliegenden Beitrag kann sein Lebensweg daher nur in Umrissen nachgezeichnet werden.

Konservative Kulturkritik und der Aufstieg der Grünplanung

Wolfsburgs Stadtplaner Peter Koller war voll des Lobes für Wilhelm Heintz. In seinen in den 1980er Jahren verfassten Erinnerungsschriften pries er ihn als „hervorragende[n] Garten- und Siedlungsfachmann, der jede Pflanze kannte, mit dem jeder Gang durchs Gelände eine Lehrstunde war“.⁶ An anderer Stelle heißt es, Heintz sei „ein großartiger Mann“ und „Selfmade Gartengestalter“ gewesen.⁷ Damit verwies Koller bereits auf den ungewöhnlichen beruflichen Lebensweg seines Arbeitskollegen und Freundes. Denn der am 29. August 1888 in Bonn geborene Wilhelm Anton Heintz hatte ursprünglich eine ganz andere Berufsrichtung gewählt. Er hatte sich zunächst für eine Ausbildung als Schmied entschieden, musste diese allerdings aus gesundheitlichen Gründen abbrechen. Wegen seiner körperlichen Konstitution wurde er 1914 auch nicht zum Kriegsdienst eingezogen. In jenen Jahren hatte sich Heintz in Bonn autodidaktisch Kenntnisse *Fortsetzung auf Seite 8*

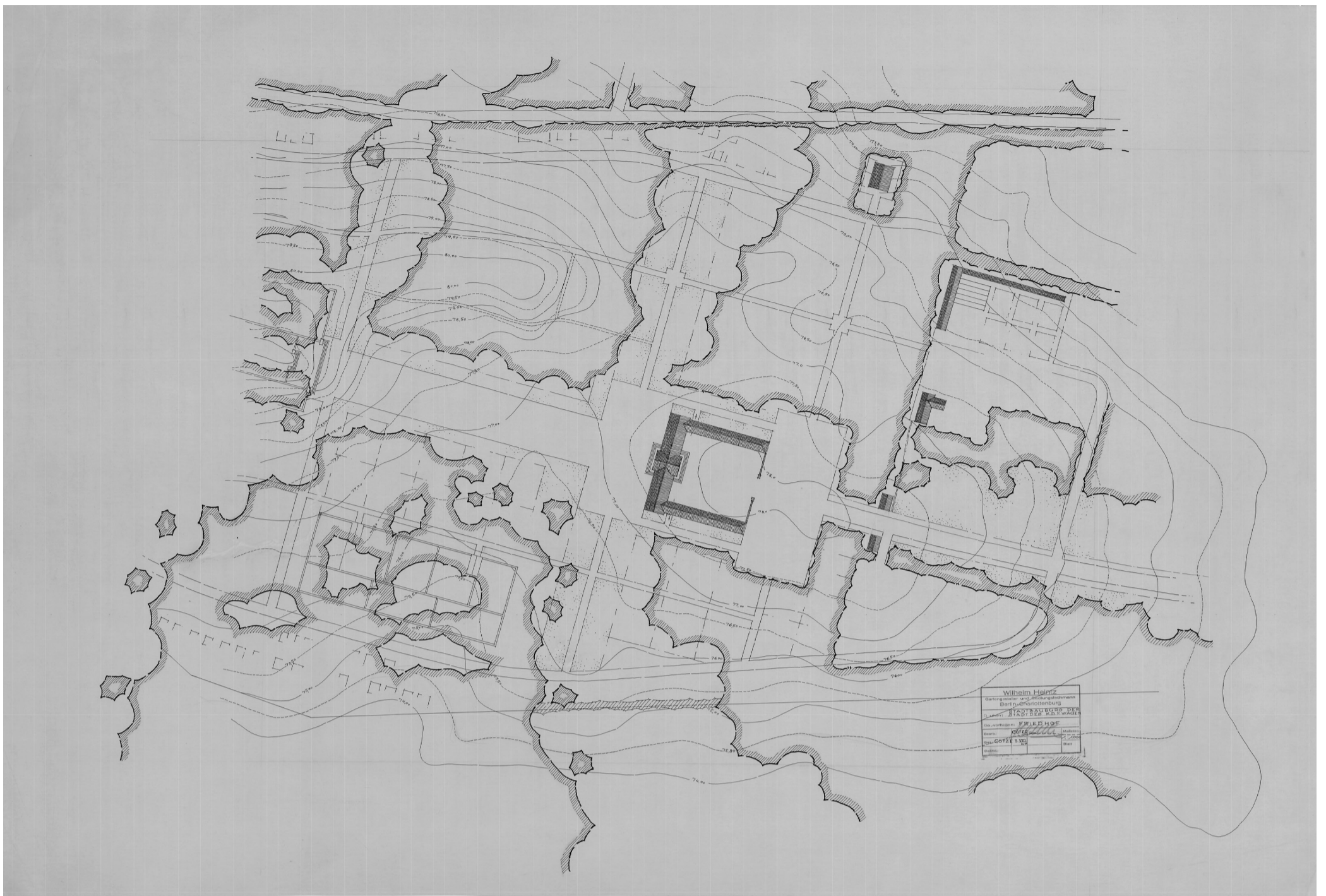


Abb. 2: Gartengestalter Wilhelm Heintz, Entwurf für den Friedhof der „Stadt des KdF-Wagens“, Berlin-Charlottenburg, 3. August 1940; StadtA WOB, S 105, E/lose Pläne

Fortsetzung von Seite 7 der Gartengestaltung angeeignet. Dies war kaum anders möglich gewesen, weil ein Hochschulstudium für „Grünplaner“ erst 1929 eingeführt wurde.⁸

Die Zeit des Ersten Weltkrieges überstand er relativ mühelos als Angestellter eines Großgrundbesitzers in Pönitz bei Lübeck. Hier lernte er auch seine spätere Ehefrau kennen.⁹ Nachdem er in verschiedenen Großgärtnereien in Norddeutschland tätig gewesen war, machte er sich „als planender und ausführender Gartengestalter“ in Lübeck selbstständig.¹⁰ Über sein Wirken in diesen Jahren ist allerdings nur wenig bekannt. Heintz war unter anderem verantwortlich für die Grünanlagen des 1927 von dem Architekten Hans Poelzig zusammen mit Werner Issel entworfenen Kraftwerks Schulau an der Unterelbe in Wedel. Im gleichen Jahr legte Heintz Entwürfe für ein Freilichttheater am Kalkberg in Bad Segeberg vor – just dort, wo seit 1952 die jährlich stattfindenden Karl-May-Festspiele veranstaltet werden.¹¹

Die Entstehung der „Grünplanung“ war eng verwoben mit den städtebaulichen Reformkonzepten der Jahrhundertwende und einem Kulturpessimismus, der sich unter anderem in der Ablehnung der Großstadt äußerte. In diesen herrschten laut Ansicht ihrer Kritiker miserable hygienische und soziale Verhältnisse.¹² Schon Architekten wie Camillo Sitte und Theodor Fritsch hatten die Bedeutung des städtischen Grüns erkannt, der Durchbruch vollzog sich aber erst im Fahrwasser der englischen Gartengestaltungsbewegung, weil nun Gärten und öffentliche Grünflächen zu prägenden Merkmalen der städtebaulichen Entwürfe avancierten. „Städtebau und Grün-

planung können nun nicht mehr isoliert gesehen werden“, resümierte Werner Lendholt. Der Hannoveraner Gartenarchitekt nannte als wesentliche Funktionen, „die dem Grün zufallen, [...] die der Erholung in der immer bedeutsamer werdenden Freizeit“ sowie die „der Gesunderhaltung und Verbesserung der allgemeinen an die Siedlungsform gebundenen Lebensumstände“. Folgerichtig seien die

„AUFGABEN DER GRÜNPLANUNG [...] NICHT OHNE ENGE VERZÄHNUNG MIT PLANUNG, ENTWURF, AUSBAU UND UNTERHALT STÄDTEBAULICHER, HOCHBAULICHER, TIEFBAULICHER, VERKEHRLICHER ODER SONSTIGER TECHNISCHER ANLAGEN LÖSBAR. DER GRÜNPLANER MUSS DAHER IN GANZ BESONDEREM MASSE KONTAKTFÄHIG ZU ALLEN PLANERISCHEN UND BAUENDEN BERUFEN SEIN.“¹³

Mit der Machtübernahme Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 dehnte sich das Betätigungsfeld der Gartenarchitekten spürbar aus. „Eine Reihe von Unternehmungen des neuen Staates, Reichsautostraßen, Flugplätze, Sportanlagen, Thing- und Volksversammlungsstätten, haben die G[artengestalter]. vor neue gewaltige Aufgaben gestellt“, war 1937 in Wasmuths Lexikon der Baukunst zu lesen.¹⁴ Nicht wenige der im Nationalsozialismus äußerst erfolgreichen Gartenarchitekten und Landschaftsplaner – erwähnt seien etwa Alwin Seifert oder Wilhelm Hübotter – gehörten in ihrer Adoleszenz einem Bund der Jugendbewegung an, die als spezifisch deutsche Reaktion auf die veränderte Lebenswelt der Jahrhundertwende gilt. Der Landschaftsplaner Joachim Wolschke-Bul-

mahn hat bereits 1990 in seiner Dissertation herausgearbeitet, dass die Landschaftsideale der Nationalsozialisten mit denen der bürgerlichen Jugendbewegung weitgehend identisch waren.¹⁵ Völkisch-konservative Vorstellungen über eine besondere, geradezu genetisch begründete Beziehung zwischen den Deutschen und der Natur fanden bereits Anfang des 20. Jahrhunderts Eingang in landschaftsgestalterische Überlegungen und erhielten nun neuen Auftrieb.¹⁶ Auch die Berufsbezeichnung „Gartengestalter“ war eine Wortschöpfung der Nationalsozialisten. Sie ersetzte den Begriff „Gartenarchitekt“, der bis zur Eingliederung dieser Berufsgruppe in die *Reichskammer der bildenden Künste* im September 1934 Gültigkeit besaß.¹⁷

Gartengestalter im Nationalsozialismus

Heintz lässt sich im Spektrum der völkisch-nationalistischen Bewegung verorten. Ob er der Jugendbewegung angehörte, ist unklar – geprägt aber war er von ihren kulturkritischen Positionen sowie von dem Gedankengut der Lebensreformbewegung. Der Stadtplaner Peter Koller, ansonsten ein sicherer Gewährsmann für die jugendbewegten Vergangenheit seiner Freunde und Mitstreiter, zählte den Gartenplaner nicht zur Gruppe der Jugendbewegten.

Für das Jahr 1933 ist seine Mitgliedschaft im *Kampfbund Deutscher Architekten und Ingenieure* (KDAI) nachweisbar, den der glühende Nationalsozialist und Architekt Paul Schultze-Naumburg leitete. Anlässlich einer Tagung zum zwanzigjährigen Bestehen des *Bundes deutscher Gartenarchitekten* am 23.

und 24. September 1933 in Berlin hielt Heintz, der „Führer der Fachgruppe ‚Gartenwesen und Bodenkultur‘“ im KDAI-Ortsverband Lübeck, eine Rede zum Thema „Der Gartenarchitekt und die Siedlung“.¹⁸ Heintz Zugehörigkeit zum KDAI lässt auf eine gewisse Sympathie mit den NS-Bewegung schließen. Der im Sommer 1931 entstandene KDAI war ein Teilverband des vom NS-Chefideologen Alfred Rosenberg gegründeten *Kampfbund für deutsche Kultur*, der sich durch kulturkritische und antisemitische Postulate auszeichnete und in seinem Auftreten an die radikale Agitation der NSDAP erinnerte.¹⁹ Noch 1934 trat der KDAI gegenüber Propagandaminister Joseph Goebbels mit dem Anspruch auf, die Interessenvertretung der „wirklich nationalsozialistischen Architekten“ zu sein.²⁰ Die Frage nach Heintz' Verhältnis zum Nationalsozialismus kann trotz dieser Mitgliedschaft derzeit nicht abschließend geklärt werden, weil dafür ausführlichere Quellenrecherchen notwendig sind. Dennoch lassen sich einige Feststellungen treffen.

Im Entnazifizierungsverfahren für seinen Freund und Förderer Peter Koller erklärte Heintz im Oktober 1946 „an Eidesstatt, dass ich weder Parteigenosse der NSDAP war noch in irgendwelchen anderen Beziehungen zur NSDAP oder ihrer Gliederungen gestanden habe“.²¹ Diese Behauptung entspricht nach heutigem Forschungsstand nicht der Wahrheit. Bereits Anfang des Jahres 1934 trat Heintz in das neugegründete *Reichsheimstättenamt der NSDAP und DAF* (RHA) ein, wo er zeitnah Koller kennenlernte. Das RHA war Teil der *Deutschen Arbeitsfront* (DAF) und damit eine Parteiorganisation, die in den Bereichen des Wohnungs- und Sied-

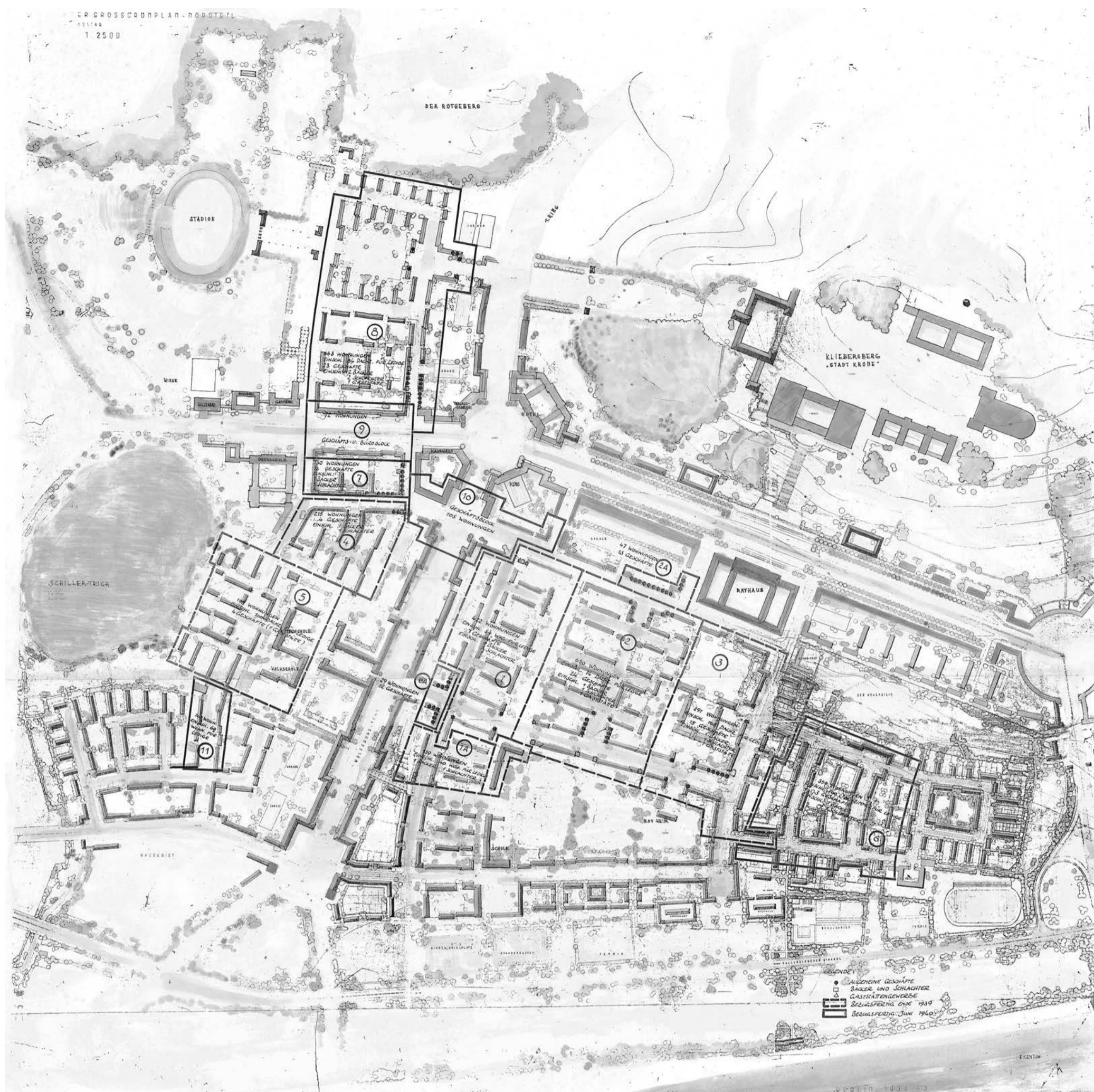


Abb. 3: Wilhelm Heintz, Großgrünplan der „Stadt des KdF-Wagens“, o. D., ca. 1940; StadtA WOB, Plansammlung, Plan-Nr. K 336

lungsbaues in Konkurrenz zu den staatlichen Einrichtungen trat. Sein Leiter Dr. Wilhelm Ludowici war bereits seit 1920 NSDAP-Mitglied und legte bei der Auswahl seiner Mitarbeiter besonderen Wert auf „nationalsozialistische Gesinnung“.²² Heintz, der die Gartenabteilung des RHA leitete, wird in den internen Unterlagen des Amtes sowie in den Besprechungsvermerken Kollers denn auch als „P[artei].G[enosse].“ geführt.²³ Zusammen mit Koller arbeitete Heintz an den Planungen für Heimstättensiedlungen im „Wurmrevier“ bei Aachen. Sein Interesse an Garten- und Siedlungsplanungen wird an mehreren Artikeln deutlich, die er auch in dem DAF-nahen Zeitungsorgan *Siedlung und Wirtschaft* veröffentlichte.²⁴

Heintz' Karriere erhielt dank der umfangreichen Bauprojekte des NS-Staats in den kommenden Jahren erheblichen Auftrieb. Als RHA-Mitarbeiter hatte Heintz den Architekten Herbert Rimpl wahrscheinlich Ende des Jahres 1934 im Zusammenhang mit der Errichtung von 600 bis 900 Kleinwohnungen am Rande von

Dessau kennengelernt.²⁵ Als Rimpl 1936 den Auftrag zur Errichtung der *Heinkel-Flugzeugwerke* in Oranienburg bei Berlin erhielt, zog er Heintz als Gartenplaner hinzu. Das gesamte Bauprogramm umfasste den Aufbau eines Flugplatzes, die Errichtung eines Werks I zur Vormontage bei Germendorf und eines Werks II zur Endmontage bei Annahof. Zudem waren mehrere Werksiedlungen und ein Werksbauernhof zu errichten. Zusammen mit der Gartengestalterin Grete Berg war Heintz für die Grünplanungen des Guts Annahof, der Siedlung Leegebuch und der Siedlung „Weiße Stadt“ verantwortlich.²⁶ Das Flugzeugwerk und das in Oranienburg gelegene KZ-Sachsenhausen befanden sich jedoch nicht in unmittelbarer Nähe zueinander, sodass unklar ist, inwiefern Heintz über die dortigen Vorgänge informiert war.

Heintz jedenfalls scheint sich in Oranienburg bewährt zu haben, denn er erhielt 1937 durch Rimpl auch den Auftrag zur Übernahme der Grünflächenplanung für die neu gegründete „Stadt der Hermann-

Göring-Werke“ in Salzgitter. Heintz war bereits in die Standortwahl der neuen Stadt einbezogen gewesen und war bis 1943 in die Planungen involviert.²⁷ Zu seinen Aufgaben zählte neben der Großgrünplanung ganz besonders auch die Planung der Hausgärten. Als Grundlage seiner Gutachten führte Heintz zahlreiche Bodenuntersuchungen im Raum Salzgitter durch. Heintz habe, so urteilt der Architekturhistoriker Dietrich Worbs, „einen naturräumlich-ökologischen Planungsansatz in der Siedlungsplanung“ verfolgt, der „von der Ermittlung der naturräumlichen Grundlagen ausging“.²⁸

Heintz war zugleich an der zweiten Stadtneugründung des NS-Regimes beteiligt. Denn durch die Empfehlung seines Freundes Koller war er am 10. Dezember 1937 durch die *Gesellschaft zur Vorbereitung des Deutschen Volkswagens m.b.H.* (Gezuvor) mit der Erstellung eines „generellen Gutachtens über die Siedlungsmöglichkeiten in einem Raum süd-östlich von Fallersleben“ beauftragt

worden, das er am 9. Mai 1938 vorlegte.²⁹ Sowohl in Salzgitter als auch in der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ wirkte Heintz als selbstständiger Gartengestalter, der weiterhin ein Büro in Berlin-Charlottenburg unterhielt. Heintz war in der Folge für das von Koller geleitete Stadtbaubüro der DAF sowie für die Wohnungsbaugesellschaft *Neuland* tätig. Spuren seines Wirkens aus der NS-Zeit haben sich im heutigen Wolfsburg vor allem im Bereich der Wohnhöfe; etwa zwischen der Goethe- und der Heinrich-Heine-Straße, sowie in der Siedlung „Steimker Berg“ erhalten. Von Heintz stammt zugleich die Planung für den Waldfriedhof im Wolfsburger Moor.

Darüber hinaus war Heintz in weitere Projekte des NS-Staats involviert. Unter der Oberaufsicht des glühenden Nationalsozialisten und Landschaftsarchitekten Heinrich Wiepking, der zeitweise den Doppelnamen Wiepking-Jürgensmann führte, war Heintz an den NS-Planungen in Wilhelmshaven beteiligt.³⁰ *Fortsetzung auf Seite 10*

Fortsetzung von Seite 9 Im Auftrag von Peter Koller verfasste er zudem im Rahmen der Neugestaltung der Gauhauptstadt Innsbruck ein Bodengutachten und ein solches für die bei Waldbröl projektierte „Stadt der Volkstraktorenwerke“.³¹ Wilhelm Heintz war außerdem neben Wiepking, Reinhold Tüxen, Alwin Seifert und Josef Pertl einer von fünf ausgewiesenen Spezialisten, die im Auftrag von Albert Speer für ein Honorar von 2.000 Reichsmark ein Gutachten darüber erstellen sollten, „welche fremdländischen Gehölze und gärtnerischen Züchtungen im Zuge des Umbaus Berlins angepflanzt werden dürften“.³² Dass Heintz neben derart profilierten Experten wie Wiepking, Tüxen und Seifert mit der Erstellung eines solchen Gutachtens betraut wurde, unterstreicht die Wertschätzung, die er inzwischen aufgrund seiner umfangreichen Arbeiten im NS-Staat genoss.

Mit Wiepking, dem profiliertesten Vertreter einer biologisch-rassistisch begründeten Landschaftsgestaltung, pflegte Heintz einen beruflichen Austausch. So griff Wiepking in seiner *Landschaftsfibel* auf Bildmaterial aus der Sammlung von Heintz zurück und veröffentlichte die Aufnahme eines Wallheckenwegs bei Segeberg in Schleswig-Holstein, der die „Trümmer germanischer Waldesfreiheit“ darstellen sollte.³³ Die *Landschaftsfibel* wurde national wie international breit rezipiert und galt auch in den Nachkriegsjahren als wesentlicher Lehrbuch der Landschaftsgestaltung.³⁴ Die dort präsentierten gestalterischen Vorstellungen fanden Eingang in die Planungen im „neuen Osten“. In diese war Wiepking nicht unwesentlich verstrickt, war er doch als „Sonderbeauftragter für Landschaftsgestaltung und Landschaftspflege“ beim Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums (RKF) Heinrich Himmler tätig. Trotz seiner NS-Vergangenheit gehörte Wiepking in den 1950er und 1960er Jahren zu den angesehensten Landschaftspflägern der Bundesrepublik. Heintz rezipierte auch noch Ende der 1950er Jahre dessen kulturpessimistische Vorstellungen, wie ein von ihm mit ausführlichen Markierungen versehener Aufsatz Wiepkings zeigt, der sich im Nachlass erhalten hat.³⁵

Angesichts der sich verschlechternden Kriegslage, die eine Fortsetzung der Bauprojekte illusorisch erschienen ließ, übernahm Heintz im Oktober 1943 als Pächter die Schlossgärtnerei Derneburg bei Hildesheim, wo er bis 1956 tätig war. In der unmittelbaren Nachkriegszeit leitete Heintz hier einen Ausschuss zur Unterbringung von Flüchtlingen und war außerdem Leiter des Ausschusses für Entnazifizierung.³⁶ In den 1950er und 1960er Jahren war er dank beruflicher Kontakte und seiner während der NS-Zeit geknüpften Netzwerke in vielfältiger Weise für die Städte Wolfsburg und Salzgitter tätig. So fanden seine landschaftsplanerischen Überlegungen beispielsweise Eingang in die Bauleitpläne der Stadt Salzgitter. In Wolfsburg arbeitete Heintz erneut für die *Neuland*. Im Auftrag von Koller erstellte er in den 1950er Jahren die Grünplanung für den Teilbebauungsplan Laagberg, mit dem er sich bereits in der Zeit des Nationalsozialismus beschäftigt hatte.³⁷ Zu seinen bekanntesten Projekten gehörte jedoch zweifellos die Gartengestaltung für das VW-Bad.

Die Bewertung von Heintz' Wirken bleibt angesichts des Fehlens von Quellen, die Aufschluss über sein Denken und Handeln im Privaten geben, lückenhaft. In Anbetracht seiner vielfältigen Tätigkeiten in der Zeit des Nationalso-



NS-Idylle auf dem Steimker Berg ca. 1940, Foto: Herk Wolfram Krone

zialismus greift es zu kurz, Meinungsverschiedenheiten zwischen den jeweiligen Architekten, Stadtplanern und Gartengestaltern zu einer Quasi-Widerständigkeit umzuinterpretieren.³⁸ Heintz selbst verstand sich als Fachmann und Experte. Seinem Selbstverständnis entsprechend sah er sich regelrecht dazu aufgefordert, immer dann einzugreifen und zu intervenieren, wenn die Planungen nicht seinen Vorstellungen entsprachen. Durch seine Interventionen glaubte er das bestmögliche Ergebnis erreichen zu können.³⁹ Den notwendigen Rahmen für eine Einordnung seiner Tätigkeiten bildet daher die gesamtgesellschaftliche Situation.

Heintz zählt nicht zu jener Kohorte der zwischen 1900 und 1910 geborenen, die als Trägergeneration des Nationalsozialismus gelten. Geprägt von den sozialen und kulturellen Verwerfungen der Jahrhundertwende war Heintz ein ausgesprochen konservativer Gartenarchitekt, weisen seine Planungen doch auf die Ablehnung der modernen Industriegesellschaft hin. Wenn diese schon als gegeben zu akzeptieren war, so sollten ihre negativen Begleiterscheinungen durch aufgelockerte und durchgrünte Siedlungen weitgehend abgemindert werden. Seine Mitgliedschaft im KDAI lässt darauf schließen, dass er dem Nationalsozialismus zumindest nicht ablehnend gegenüberstand. Zudem war Heintz seit 1934 fast ausschließlich in Projekte involviert, die keinesfalls allein privatwirtschaftlichen Interessen entsprangen, sondern vom NS-Staat und den Gliederungen der NSDAP angestoßen und vorangetrieben wurden. Die „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ und die „Stadt der Hermann-Göring-Werke“ waren gesellschaftspolitische Labor-Projekte, die ebenso wie die Planungen für die *Heinkel-Werke* und andere Bauprojekte im Kontext der forcierten Aufrüstung und dem seit 1940 zunehmenden Arbeitseinsatz von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern und später von KZ-Häftlingen gedeutet werden müssen. Insofern profitierte Heintz in hohem Maße von den umfangreichen Raumordnungsmaßnahmen und dem Expansionsstreben des NS-Regimes. Sein Lebenslauf entspricht damit jedoch vielmehr der Regel als der Ausnahme. Seine Biografie ist geradezu repräsentativ für das Wirken von Gartengestaltern und Landschaftsarchitekten seiner Zeit.⁴⁰

Marcel Glaser, M.A., ist Lehrbeauftragter an der Universität Kassel und seit 2013 freier Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation (IZS) in Wolfsburg. Im März 2021 wurde seine Dissertation „Peter Koller (1907–1996).

Stadtplaner in Diktatur und Demokratie“ an der Universität Kassel eingereicht. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen die Geschichte des Nationalsozialismus und der frühen Bundesrepublik, Stadtplanung und Architektur sowie Jugendbewegung, Erinnerungskultur und Stadtgeschichte.

1 Klaus-Jörg Siegfried, „Die Autostadt. Zur Selbstdarstellung der Stadt Wolfsburg in der Nordhoff-Ära“, in: Ortwin Reichold (Hg.), ... erleben, wie eine Stadt entsteht. Städtebau, Architektur und Wohnen in Wolfsburg 1938–1998. Wolfsburg 1998, S. 209–219, hier S. 212.

2 Axel Schildt, „Wolfsburg – eine neue Stadt im Wiederaufbau der Bundesrepublik“, in: Martin Kaltwasser/Eva Majewska/Jakub Szreder (Hg.), Industriestadt futurismus. 100 Jahre Wolfsburg/Nowa Huta. Frankfurt am Main 2007, S. 210–220, hier S. 214.

3 Heidi Fengel/Nicole Froberg/Pierre Rey, „Die Volkswagenstadt Wolfsburg“, in: Vittorio Magnago Lampugnani/Konstanze Sylva Domhardt (Hg.), Die Stadt der Moderne. Strategien zu Erhaltung und Planung. Zürich 2016, S. 210–245, hier S. 231.

4 Peter Koller, „Die Stadt des KdF-Wagens“, in: Die Kunst im Dritten Reich, Jg. 3 (1939), Nr. 4, S. 157–162.

5 Gert Gröning/Joachim Wolschke-Bulmahn, Grüne Biographien. Biographisches Handbuch zur Landschaftsarchitektur des 20. Jahrhunderts in Deutschland. Berlin/Hannover 1997, S. 138.

6 StadtA WOB, S 11 (154), Peter Koller, Die verschiedenen städtebaulichen „Machtbereiche“. Handschriftliches Manuskript, 1977, Bl. 3.

7 StadtA WOB, S 11 (154), Peter Koller, Auskunftspersonen. Handschriftliches Manuskript, o. D., Bl. 1.

8 Werner Lendholt, „Grünordnung“, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hg.), Handwörterbuch der Raumforschung und Raumordnung. Hannover 1966, Sp. 655–666, hier Sp. 657.

9 Arne Keilmann, „Von der Landschaft zur Stadtlandschaft“, in: Geschichtsverein Salzgitter e.V. (Hg.), Salzgitter. Die neue Stadt. Salzgitter 2018, S. 41–68, hier S. 45.

10 Dietrich Worbs, „Salzgitter-Lebenstedt. Gartenstadt oder NS-Siedlung? Eine städtebauliche Analyse“, in: Geschichtsverein Salzgitter e.V. (Hg.), Salzgitter Jahrbuch 1991/1992, S. 344–366, hier S. 348.

11 Arne Keilmann, „Wilhelm Heintz – Wolfsburgs grüner Vater“, online abrufbar unter http://www.architektur-geschichte.de/07%20Wilhelm%20Heintz%2002%20Text.html#_ftn7 [14.1.2021].

12 Siehe dazu Clemens Zimmermann/Jürgen Reulecke (Hg.), Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell? Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstädte um 1900. Basel 1999.

13 Lendholt, Grünordnung, (wie Anm. 8), Sp. 657f.

14 Hermann Schmitz, „Gartenkunst“, in: Wasmuths Lexikon der Baukunst, Bd. 5. Nachtrag A-Z. Berlin 1937, S. 227–234, hier S. 233.

15 Joachim Wolschke-Bulmahn, Auf der Suche nach Arkadien. Zu Landschaftsidealen und Formen der Naturaneignung in der Jugendbewegung und ihrer Bedeutung für die Landespflege. München 1990.

16 Ders., „Gärten, Natur und völkische Ideologie“, in: Rainer Hering (Hg.), Die Ordnung der Natur. Vorträge zu historischen Gärten und Parks in Schleswig-Holstein. Hamburg 2009, S. 143–187, hier S. 152–156.

17 Bernhard Gaber, „Gartengestalter“, in: Wasmuths Lexikon der Baukunst, Bd. 5 (wie Anm. 14), S. 227.

18 „Gemeinschaftsarbeit. Tagung des Bundes deutscher Gartenarchitekten“, in: Die Gartenwelt, Jg. 37 (1933), Nr. 44, S. 544.

19 Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. München 2006, S. 27.

20 Jürgen Gimmel, Die politische Organisation kulturellen Ressentiments. Der „Kampfbund für deutsche Kultur“ und das bildungsbürgerliche Unbehagen an der Moderne. Münster 2001, S. 97.

21 Privatbesitz, Wilhelm Heintz, Leumundszeugnis für den Architekten Peter Koller, 7. Oktober 1946. Eine Kopie des Dokuments befindet sich in der Sammlung Koller im IZS.

22 LAV NRW R, BR 1038 Nr. 111, Dr. Wilhelm Ludowici, Stellung zu bestehenden Verbänden, Organisationen und Dienststellen [unveröffentlicht und unbetitelt], o.J. [vermutlich 1934].

23 LAV NRW R, BR 1038 Nr. 87, Übersicht über die Geschäftsverteilung im Reichsheimstättenamt Berlin, 28. November 1934.

24 Wilhelm Heintz, „Siedler-Betreuung. Bodenwirtschaftliche Planung und Betreuung“, in: Siedlung und Wirtschaft, Jg. 16 (1934), H. 8, S. 350–353; ders., „Das erste Gartenjahr in der Siedlung Jockgrim (Pfalz)“, in: Siedlung und Wirtschaft, Jg. 17 (1935), H. 1, S. 32–34; ders., „Die Kompostbereitung in der Siedlerwirtschaft“, in: Siedlung und Wirtschaft, Jg. 17 (1935), H. 8, S. 354–357 sowie ders., „Gartenwirtschaftliches Planen einer Heimstättensiedlung“, in: Der deutsche Kleinsiedler, Jg. 13 (1935), H. 8, S. 81f.

25 Jo Sollich, Herbert Rimpl (1902–1978). Architektur-Konzern unter Hermann-Göring und Albert Speer. Architekt des Deutschen Wiederaufbaus. Berlin 2013, S. 44–46.

26 Ebd., S. 303f.

27 Als Überblick Jörg Leuschner, „Salzgitter – Die Entstehung einer nationalsozialistischen Neustadt von 1937 bis 1942“, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte, Bd. 65 (1993), S. 33–48, zur stadtplanerischen Konzeption siehe Sollich, Herbert Rimpl (wie Anm. 25), S. 81–106 sowie die zeitgenössischen Ausführungen von Herbert Rimpl, „Die Stadt der Hermann-Göring-Werke“, in: Die Kunst im Dritten Reich, Jg. 3 (1939), Nr. 4, S. 140–156.

28 Worbs, Salzgitter-Lebenstedt (wie Anm. 10), S. 348.

29 StadtA WOB, S 105 (B-1), Schreiben der Gezuvor an Wilhelm Heintz vom 10. Dezember 1937; StadtA WOB, S 11 (5). Nachtrag/5, Wilhelm Heintz, Gutachten betr. Bau einer Groß-Siedlung für das Werk des Deutschen Volkswagens bei Fallersleben, 9. Mai 1938.

30 Ingo Sommer, Die Stadt der 500000. NS-Stadtplanung und Architektur in Wilhelmshaven. Wiesbaden 1993, S. 243.

31 Arnold Klotz, Stadtentwicklung und Städtebau in Innsbruck 1938–2015. Strategien – Konzepte – Gestaltung. Innsbruck 2016, S. 95; Birgit Rosendahl-Kraas, Die Stadt der Volkstraktorenwerke. Eine Stadttutopie im Dritten Reich. Die Planungen und Großbauten der Deutschen Arbeitsfront für die Stadt Waldbröl. Wiehl 1999.

32 Nils Franke, Der Westwall in der Landschaft. Aktivitäten des Naturschutzes in der Zeit des Nationalsozialismus und seine Akteure. Mainz 2015, S. 47.

33 Heinrich Friedrich Wiepking-Jürgensmann, Die Landschaftsfibel. Berlin 1942, S. 259.

34 Willie Oberkrome, „Deutsche Heimat“. Nationale Konzeption und regionale Praxis von Naturschutz, Landschaftsgestaltung und Kulturpolitik in Westfalen-Lippe und Thüringen (1900–1960). Paderborn 2004, S. 242–248.

35 StadtA WOB, S 105 (A-1), Heinrich Wiepking-Jürgensmann], „Zerstörung der Landschaft gefährdet das Leben. Bilder und Gedanken zur Industrielandschaft“, in: Zentralblatt für den deutschen Erwerbsgartenbau, Jg. 9 (1957), Nr. 26.

36 Privatbesitz, Wilhelm Heintz, Leumundszeugnis für den Architekten Peter Koller, 7. Oktober 1946. Eine Kopie des Dokuments befindet sich in der Sammlung Koller im IZS.

37 StadtA WOB, S 11/Koller II (52), Peter Koller an Wilhelm Heintz, 22. Juni 1951. Siehe dazu auch Alexander Kraus, „Landschaften lesen. Der Laagberg zur Zeit seiner landwirtschaftlichen Nutzung“, in: Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte, Jg. 6 (2021), Nr. 20, S. 20.

38 So etwa bei Keilmann, Von der Landschaft zur Stadtlandschaft (wie Anm. 9), S. 63.

39 Siehe dazu etwa Thomas Etzemüller, „Social engineering als Verhaltenslehre des kühlen Kopfes. Eine einleitende Skizze“, in: ders. (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert. Bielefeld 2009, S. 11–39.

40 Siehe etwa Axel Zutz, „Wege grüner Moderne. Praxis und Erfahrung der Landschaftsanwälte des NS-Staates zwischen 1930 und 1960“, in: Heinrich Mading/Wendelin Strubelt (Hg.), Vom Dritten Reich zur Bundesrepublik. Beiträge einer Tagung zur Geschichte von Raumforschung und Raumplanung am 12. und 13. Juni 2008 in Leipzig. Hannover 2009, S. 107–148.

14. Juli 1940.

Maria Irmgard Busch an ihren Mann!

Zwei Tage haben wir meine Geburtstagsfeier feiert. Ich habe sehr viel Freude und will mich mit dir teilen. Die Gammelfabrikanten sind die Köpfe der alten Gammelfabrikanten. Alles kann bald wieder sein. Das Gammelfabrikanten ist sehr schön. Ich frage mich, warum ich nur allein die Köpfe der Köpfe sein soll, die zu mir die Köpfe der Köpfe sind. Ich frage mich, warum ich nur allein die Köpfe der Köpfe sein soll, die zu mir die Köpfe der Köpfe sind. Ich frage mich, warum ich nur allein die Köpfe der Köpfe sein soll, die zu mir die Köpfe der Köpfe sind.

Die Gammelfabrikanten sind die Köpfe der Köpfe. Ich frage mich, warum ich nur allein die Köpfe der Köpfe sein soll, die zu mir die Köpfe der Köpfe sind. Ich frage mich, warum ich nur allein die Köpfe der Köpfe sein soll, die zu mir die Köpfe der Köpfe sind. Ich frage mich, warum ich nur allein die Köpfe der Köpfe sein soll, die zu mir die Köpfe der Köpfe sind.

Brief Irmgard Buschs vom 16. Juli 1940, Quelle: StadtA WOB, S 6 (11)

Alexander Kraus: In deiner Masterarbeit hast du die ganz private Lebenswirklichkeit in der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ inmitten des Zweiten Weltkrieges erforscht und nach der Organisation des Alltags in der Ausnahmesituation des Krieges gefragt. Deiner Arbeit lag eine außergewöhnliche Quelle zugrunde: ein Konvolut aus insgesamt 139 Briefen der Hausfrau und Mutter Irmgard Busch, die diese aus der „Stadt des KdF-Wagens“ überwiegend zwischen 1940 bis 1946 an ihre in der Nähe von Nürnberg lebenden Eltern gesandt hat. Was ist das Besondere an diesen Briefen und welche Perspektiven haben sie dir erschlossen?

Lucinda Jäger: Zunächst einmal ist die Quelle an sich etwas Besonderes: Private Briefe, sogenannte Ego-Dokumente oder Selbstzeugnisse, liefern wichtige Ergebnisse zur Untersuchung der Alltagsgeschichte einzelner Individuen. Sie lassen Rückschlüsse auf Gedanken und Gefühle einer bestimmten Gruppe zu, eröffnen eine Perspektive auf ihre Wahrnehmung beispielsweise von Kriegereignissen oder politischen Veränderungen. Diese autobiografischen Quellen lassen uns in die Lebenswirklichkeit einzelner Menschen blicken und ermöglichen uns, diese schrittweise zu rekonstruieren.

Die zahlreichen Briefe eröffneten mir einen individuellen Einblick in die private Welt, in die Alltagserfahrungen und Lebenswirklichkeit der Verfasserin während des Nationalsozialismus und speziell des Zweiten Weltkrieges in der „Stadt des KdF-Wagens“. Aus der Briefsammlung lässt sich einerseits ein detailreiches Bild über den Alltag einer privilegierten Familie zeichnen, die die Zeit des Nationalsozialismus – besonders zu Beginn des Briefwechsels – aufgrund der später leitenden Stellung des Ehemanns, Hans Busch,¹ als Ingenieur bei der Volkswagen-

Hausfrau, Mutter und „Volksgenossin“

Briefe Irmgard Buschs aus der „Stadt des KdF-Wagens“

LUCINDA JÄGER IM GESPRÄCH

werk GmbH, vergleichsweise unbeschwert erlebt. Andererseits sind aus den Briefen gleichwohl zahlreiche Ängste und Sorgen herauszulesen, die die Familie Busch mit fortschreitendem Kriegsverlauf erlebt. Trotz der relativ bevorzugten Wohn- und Lebenssituation der Familie zeigen der Kriegsalltag und seine durch die spürbarer werdenden Kriegereignisse bedingte Außeralltäglichkeit einen starken Einfluss auf Irmgard Buschs Gedankenwelt. So stehen ihre niedergeschriebenen Gedanken repräsentativ für Alltags- und Kriegserfahrungen einer vergleichsweise privilegierten Hausfrau, Mutter und „Volksgenossin“, die die Anforderungen des NS-Regimes mit ihren alltäglichen Handlungsweisen erfüllt und die in ihren Briefen überwiegend regimetreu in Erscheinung tritt.

Alexander Kraus: Inwieweit fügte sich Irmgard Busch denn in das offizielle Bild der Frau, das durch die Nationalsozialisten propagiert wurde? Brach sie aus dieser kleinen Welt aus, die sich um Familie, Häuslichkeit und Kinder drehte? Oder anders gefragt: Fand eine Politisierung des Privaten statt? Schrieb sie sich in die ihr durch das propagierte Bild der „Volksgemeinschaft“ zugewiesene Rolle ein?

Lucinda Jäger: Die Frau wurde seitens der NS-Ideologen größtenteils als natürliche Gefolgschaft des Mannes angesehen: Frauen waren zumeist eingebunden

in die überschaubare Welt von Haushalt, Kindern und Familie, blieben weitestgehend ausgegrenzt aus wichtigen öffentlichen Funktionen.² Das Gebären und Aufziehen der Kinder wurde vom Regime denn auch als ‚völkische Tat‘ und nicht als privates Bedürfnis angesehen; die Frau war dem NS-Staat und der ‚Volksgemeinschaft‘ verpflichtet, ordnete sich demnach weniger dem Mann als dem Regime an sich unter.³ Frauen waren jedoch nicht ausschließlich auf ‚Heim und Herd‘ beschränkt; vielmehr waren sie dem NS-Regime politisch durchaus willkommen, wenn sie an der Verwirklichung seiner rassienpolitischen Ziele mitwirkten.⁴

In den Briefen Irmgard Buschs zeigt sich, wie sehr sie in ihren Handlungsspielräumen limitiert war. Über die Sphäre des Haushalts hinaus konnte sie lediglich an kulturellen NS-Veranstaltungen partizipieren. Frauen wie sie waren, wenn sie nicht politisch aktiv in Abläufe des NS-Regimes eingebunden wurden, diejenigen, die die Familie ganz im Geiste des Nationalsozialismus durch emotionale Wärme und dienende Hingabe zum Ort der Erholung ihrer Männer machten und damit das System mitstabilisierten.⁵ Dies kann als wichtige Funktion zur Erhaltung der ‚Volksgemeinschaft‘ gesehen werden. Die Einbindung der weiblichen, arischen Bevölkerung in die ‚Volksgemeinschaft‘ war demnach von einer ‚Politisierung des Privaten‘ geprägt.⁶ Das durch Irm-

gard Busch in ihren Briefen konstruierte Selbstbild, das sie von sich zeichnet und schreibend mit Bedeutung füllt, entspricht dem der sorgenden Frau und Mutter als Teil der ‚Volksgemeinschaft‘. Auch wenn der Typus schon vor der NS-Zeit bestand, bekam er in Verknüpfung mit der ‚Volksgemeinschaft‘ besonderes Gewicht.

Irmgard Busch lediglich als weibliches Opfer eines patriarchalischen NS-Systems zu beschreiben, greift daher zu kurz, denn sie profitierte aufgrund der relativ hohen Stellung ihres Mannes in besonderem Maße durch Wohnkomfort, einen hohen Lebensstandard und die Teilnahme an vielen kulturellen Veranstaltungen. So kann Irmgard als Teil der NS-Profiteurgesellschaft oder als Nutznießerin angesehen werden.⁷ An den sozialen Integrationsangeboten des NS-Regimes für Frauen nahm sie aktiv und mit Begeisterung teil; sie schreibt in einem ihrer Briefe, die Familie stehe „innerlich absolut zur Sache“.⁸ Zwar ist keine nennenswerte politische Teilhabe zu erkennen, jedoch ein hohes Maß an Zustimmung zum NS-Regime, das sie in ihrer Selbsteutung in den Briefen häufig artikuliert. Irmgard Buschs Begeisterung für die mediale NS-Propaganda, die Reproduktion von Feindbildern und der auch bei ihr klar zum Ausdruck kommende ausgeprägte Führerkult verdeutlichen ein hohes Identifikationspotential mit dem NS-Regime. Die NS-Frauenschaft bot deutschen Frauen eine breites Angebot an Aktivitäten, in denen auch Irmgard Busch ihre Zugehörigkeit zur ‚Volksgemeinschaft‘ lebte und erlebte. Zu betonen ist bei dieser Einschätzung Irmgard Buschs jedoch auch, dass das NS-Regime und seine Strukturen ihr wenig bis keinen Handlungsspielraum für ein Ausbrechen aus ihrer vor *Fortsetzung auf Seite 12*



Stadt im Aufbau –
Wohnhäuser in der Litzmannstraße
(heute Friedrich-Ebert-Straße) in der
Schillerteichsiedlung, nach 1940;
Foto: Fritz Heidrich/IZS

Fortsetzung von Seite 11 geschriebenen Rolle als Hausfrau sowie Mutter boten. Auszuberechnen hätte, wie die Briefe nahelegen, nicht zu ihrem familiär angelegten Selbstverständnis gepasst.

Alexander Kraus: Inwieweit hast du denn überraschende Erkenntnisse aus deiner Forschungsarbeit ziehen können?
Lucinda Jäger: Besonders überraschend war die Erkenntnis, dass in den Briefen keine Ressentiments zu jüdischen Mitbürgern, keinerlei antisemitische Aussagen zu finden sind. Lediglich einmal zu Beginn der Briefe im August 1933 thematisiert sie die Einstellung einer anderen Familie zu jüdischen Mitbürgern und zu Adolf Hitler: „Familie Muschi ist sehr gegen Juden, Herr Direktor ist bei Stahlhelm, sonst aber sehr für Hitler.“⁹ Die Tatsache, dass sie die antisemitische Haltung der anderen für erwähnenswert hält, lässt erahnen, dass sie keinem ausgeprägten Antisemitismus anhing. Auch in ihren zahlreichen späteren Briefen äußert sie sich nicht kritisch gegenüber jüdischen Personen. Ihr Sohn Werner Busch erklärt dies mit ihrem für Frauen damals vergleichsweise hohen Bildungsstand sowie ihrer schulischen Prägung. Während des Besuchs der Oberstufe des Labenwolf-Gymnasiums in Nürnberg von 1929 bis zu ihrem Abitur 1932 pflegte sie ihm zufolge gute und respektvolle Freundschaften zu ihren jüdischen Klassenkameradinnen.¹⁰

In späteren Briefen zeigt sich gleichwohl, wie die Propaganda der Nationalsozialisten und die Abwertung anderer nicht-arischer Bevölkerungsgruppen die Briefeschreiberin beeinflussten, so beispielsweise wenn sie im November 1942 abwertend eine Russin als „so was“¹¹ betitelt und sich ganz allgemein in herabsetzender Weise über russische Personen äußert: „Frau Lampas hat seit 10 Tagen ‚ein Mädchen‘, eine Russin oder so was 16 Jahre und bekommt 7.50 im Monat. Ich möchte für die Kinder doch nicht so was haben.“¹² Da „der Russe“ und der Kom-

munismus als eines der propagierten nationalsozialistischen Feindbilder fungierten, waren abschätzige Kommentare dieser Art bei vielen Zeitgenossen üblich.

Es finden sich zudem verächtliche Kommentare über italienische Arbeiter in den Briefen, die zuerst als Zivilarbeiter in der Stadt beschäftigt waren; nach der Kapitulation Italiens wurden wiederum zahlreiche italienische Militärinternierte dort inhaftiert: „Um unsere Häuser arbeiten täglich Scharen von Italienern, die nach jeder Schaufel Erde 3x solange ausruhen müssen“¹³ schreibt sie beispielsweise. Aus Irmgard Buschs Sicht sind die italienischen Arbeiter faul und kaum belastbar. Trotz der negativ konnotierten Attribute, die sie den Italienern zuschreibt, nimmt die Familie Arbeitsleistungen der Italiener mindestens zweimal in Anspruch: Zunächst helfen italienische Arbeiter beim Ausbau des Dachbodens, später hilft ihr ein beim Nachbarn beschäftigter Italiener im Garten.¹⁴ Dies empfindet sie ganz offenbar als negative Erfahrung: „Mir langte es, dass ich auch in der Woche noch 3 Tage die Italiener am Boden hatte.“¹⁵

Im Hinblick auf die Wahrnehmung ihrer unmittelbaren Umgebung ist interessant, was von Irmgard Busch nahezu unerwähnt bleibt: Bereits ab 1940 prägten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in der „Stadt des KdF-Wagens“ die Stadtwirklichkeit und lebten in einfachen Baracken. Doch berichtet Busch in ihren Briefen kaum über die Zwangsarbeiterlager. Stattdessen schreibt sie kurz, verklausuliert und nüchtern über den Mangel an Arbeitskräften: „Hier nimmt alle irgendwie in Frage kommenden Arbeitskräfte das Werk auf.“¹⁶ KZ-Häftlinge, sowjetische Kriegsgefangene, militärische Strafgefangene und sogenannte Ostarbeiterinnen waren innerhalb des Systems der betrieblichen Zwangsarbeit diskriminierenden, menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt.¹⁷ In sieben KZ-Kommandos waren seit April 1941 nahezu 7.000 Häftlinge eingesetzt.¹⁸

Auffallend ist, dass Irmgard Busch diese Zustände in den Briefen systemkonform annähernd komplett ausklammert. Allein die in unmittelbarer Nähe zum Haus der Familie Busch errichteten Notunterkünfte der ersten italienischen Arbeitskräfte – wohlgemerkt keine Zwangsarbeiter – finden in ihren Briefen Erwähnung, wenn auch lediglich einmal.¹⁹ Dabei werden die furchtbaren Umstände, unter denen die ausländischen Arbeiter hausen, nur kurz aufgeführt.

Unter dem Schatten des NS-Systems führte Zwangsarbeit überall im „Dritten Reich“ zu einer Dehumanisierung der Arbeitskräfte sowie zu einer Herabwürdigung der Menschen zu anonymen Produktionsfaktoren.²⁰ Irmgard Busch erwähnt die Zustände kaum, obgleich das strengbewachte und mit Stacheldraht umgrenzte „Ost-Lager“, in dem Zwangsarbeiter aus Osteuropa untergebracht waren, nah des werdenden Stadtzentrums gelegen war.²¹ Es befand sich in unmittelbarer Nähe und Sichtweite zur Siedlung am Schiller Teich, sodass Busch in ihrem Alltag mit den dortigen Zuständen besonders auch durch Berichte ihres Mannes sicherlich konfrontiert war.²²

Alexander Kraus: Und doch zeigt sich in ihren Briefen, wie wirksam die nationalsozialistische Propaganda war und wie stark sich die Botschaften auch im Denken von Irmgard Busch verfestigt haben.

Lucinda Jäger: Das ist korrekt. Zu Kriegsbeginn ist auffällig, dass positive Nachrichten von der Front in der Familie Busch und in der Nachbarschaft gefeiert werden, was auf die Wirkweise der nationalsozialistischen Propaganda hinweist. Aus den Briefen ist eine deutliche Aufbruchsstimmung in der „Stadt des KdF-Wagens“ herauszulesen. In ihnen wird die kriegerische Expansion des „Deutschen Reiches“ deutlich befürwortet. Dies wird ebenfalls am unbeeinträchtigten Glauben an den endgültigen Sieg der Wehrmacht ersichtlich, an dem sie auch nach der steigenden Anzahl an Niederlagen Deutschlands bis

zum Kriegsende festhält. In dieser Hinsicht stellt sie fast ein Musterbeispiel für die Wirksamkeit der Propaganda dar – sobald der ‚Führer‘ spricht, ist sie voll und ganz von ihm eingenommen, hinterfragt nicht, trotz der sich mehr und mehr abzeichnenden Kriegsniederlage.

In ihren Briefen nimmt sie insgesamt auf vier Reden des ‚Führers‘ direkten Bezug. Sie gibt zwar keine konkreten Inhalte der Reden wieder, doch übermittelt sie den sinngebenden, Zuversicht weckenden Effekt der Reden auf sie. Es ist auffallend, wie stark die Person Hitler durch Irmgard Busch hervorgehoben, idealisiert und überhöht wird, was ein weiteres Phänomen der Propaganda sowie des damaligen Personenkults um Hitler deutlich macht: „Die Führerrede hörte ich um 8 Uhr. Wie immer großartig und einzig unser Führer“²³ schreibt sie beispielsweise im Oktober 1941. Als sich mit Fortschreiten des Krieges Kriegsmüdigkeit und Hoffnungslosigkeit bei Irmgard Busch zeigen, bewirken die Reden des ‚Führers‘ eine erneute Aufbruchsstimmung und ein Festhalten an den Durchhalteparolen, die sie in ihren Briefen artikuliert. Bei Busch sind zwar Zweifel an der Sinnhaftigkeit des Krieges zu lesen, Zweifel am ‚Führer‘ werden jedoch nicht laut. Selbst im November 1943 – neun Monate nach der Niederlage von Stalingrad – vermag Hitler durch seine Reden weiterhin in ihr Hoffnung auf den Sieg und das Ende des Krieges zu wecken. Ihre Begeisterung für das NS-Regime oder den ‚Führer‘ legte sich nach Kriegsende 1945 jedoch rasch, von Wehmut über das Verlorene oder Sympathie für das Vergangene ist in ihren Briefen nichts zu lesen. Sie stellte sich ganz den Herausforderungen der Nachkriegszeit.

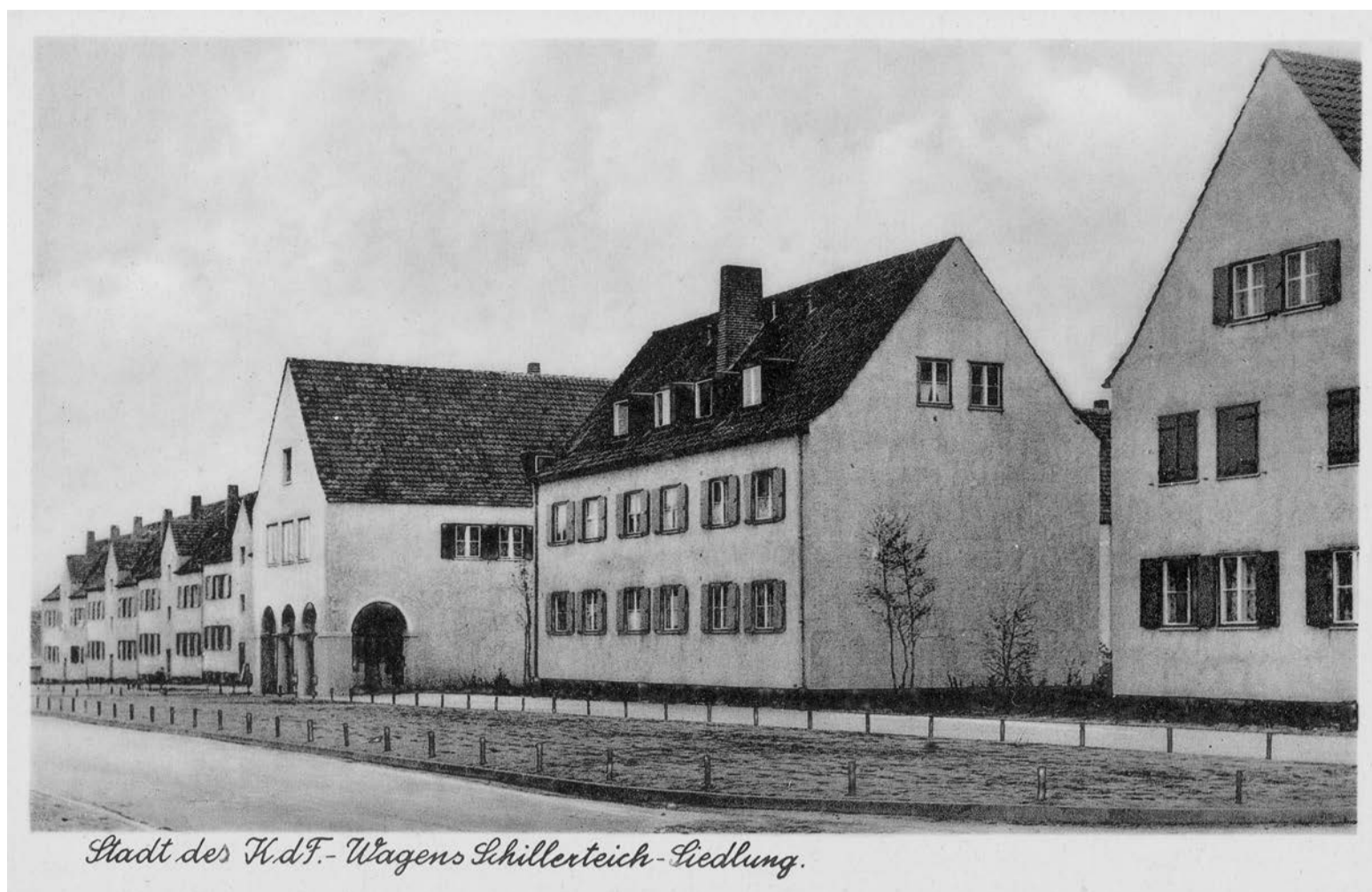
Alexander Kraus: In welcherlei Hinsicht partizipierten denn sie und ihre Familie an Veranstaltungen des NS-Regimes in der „Stadt des KdF-Wagens“?

Lucinda Jäger: Der Besuch der *Wochenschau* taucht in ihren Briefen häufig auf.

Stolz erwähnt sie, das Ehepaar Busch habe seit Wochen keine *Wochenschau* verpasst, und betont, dass sie keine Mühen scheut, um ihrer Pflicht als Bürgerin der Musterstadt des NS-Staates gerecht zu werden. Enthusiastisch berichtet sie über ergreifende Veranstaltungen und ausgestrahlte Spielfilme: „In der letzten Wochenschau waren wir nicht, aber in den 3 vorhergehenden. Man ist jedes Mal ganz ergriffen.“²⁴ Die *Wochenschau* mit ihren offenbar bewegenden Kinofilmen stellt für Irmgard Busch ein wichtiges Ereignis und eine unterhaltsame Abwechslung im Alltag in der „Stadt des KdF-Wagens“ dar. Filme wurden hauptsächlich deshalb gern besucht, da sie eine Gegenwelt zum Kriegsalldag darstellten.²⁵ Die stolze und freudige Teilnahme der Familie Busch an zahlreichen kulturellen Veranstaltungen, die das NS-System den Bürgern in der „Stadt des KdF-Wagens“ bot, lässt sich denn auch als Versuch deuten, Normalität durch alltägliche oder regelmäßig wiederkehrende Handlungen aufrecht zu erhalten.

Besuche in der neu erbauten *Tullio-Ciannetti-Halle* – die als Ort für verschiedene nationalsozialistische Veranstaltungen diente und in der die *Wochenschau* ausgestrahlt wurde –,²⁶ gehörten für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt zur Alltagskultur. Wenn Irmgard Busch über gesehene Filme schreibt, dann ausschließlich positiv. Sie bewertet Kinoabende als schöne Abwechslung und erzählt oft von den tollen Erlebnissen, die ihr das Kino und das kulturelle Angebot in der „Stadt des KdF-Wagens“ bieten. Neben der *Wochenschau* besucht das Ehepaar Busch Tanzabende, Parteiveranstaltungen, Theaterabende oder „Wunschkonzerte“. Stolz berichtet Irmgard Busch nicht nur von der Teilnahme an diesen Konzerten, sondern auch von den hohen Beträgen, die ihr Mann bei diesem Anlass für die Wehrmacht gespendet habe. Dies unterstreicht, wie sehr Familie Busch nicht nur das kulturelle Angebot wertschätzt, sondern auch ihre ‚Pflichten‘ für den NS-Staat erfüllt.

Nach der Teilnahme an nationalsozialistischen Veranstaltungen schreibt sie stärker und gefasster über ihre Wahrnehmung des Krieges. Offenbar hatten die Veranstaltungen des Regimes sie dahingehend zu beeinflussen vermocht, alle Entbehrungen und Herausforderungen tapfer zu ertragen, um das übergeordnete zukünftige Ziel des Kriegsgewinns zu erreichen. Zwar partizipiert sie euphorisch und mit Vorliebe an zahlreichen kulturellen Veranstaltungen wie der *Wochenschau*, die Teilnahme an Parteiveranstaltungen war ihr jedoch häufig zuwider. Sie betont allerdings zugleich, sie stehe voll und ganz hinter der Ideologie: „Zuwider ist mir die viele Parteiläuferi. Da sind wir halt nicht so. Deswegen stehen wir innerlich absolut zur Sache.“²⁷ Viele „Volksgenossinnen“ verorteten sich in Selbstzeugnissen besonders nach Kriegsende im unpolitischen Raum, dienten dennoch dem Nationalsozialismus und dem Wohle der „Volksgemeinschaft“.²⁸ Busch konstruiert und betont dagegen einen innerlichen Bezug und antizipiert möglicherweise die Normalerweise, dass sich Haltung in entsprechenden Handlungen wie der ‚Parteiläuferi‘ ausdrücke. Der zunächst scheinbar unpolitisch wirkende Bereich der musikalischen Unterhaltung war jedoch gleichermaßen Teil des nationalsozialistischen Einflusses des Propagandaapparates, denn sie diente der Ablenkung und Entspannung sowie der Umrahmung sportlicher oder politischer Veranstaltungen.²⁹ Mit solchen Gesellschaftsprojekten griff das NS-Regime weit über den bisherigen Rahmen



Historische Ansichtskarte der Schillerteichsiedlung der „Stadt des KdF-Wagens“. Hinter dem in der damaligen Litzmannstraße (heute Friedrich-Ebert-Straße) gelegenen Haus mit den Torbögen begann die Weddingenstraße (heute Windthorststraße), in der die Familie Busch lebte; Verlag Martin Großkopf, Fallersleben/Postkartensammlung des IZS, P-0745



Aufbau der Schillerteichsiedlung. Blick in Richtung Süden auf Häuser in der Weddingenstraße (links, heute Windthorststraße) und in die Litzmannstraße (rechts, heute Friedrich-Ebert-Straße); Foto: Fritz Heidrich/IZS

hinaus; bislang als unpolitisch betrachtete Verhaltensweisen reklamierte das Regime nun für sich: Das deutsche Volk war aufgefordert, sich in zuvor als privat geltenden Räumen politisch treu zu verhalten, was die Aufhebung der Trennung zwischen Politik und Privatleben zur Folge hatte.³⁰

Alexander Kraus: Die Familie Busch war aufgrund der relativ privilegierten Stellung ihres Ehemannes im Volkswagenwerk, der dort als leitender Ingenieur für die Planung der Produktion im Werk ar-

beitete, gewiss bessergestellt. Doch je länger der Krieg andauerte, desto mehr war auch sie von Verknappung und Mangelwirtschaft betroffen. Partizipierte sie am grassierenden Schwarzmarkt und Tauschhandel oder fand sie andere Lösungen? **Lucinda Jäger:** Je weiter der Krieg und die kriegsbedingte Lebensmittelknappheit voranschritten, desto höher wurde der Stellenwert, den die Zubereitung von Essen und der Lebensmitteleinkauf in den Briefen Irmgard Buschs einnehmen: Es ist ein reger Austausch über Rezepte oder fehlende Zutaten zu erkennen, nahe-

zu jede Mahlzeit wird thematisiert. Kann sie zu Kriegsbeginn noch ohne große Bedenken einkaufen, zeigt sich in späteren Briefen, wie sehr sie sich auf den eigenen Gemüseanbau konzentriert, vermehrt Lebensmittel „einweckt“ und sie zudem stärker auf Postsendungen der Eltern angewiesen ist. Das Thema Nahrungsmittel bestimmt ihre Gedankenwelt. Beispielsweise beschäftigt sie sich in ihren Briefen mit der Knappheit von Eiern: „Hier jammern auch viele nach ihren frischen Frühstücksei. Manche haben auch hier ihre Quellen.“³¹ *Fortsetzung auf Seite 14*

Fortsetzung von Seite 13 Die Möglichkeit, sich auf anderen Wegen als über die staatlich geregelte Verteilung Eier zu besorgen, möchte sie jedoch nicht in Anspruch nehmen, da der NS-Staatsapparat dieses Verhalten mit Sanktionen maßregelt. Den kriminellen Akt und mögliche Konsequenzen hat sie nichtsdestotrotz zumindest theoretisch durchdacht, wenn sie schreibt: „Die Eierfrage macht mir diesmal Kummer. Von der Schwiegermutter hörten wir gar nichts. Außerdem ist hier alles sehr streng. Frau Unrath sagte, lassen sie sich auf keinen Fall welche schicken, wenn was rauskommt unterwegs, kann für beide Teile Zuchthaus in Frage kommen.“³² Lediglich zweimal erwähnt sie in kurzen Sätzen eines Briefes vom 1. April 1941 drohende Sanktionen des NS-Regimes bei einem vermeintlichen Fehlverhalten und die damit verbundene Überwachung. Die Wörter „Zuchthaus“, „bewacht“ oder etwaige Bedenken werden weder zuvor noch danach in einem weiteren Brief genannt.

Neben der Knappheit der Nahrungsmittel bestimmen ihre Sorgen um die Auswirkungen der Ressourcenknappheit auf ihre Eltern ihre Wahrnehmung: „Ich bin nur froh, dass Ihr wieder Kohlen habt.“³³ Je länger der Krieg andauert, umso mehr Güter des alltäglichen Bedarfs wurden rationiert und desto schneller schwanden die zugeteilten Kontingente.³⁴ Familie Busch spürt die Rationierungen und die Knappheit der Ressourcen immer mehr, was anhand der rapide ansteigenden Häufigkeit des Themas ersichtlich wird. „Wie kommt ihr mit den neuen Rationen zurecht? Hat Vater noch seine Zusatzkarten? Uns langt beinahe das Brot nicht und die Nährmittel, ich brauche so viel Grieß“,³⁵ notiert sie am 6. Mai 1942. Frauen gingen in Kriegszeiten halblegale und illegale Handelsbeziehungen ein wie beispielsweise Tauschhandel, bei dem sich die Beteiligten in einer rechtlichen Grauzone bewegten.³⁶ Tauschen und sich gegenseitig mit Lebensmittelmarken auszuweichen waren übliche Praktiken, um die Versorgung der Familie aufrecht zu erhalten. Das Versenden und Tauschen von Lebensmittelkarten stellte eine Möglichkeit dar, sich in Zeiten der Entbehrung und Ressourcenknappheit gegenseitig zu unterstützen. Irmgard Busch sorgt sich um ihre Eltern und verschickt deshalb Lebensmittelkarten. Immer wieder erweckt sie in ihren Briefen den Eindruck, als sei die Situation der Eltern weitaus dramatischer als die ihrer Familie in der „Stadt des KdF-Wagens“.

Alexander Kraus: Was verraten ihre Briefe denn über das Kriegsgeschehen und die Veränderungen an der Heimatfront? Ab wann nahmen auch bei ihr Ängste und Sorgen einen immer größeren Raum ein, ab wann begann die Unsicherheit auch bei ihr Spuren zu hinterlassen, von denen wir in ihren Briefen lesen können?

Lucinda Jäger: Mit Zunahme der Luftangriffe und Alarme wird auch Irmgard Busch Teil der Bunkergemeinschaft und erlebt zunächst mit den Nachbarn sowie ihrer Familie eine „neue Kellergeselligkeit“ und beschreibt dies zu Beginn auch als positives Erlebnis in den Briefen. Je länger der Krieg und die für die Familie spürbaren Auswirkungen andauern, desto mehr wandelt sich jedoch ihre anfangs positive Kriegswahrnehmung. Eine Ambivalenz zwischen Kriegsmüdigkeit durch unmittelbar Erlebtes und Optimismus durch propagandistischen Einfluss ist wiederholt in ihren Briefen zu fassen. Sie versucht immer wieder aller Kriegsmüdigkeit zum Trotz auch in der Kriegsendphase eine positive Haltung



Litzmannstraße (rechts, heute Friedrich-Ebert Straße); Foto: Fritz Heidrich/IZS

zu bewahren und hofft auf ein Ende des Krieges, was der Selbstvergewisserung im Schreibprozess dient. Der Optimismus, was das erhoffte Kriegsende angeht, besitzt die Funktion der temporalen Modifikation. Neben der Konzentration auf ein ‚Hier und Jetzt‘ fungiert der Fokus auf ein Kriegsende als Verlagerung ihrer zentralen Lebensperspektive in die Zukunft. Die Vorstellung vom Ende des Krieges fungiert gedanklich als Entlastung für Irmgard Busch in der gegenwärtigen, belastenden Situation. Zwar wird lediglich an wenigen Stellen wirklich deutlich, wie belastend der Kriegsalltag tatsächlich für sie persönlich ist, da sie häufig das Leid anderer antizipiert, gleichwohl deutet sie das Kriegserlebnis in ihrer Selbstwahrnehmung als biografische Krise: „Ich hoffe doch, daß sich meine gesunde Natur durchsetzt und ich nach dem Krieg wieder die Alte bin“,³⁷ schreibt sie im Oktober 1944.

Das „Ich“ tritt in den vorliegenden Selbstzeugnissen in unterschiedlicher Deutlichkeit und Absicht in Erscheinung: Einerseits artikuliert Busch Sorgen und Ängste teils verdeckt über die Beschreibung, wie sich andere Menschen im Kriegsalltag fühlen. Andererseits nimmt sie an anderen Stellen auf sich selbst stärker Bezug, wenn sie in den späteren Kriegsjahren ihre Eindrücke deutlicher und für den Leser greifbarer beschreibt. Dabei wertet sie Kriegsergebnisse zwar für sich und ihr soziales Umfeld als problematisch, wendet dies aber nicht auf politischer Ebene an, da sie die Belastungen ausschließlich den feindlichen Alliierten zuschreibt, dagegen nicht einem Versagen der deutschen Luftabwehr.

Es ist im Verlauf der Briefe ein Übergang des Ereignisses Krieg zum dauerhaften Zustand Krieg erkennbar, was im Bewusstsein der Briefeschreiberin dadurch gekennzeichnet ist, dass der Krieg zunehmend in die Praxis des Alltags integriert wird. Vehemente Versuche, eine Normalität aufrecht zu erhalten, können in diesem Zusammenhang als eine psychologische Gegenreaktion auf die Kriegssituation interpretiert werden. In Bezug auf die Weltdeutung der Briefeschreiberin wird deutlich, dass sie Versuche unternimmt, die gegenwärtig spürbaren Entbehrungen des Krieges mittels des übergeordneten zukünftigen Ziels des Kriegsgewinns zu legitimieren. Sie füllt die kriegsbedingten Entbehrungen und Belastungen im Schreibprozess mit einem tieferen, transzendent anmutenden Sinn. So referiert sie oft auf die nachfolgende Gesellschaft, eine angestrebte bessere Zeit und das „Große Ganze“. Auch dieser Aspekt zeigt, dass sie sich in ihrer Selbstdeutung als Teil der „Volksgemeinschaft“ identifiziert. Beim Schreiben eines Briefes hält sie nicht nur bestehende Gefühle und Gedanken fest, sondern produziert diese im Schreibprozess: Konkrete Erlebnisse werden im Rückblick und im Vorausblick in den eigenen Lebenszu-

sammenhang eingeordnet. Mit Kriegsende werden die Herausforderungen des Kriegsalltags von Herausforderungen der ungewissen Nachkriegszeit abgelöst.

Alexander Kraus: Kannst du abschließend noch kurz darlegen, über welchen Weg die Briefe ins Stadtarchiv gelangt sind? Deren Geschichte zeigt anschaulich, welch spannende Quellen mitunter noch auf den Dachböden und Kellern schlummern und wie leicht diese verloren gehen können.

Lucinda Jäger: Das ist eine sehr spannende Frage. Zunächst befanden sich die Briefe bis zur Auflösung des Haushalts 2008 in ihrem Besitz und lagerten in einem Karton im Keller. Sie gelangten an einen Entrümpelungsunternehmer, der aus der Sammlung mehrere Konvolute herstellte und diese nach dem Tod von Irmgard Busch im Oktober 2013 zum Verkauf anbot. Die Briefe wurden wahrscheinlich in mehrere Richtungen verstreut. Im Dezember 2013 entdeckte sodann ein Wolfsburger Sammler auf dem Online-Portal *eBay* ein Konvolut aus Briefen, die eine Frau in den Jahren zwischen 1940 und 1946 aus der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ an ihre Eltern in Hersbruck bei Nürnberg geschrieben hat. Die insgesamt 139 Briefe stellen für Historikerinnen und Historiker eine einzigartige Quelle zur Stadtgeschichte dar, die jedoch lediglich durch einen Zufall entdeckt wurde. Der Sammler erkannte offenbar den Quellenwert und wandte sich mit seinem Fund an das *Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation* (IZS) in Wolfsburg. Auf diesem Weg gelangten die Briefe in Kopie an das Wolfsburger Stadtarchiv. Einige spätere Briefe konnten erst vor kürzerer Zeit über eine Internetrecherche bei einem weiteren Sammler ausfindig gemacht werden.

So wie die Briefe, die eine wertvolle autobiografische Perspektive für die Kriegs- und Alltagsgeschichte der „Stadt des KdF-Wagens“ eröffnen, jahrzehntelang im Keller der Verfasserin schlummerten, befinden sich womöglich noch vielerlei solcher spannender Quellen in Kartons, Kellern und Garagen sowie auf Dachböden. Sind sie erst einmal entdeckt, können anhand ihrer Geschichten erzählt und individuelle Blicke auf die Geschichte ermöglicht werden.

Lucinda Jäger studierte Geschichte, Praktische Philosophie und Bildungswissenschaften an der WWU in Münster, wo sie während ihres Studiums als Autorin der Studierendenzeitung „Semesterspiegel“ und bei verschiedenen geschichtswissenschaftlichen Projekten tätig war. Zurzeit arbeitet sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin sowie Autorin für das Institut für pädagogische Beratung in Münster und an einem Buch-Projekt zu ihrer Masterarbeit, das in diesem Jahr in Kooperation mit dem IZS Wolfsburg veröffentlicht wird.

1 Einzelne Dokumente aus dem Nachlass von Hans Busch einschließlich einer biografischen Skizze seines Sohnes Werner Busch liegen im Unternehmensarchiv der Volkswagen AG.

2 Siehe dazu Wolfgang Schneider, *Frauen unterm Hakenkreuz*. Hamburg 2003, S. 7.

3 Dazu Gudrun Brockhaus, „Die ‚deutsche Mutter‘ in Johanna Haarers NS-Erziehungsratgeber – eine sozialpsychologische Untersuchung“, in: Marita Krauss (Hg.), *Sie waren dabei: Mitläuferinnen, Nutznießerinnen, Täterinnen im Nationalsozialismus*. Göttingen 2008, S. 23–41, hier S. 31.

4 Eingehend dazu Gisela Bock, „Der Nationalsozialismus und die Frauen“, in: Bernd Sösemann (Hg.), *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Einführung und Überblick*. Stuttgart/München 2002, S. 188–209, hier S. 209.

5 Siehe dazu Marita Krauss, „Rechte Frauen. Mitläuferinnen, Profiteurinnen, Täterinnen in historischer Perspektive“, in: dies., *Sie waren dabei (wie Anm. 3)*, S. 7–19, hier S. 7.

6 Grundlegend Sybille Steinbacher, „Einleitung“, in: dies. (Hg.), *Volksgenossinnen. Frauen in der Volksgemeinschaft*. 2. Aufl. Göttingen 2007, S. 9–26, hier S. 19.

7 Krauss, *Rechte Frauen* (wie Anm. 5), hier S. 9f. Diese Einschätzung Irmgard Buschs als Nutznießerin beziehungsweise Profiteurin basiert ausschließlich auf den Aussagen Buschs zum Nationalsozialismus in den vorliegenden Briefen.

8 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 28. Mai 1943.

9 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 16. August 1933.

10 Gespräch mit Werner Busch vom 5. April 2021.

11 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 12. November 1942.

12 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 12. November 1942.

13 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 28. Juni 1940.

14 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 1. April 1940 und Brief vom 19. Juni 1941.

15 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 9. April 1940.

16 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 18. Januar 1940.

17 Günter Riederer, „Die Barackenstadt: Wolfsburg und seine Lager nach 1945“, in: *Deutschland Archiv* 2013, S. 107–118, hier S. 109.

18 Manfred Grieger, „Unternehmen und KZ-Arbeit. Das Beispiel der Volkswagenwerk GmbH“, in: Hermann Kaienburg (Hg.), *Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945*. Opladen 1996, S. 77–93, hier S. 90.

19 StadtA WOB, S 6 (11), Brief aus dem Jahr 1940 oder 1941. Bei diesem Brief ist das Entstehungsdatum nicht mehr genau rekonstruierbar.

20 Manfred Grieger, „Der Betrieb als Ort der Zwangsarbeit. Das Volkswagenwerk und andere Unternehmen zwischen 1939 und 1945“, in: Jürgen Lillteicher (Hg.), *Profiteure des NS-Systems? Deutsche Unternehmen und das „Dritte Reich“*. Berlin 2006, S. 82–107, hier S. 100.

21 Riederer, *Die Barackenstadt* (wie Anm. 17), hier S. 110.

22 Hans Mommsen/Manfred Grieger, *Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich*. Düsseldorf 1996, S. 417 (Schaubild 7).

23 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 4. Oktober 1941.

24 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 5. August 1940.

25 Margarete Dörr, „Wer die Zeit nicht miterlebt hat...“. *Frauerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach*. Bd. 2: *Kriegsalltag*. Frankfurt am Main 1998, S. 359.

26 Siehe dazu Marcel Glaser, „Die Tullio-Cianetti-Halle/KdF-Halle“, online abrufbar unter <https://www.wolfsburg.de/newsroom/2018/04/25/08/00/gemeinschaftslager-cianetti-halle> [19.4.2021].

27 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 28. Mai 1943.

28 Steinbacher, *Einleitung* (wie Anm. 6), S. 9.

29 Jörg Koch, „Das NS-Wunschkonzert“, in: Bernd Heidenreich/Sönke Neitzel (Hg.), *Medien im Nationalsozialismus*. Paderborn 2010, S. 253–273, hier S. 253.

30 Janosch Steuer, „Ein Drittes Reich, wie ich es auffasse“. *Politik, Gesellschaft und privates Leben in Tagebüchern 1933–1939*. Göttingen 2017, S. 16.

31 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 2. Februar 1941.

32 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 1. April 1941.

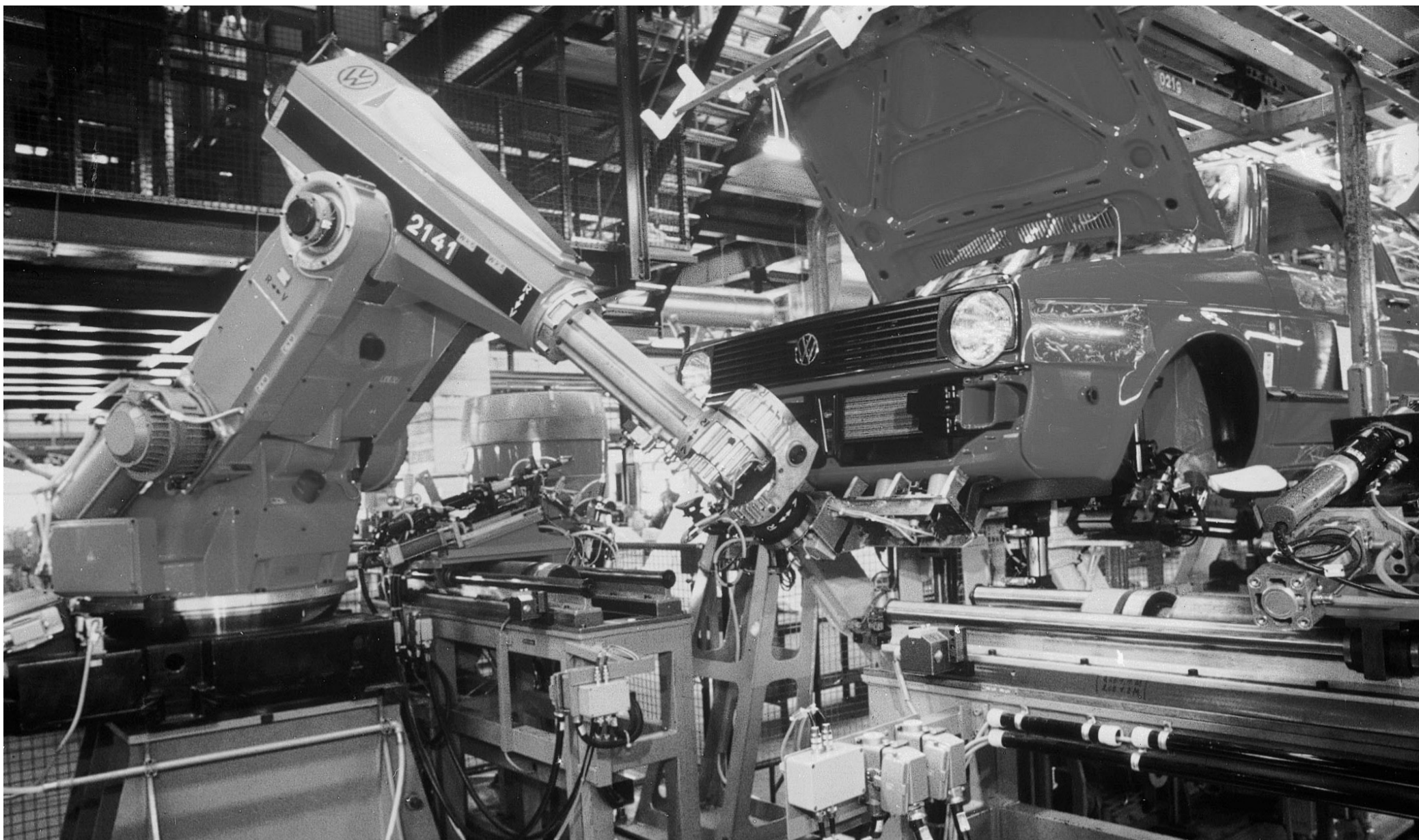
33 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 2. Februar 1941.

34 Simone Neteler/Werner Strauß, „Eine Stadt wird erschaffen. Leben in der ‚Stadt des KdF-Wagens‘“, in: Christoph Stölzl (Hg.), *Die Wolfsburg-Saga*. Stuttgart 2008, S. 78–89, hier S. 80.

35 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 6. Mai 1942.

36 Dörr, „Wer die Zeit nicht miterlebt hat...“ (wie Anm. 25), S. 15.

37 StadtA WOB, S 6 (11), Brief vom 30. Oktober 1944.



Produktion des Golf II, 1983;
Unternehmensarchiv
Volkswagen Aktiengesellschaft

„Die eiserne Hand schafft mehr“, so titelte der *Spiegel* Mitte Mai 1984. Nur eine Woche später beschwor er an gleicher Stelle die „Zukunft in leeren Hallen“ bei der *Volkswagenwerk AG*. Die Aufmacher zeigen, wie emotional seit den 1970er Jahren über neue Technologien in der Produktion diskutiert und berichtet wurde. Vor allem Industrieroboter waren umstritten.¹ Sie galten als Signum einer neuen Produktionszeit. Während Technikbefürworter im Roboter gar eine Humanisierung sahen, die mit Arbeitserleichterung und Gesundheitsprävention einherging und Menschen aus monotonen Arbeitsabläufen befreite, erkannten Technikkritiker in ihm eine Gefahr für die menschliche Daseinsberechtigung im Produktionsprozess, die letztlich zu Arbeitslosigkeit und damit zu Existenznöten führte.² Der historische Blick auf die Einführung der Industrieroboter ermöglicht jedoch eine differenziertere Bewertung ihrer Potenziale und negativen Konsequenzen.

Die Unternehmensleitung der *Volkswagenwerk AG* schloss sich den Befürwortern der neuen Technologie an. Sie sah in den Industrierobotern zukunftssträchtige menschengerechte Arbeitstechnologien, die die Modernisierung des Konzerns vorantreiben und damit seine Wettbewerbsfähigkeit in den 1970er Jahren stärken sollten.³ Dieses Jahrzehnt war in der Bundesrepublik von einer wirtschaftlichen Rezession geprägt, die mit einer Strukturkrise zahlreicher Industriezweige einherging. Auch der Volkswagenkonzern als Symbolunternehmen des deutschen „Wirtschaftswunders“ war stark von der ersten Ölpreiskrise 1973/1974 betroffen und musste sich, um wettbewerbsfähig zu bleiben, einer Marktanpassung unterziehen, Produktionsveränderungen vornehmen und neue Fahrzeugmodelle konzipieren.⁴ Es folgten umfassende Rationalisierungsmaßnahmen, unter anderem Entlassungen, Kurzarbeit und die Einführung neuer Produktionstechnologien – die Industrieroboter.⁵

Anbruch einer neuen Produktionszeit?

Industrieroboter als Symbol der sich verändernden Arbeitswelt in den 1970er Jahren

VON GINA FUHRICH

Die Unternehmensleitung betrachtete diese als Möglichkeit, insbesondere körperlich stark belastende Arbeiten wie schweres Heben, Schweißen oder Lackieren, die häufig zu Frühinvalidität und Unfällen führten, zu automatisieren und so gleichzeitig Arbeitsplätze und damit hohe Lohnkosten einzusparen. Hinzu kam, dass es bei solch schwierigen Arbeitsplätzen in der Produktion von jeher eine hohe Fluktuation gab, die seit den 1960er Jahren kaum noch auszugleichen war. Die Unternehmensleitung setzte daher auf Roboter, um die Arbeitsschritte weiterhin ausführen zu können.⁶

Doch was bedeutete die Robotereinführung für die direkt Betroffenen – die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Produktion? Im Artikel wird dargelegt, wie die neuen Maschinen den Arbeitsalltag von Arbeitern und Arbeiterinnen im Wolfsburger Volkswagenwerk veränderten und welche langfristigen Folgen die Technologie für sie hatte. Anhand von 130 Interviews mit Arbeitern und Arbeiterinnen, die zwischen 1977 und 1979 im Werk Wolfsburg durchgeführt wurden und im Rahmen eines soziologischen Forschungsprojektes, das die Einführung der Roboter untersuchte, entstanden sind, zeigen sich die Auswirkungen jener Technologie in der Produktion. Welche Veränderungen nahmen die Arbeiter und Arbeiterinnen auf ihre Arbeitsbedingungen und ihren Arbeitsalltag durch die neue Produktionstechnologie wahr? Profitierten sie von der Robotereinführung oder verlangte sie ihnen auch Anpassungen und Verzicht ab?

Vom Arbeiten mit den Robotern

Tatsächlich sah die Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterinnen gleichsam wie die Unternehmensleitung im Einsatz der Roboter eine Arbeitserleichterung und einen Gesundheitsschutz. Dies wird exemplarisch an folgender Aussage eines Arbeiters aus dem Presswerk deutlich:

„JA, ES IST LEICHTER GEWORDEN. VIELE SCHWERE ARBEITEN SIND JA DURCH DIE MECHANISIERUNG DEM ARBEITER ABGENOMMEN WORDEN. HAUPTSÄCHLICH SCHWERE ARBEITEN NIMMT DIE MECHANISIERUNG JA AB. ALS WIR FRÜHER NOCH MIT DER HAND DIE DÄCHER RAUSNEHMEN MUSSTEN, DAS WAR JA EINE MORDSQUÄLEREI.“⁷

Obwohl sich die Arbeiter und Arbeiterinnen über die möglichen Konsequenzen wie Lohneinbußen oder die Umsetzung an einen anderen Arbeitsplatz bewusst waren, sprachen sie sich dennoch für die neue Technologie aus. Für sie überwogen die Arbeitserleichterung und der bessere Arbeitsschutz. Nun waren sie weniger giftigen oder schädlichen Umgebungseinflüssen wie Hitze oder Dämpfen ausgesetzt und mussten geringere körperliche Anstrengungen erbringen. Daher resümiert ein Arbeiter aus dem Untergruppenrohbau:

„VON DEN BETROFFENEN SAGEN WOHL DIE MEISTEN: ‚DER ROBOTER SOLL MIT DA SEIN.‘ [...] ICH SELBER HABE MIR KEINE KOPFSCHMERZEN GEMACHT ÜBER

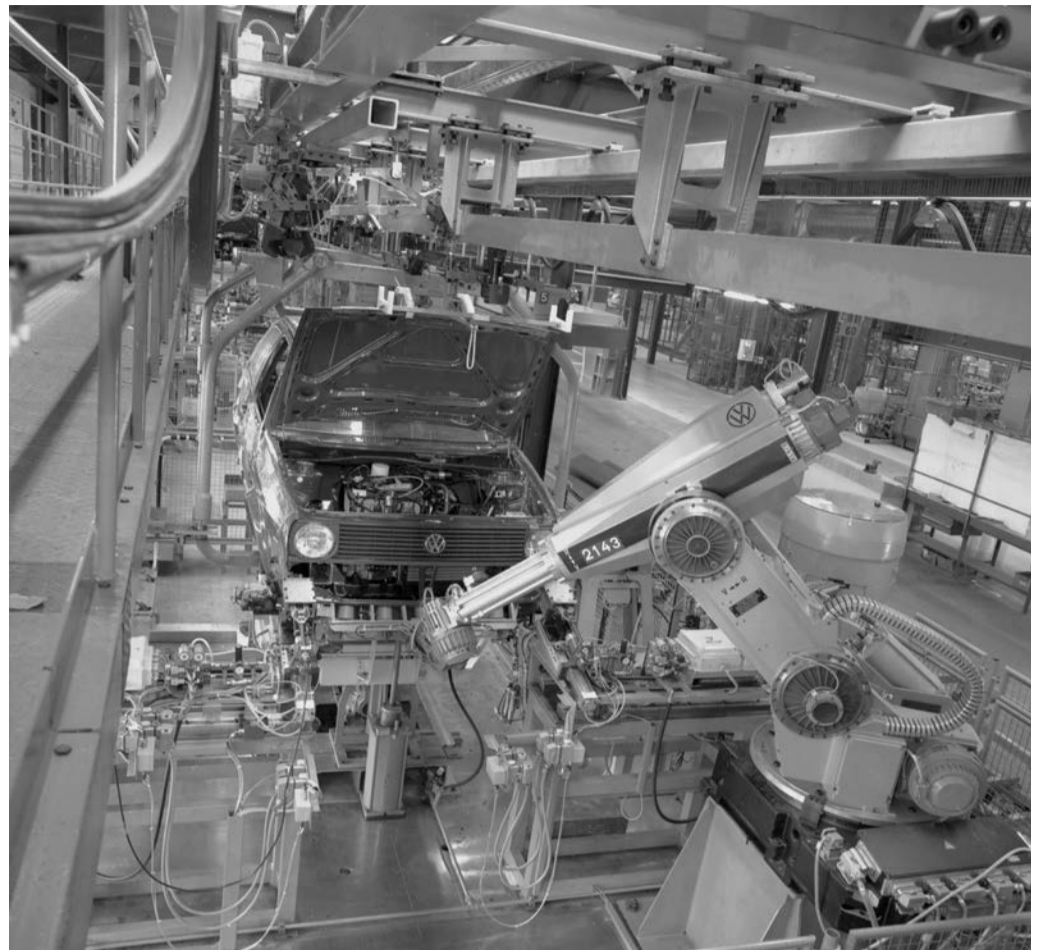
DEN ROBOTER. AUCH WENN ICH 'NE LOHNGRUPPE WENIGER GEKRIEGT HÄTTE, WÄRE MIR DAS EGAL GEWESEN. ICH WÜRD BEREIT SEIN, WENIGER GELD FÜR GERINGERE LOHNGRUPPE ZU MACHEN, WENN ICH AUCH 'NE LEICHTERE ARBEIT HÄTTE.“⁸

Allerdings war die Zustimmung zum Roboter nicht in der gesamten Arbeitergruppe gleichermaßen groß. Vor allem Frauen und migrantische Arbeiter fürchteten vermehrt seine Einführung, da sie deutlich öfter von Entlassungen betroffen waren als die überwiegend männliche und deutsche Stammebelegschaft.⁹ So verringerte sich in der Krise der 1970er Jahre die Zahl der beschäftigten Frauen im Werk Wolfsburg binnen zweier Jahre von 13.364 im Jahr 1974 auf 10.958 im Jahr 1976.¹⁰ Frauen wurden demnach im Zuge der Krise 1973/74 durch die *Volkswagenwerk AG* massenhaft entlassen. Noch drastischer entwickelte sich die Lage der angeworbenen ausländischen Arbeitskräfte. In den Jahren 1973 bis 1976 sank ihre Zahl im Werk Wolfsburg von 19.954 auf 7.304.¹¹ Diese beiden Beschäftigtengruppen waren ungleich schwerer von der Robotereinführung betroffen, da sie meist an Arbeitsplätzen tätig waren, die leicht automatisierbar waren, zumal sie nur wenige Handgriffe oder Arbeitsschritte umfassten, etwa schwere Hebetätigkeiten oder leichtere Arbeiten wie Sortieren oder Schrauben. Durch die Automatisierung der Schweißstraßen fielen zahlreiche solcher Arbeitsplätze weg.

Für die Wartung und Bedienung der Anlagen wurden sodann qualifizierte, meist männliche Fachkräfte eingesetzt. Diese erhielten aufgrund ihrer Ausbildung und ihrer zu tragenden „Verantwortung“ höhere Lohngruppen als die Arbeiter und Arbeiterinnen.¹² Dieser Umstand hatte weitreichende Folgen für deren Arbeitsbedingungen. Durch die Formalisierung der Ausbildung und die stärkere Trennung *Fortsetzung auf Seite 16*



Einbau der Batterie, 1983; Unternehmensarchiv Volkswagen Aktiengesellschaft



Frontendmontage in der Halle 54, 1983; Unternehmensarchiv Volkswagen Aktiengesellschaft

Fortsetzung von Seite 15 zwischen Hand- und Kopfarbeit in der Produktion einhergehend mit den neuen Produktionstechnologien wurde der Handlungsrahmen und der Verantwortungsbereich der Arbeiter und Arbeiterinnen zunehmend beschränkt. Konnten sie früher noch einige kleinere Störungen selbst beheben, mussten sie nun auf Facharbeiter warten, die den Roboter reparierten, wenn dieser fehlerhaft oder zu langsam produzierte.¹³ Daher mussten die Arbeiter und Arbeiterinnen entweder auf die Behebung der Störung warten oder sie wurden an andere Arbeitsplätze geschickt.

Überdies erschwerte sich ein Aufstieg durch gute Leistung in der Produktion zunehmend und war ohne zertifizierte Weiterbildung kaum mehr möglich. Die Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterinnen ging daher nicht davon aus, vom Robotereinsatz hinsichtlich ihrer Qualifikation oder einer höherwertigen Tätigkeit zu profitieren, da sie ihre Ausbildung für nicht ausreichend hielten und nicht annahmen, der Betrieb wolle sie weiter fördern.¹⁴ Sie wussten, dass sie als angelernte Arbeiter und Arbeiterinnen keine höherwertigen Tätigkeiten zugewiesen bekamen – ganz im Gegensatz zu den Elektrikern oder Technikern mit entsprechender Ausbildung. Der Verlust von Verantwortung durch die neuen Maschinen war ihnen schmerzlich bewusst, wie die Aussage eines Einlegers demonstriert:

„VOR ALLEN DINGEN IST ES AUCH STUPIDE ARBEIT, UNTERGEORDNETE ARBEIT, MAN FÜHLT SICH ABGEWERTET. MAN SAGT SICH JA SCHON, DU BIST JA NUR NOCH EIN TRANSPORTARBEITER. GERADE WENN MAN 22 JAHRE LANG NOCH EIN BISSCHEN VERANTWORTUNG GEHABT HAT, DANN IST ES SCHON SCHLIMM, WENN DAS AUF EINMAL ALLES FLACH FÄLLT.“¹⁵

Auch dadurch wurden ihnen die Betriebshierarchie und ihre Stellung darin noch einmal deutlich vor Augen geführt. Die Arbeiter und Arbeiterinnen mussten vielmehr gleiche oder schlechtere Arbeit ausführen.¹⁶ Daher äußerten einige von ihnen die Angst, dass sie nach der Einführung der Roboter viele erworbene Qualifikationen nicht mehr gebrauchen oder anwenden könnten. Sie bemerkten, wie das obige Zitat darlegt, eine Dequalifizierung an ihren Arbeitsplätzen. Der

Erwerb zusätzlicher Qualifikation für die Zusammenarbeit mit dem Roboter war für ungelernete Arbeiter und Arbeiterinnen tatsächlich kaum nötig. Allerdings mussten sie auf ihren neuen Arbeitsplätzen und an den Anlagen angelernt werden. Da nicht alle monotonen Arbeiten von den Robotern übernommen wurden, entstanden sogenannte „Restarbeitsplätze“, bei denen ausschließlich Hilfstätigkeiten gefragt waren.¹⁷ Sie stellten geringere Qualifikationsanforderungen als bisher an die ungelerneten Arbeiter und Arbeiterinnen – was diesen durchaus bewusst war. In der Konsequenz konnten sich zahlreiche Arbeiter und Arbeiterinnen nicht mehr mit ihren Tätigkeiten identifizieren.¹⁸

Vor allem aber konnten die Arbeiter und Arbeiterinnen weniger selbst bestimmen, wie schnell sie zukünftig produzierten, denn die Roboter forderten nun eine kontinuierliche und vor allen Dingen gleichmäßige Produktion. War es in den 1960er Jahren noch möglich, einzelne Bandabschnitte langsamer oder in Intervallen fahren zu lassen, war dies an den Roboterstraßen nicht mehr gegeben. Bei entstandenen Schwierigkeiten musste die gesamte Anlage abgestellt werden. Auch daran offenbart sich, wie sehr nun die Maschinen die Produktion bestimmten und den Takt vorgaben.¹⁹

„DER ROBTER IST IN PUNCTO AUSDAUER GANZ EINDEUTIG ÜBERLEGEN KANN MAN SAGEN. AUSSERDEM IST ER GLEICHMÄSSIGER ALS DER MENSCH. DER MENSCH VERSUCHT MAL SCHNELL ZU ARBEITEN, UM PAUSEN RAUSZUHOLEN.“²⁰

Die befragten Arbeiter und Arbeiterinnen beschrieben immer wieder, dass der Roboter im Vergleich zum Menschen nicht in seiner Leistung nachlasse oder ermüde.²¹ Demnach wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen einerseits durch die Vorgaben und Erfordernisse der Roboter in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt sowie durch sie faktisch diszipliniert. Andererseits entstand zugleich eine Art Konkurrenzsituation zwischen Mensch und Maschine. Resultierend daraus gerieten besonders die Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit der Maschine „nicht mithalten“ konnten, unter massivem Leistungsdruck.²² Vor allem da sich mit dem Einsatz der Roboter auch

das Soll erhöhte und damit zugleich die Belastung der Arbeiter und Arbeiterinnen.²³ Jedoch ist aus der Mehrheit der gegebenen Antworten der Befragten herauszulesen, dass sie nicht glaubten, der Roboter könne den Menschen in der Produktion vollständig ersetzen. Dazu seien die Aufgaben zu vielfältig und die Maschinen zu fehleranfällig. Dennoch gab es unter ihnen eine latente Angst vor der eigenen Ersetzbarkeit.²⁴

Zur Gleichmäßigkeit kam in den 1970er Jahren auch eine Flexibilisierung der Produktion hinzu. Die flexiblere Fertigung mit schnell wechselnden Produktserien und größerer Produktvielfalt konnte durch das Baukastensystem rasch und anpassungsfähig auf Kundenwünsche reagieren und in der Automobilfertigung deutlich mehr Typenauswahl bieten.²⁵ Infolge der neuen Produktionsweise gab es einen erhöhten Bedarf an Springern, also Arbeitern und Arbeiterinnen, die flexibel an unterschiedlichen Arbeitsplätzen eingesetzt werden konnten. Sie rekrutierten sich auch aus den durch die Roboter freigesetzten Arbeitskräften. Einerseits waren die Springer stellenweise bei den angestammten Arbeitern und Arbeiterinnen wenig beliebt, da sie die Tätigkeiten nicht so kompetent auszuführen wussten, wie die Arbeiter und Arbeiterinnen an festen Arbeitsplätzen: Andererseits litten die Springer, deren angestammter Arbeitsplatz zuvor von einem Roboter übernommen oder durch ihn weggefallen war, oft massiv unter den ständigen Versetzungen in unterschiedliche Werksbereiche. Dies führte zu einer ablehnenden Haltung gegenüber den Robotern.²⁶

Außerdem standen die Arbeiter und Arbeiterinnen den neuen Technologien aufgrund der Verschlechterung der Umgebungseinflüsse wie etwa einem erhöhten Lärmpegel oder schlechterer Luftqualität durch die Maschinen kritisch gegenüber. Letztlich zerstörte die neue Produktionstechnologie auch das etablierte Sozialgefüge. Durch die Einzelarbeitsplätze an den Robotern und das hohe Soll war es an einigen Arbeitsplätzen unmöglich geworden, persönlichen Kontakt während der Arbeit zu halten. Die Arbeit an den Maschinen führte zu einer Individualisierung der Arbeit und ersetzte vielfach die gemeinsame Tätigkeit im Kollegenverbund.²⁷ Einige Arbeitsplätze lagen durch den Produk-

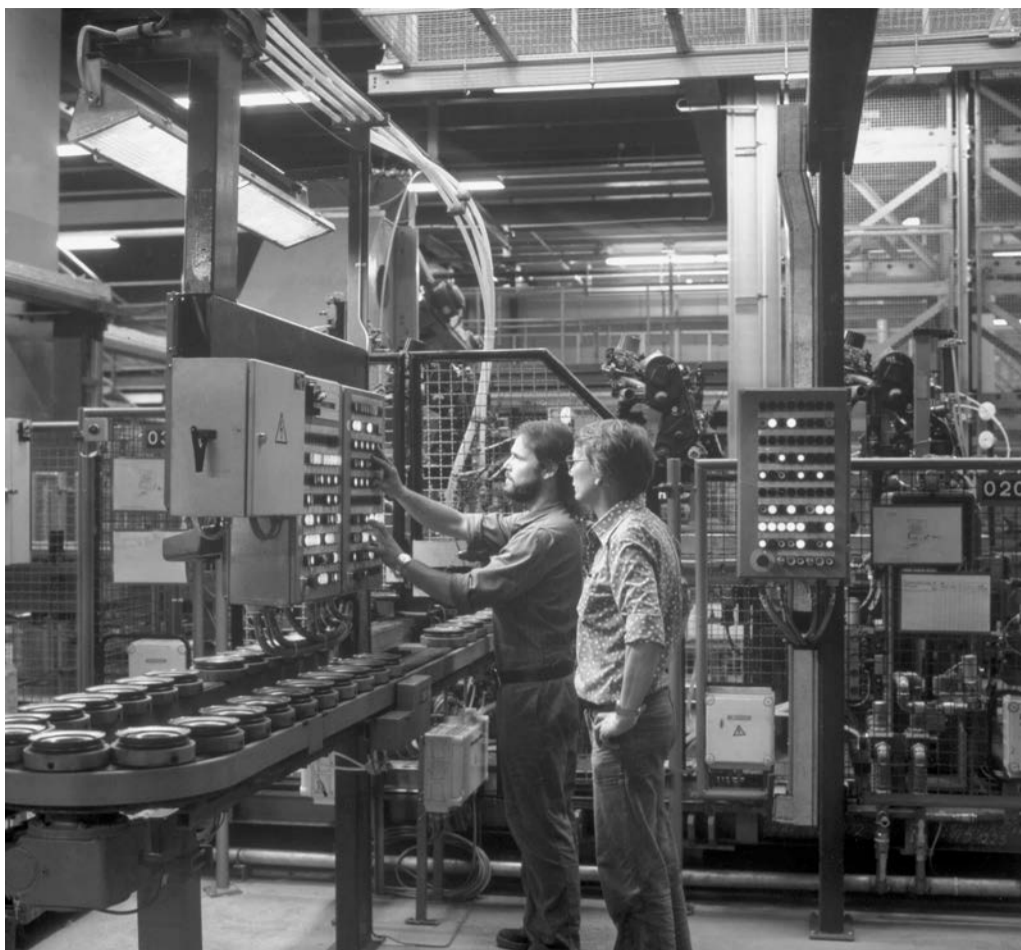
tionsumbau in manchen Bereichen nun so weit auseinander, dass die Arbeiter und Arbeiterinnen keinen direkten Nachbarn mehr hatten und wenn doch, konnte eine Kommunikation aufgrund des Lärms oder des Gehörschutzes nicht stattfinden.

Das Auseinanderreißen von Sozialgefügen manifestierte sich besonders im Rohbau, da hier vor der Produktionsumstellung noch zahlreiche feste Arbeitsgruppen bestanden, die schon seit Jahrzehnten zusammen gearbeitet hatten. Eine derartig große Umstellung des Rohbaus, vergleichbar zu den Industrierobotern in den 1970er Jahren, gab es zuvor Mitte der 1950er Jahre bei der Volkswagenwerk GmbH, als die Fließbandfertigung und der Materialfluss mittels neuer Transferstraßen, moderner Lagerhaltung sowie Transportsysteme automatisiert wurden.²⁸

Daran lässt sich jedoch auch erkennen, dass Innovationen wie neue Fertigungssysteme oder neue Produktionstechnologien keine einmaligen Ereignisse sind, sondern ein wiederkehrendes und notwendiges Element im Wirtschaftskreislauf. Um diese Tatsache wussten auch die Arbeiter und Arbeiterinnen und befürworteten daher die Neuerungen. So resümiert eine Arbeiterin aus der Endmontage:

„VW MUSS JA AUCH KONKURRENZFÄHIG BLEIBEN. UND DIE KONKURRENZ IST GROSS UND DA MUSS VW MIT. DA MÜSSEN AUCH MEHR AUTOMATISCHE MASCHINEN EINGESATZT WERDEN. DENN WENN DAS ALLES MIT DER HAND GEMACHT WIRD, DANN WIRD DAS ALLES NOCH TEURER.“²⁹

Ihnen war bewusst, dass die Konkurrenten der Volkswagenwerk AG, etwa Ford oder Opel, genauso rationalisierten und neue Produktionstechnologien wie Roboter einsetzten. Die manuelle Produktion könne so mit den Kontrahenten nicht mehr mithalten. Daher befürworteten sie die Einführung der neuen Technologien, um nicht Gefahr zu laufen, durch einen etwaigen Verzicht darauf Wettbewerbsnachteile zu erhalten und somit das Risiko eines Arbeitsplatzverlustes zu erhöhen. Überdies demonstriert etwa die Aussage „Kommt immer was Neues“ die Akzeptanz der Arbeiter und Arbeiterinnen von Rationalisierungs- und Inno-



Steuerung der automatisierten Endmontage, 1983; Unternehmensarchiv Volkswagen Aktiengesellschaft



Automatisierte Positionierung des Reserverads in der Halle 54, 1983; Unternehmensarchiv Volkswagen Aktiengesellschaft

tionszyklen als normale, wiederkehrende Prozesse in einem Unternehmen.³⁰ Demnach gehörte es zum Arbeitsalltag der Arbeiter und Arbeiterinnen, in gewissen Abständen mit Neuerungen und Produktionsumstellungen konfrontiert zu werden. Es zählte zu ihrer „Normalität“.

Trotz aller negativen Konsequenzen wie höherer Leistungsdruck, soziale Isolation oder der Wegfall von Arbeitsplätzen befürwortete die Mehrheit der Arbeiter und Arbeiterinnen die Einführung der neuen Produktionstechnologie, da für sie die Vorteile, etwa besserer Gesundheitsschutz, Arbeitsentlastung, höhere Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens und damit die Sicherung ihres Arbeitsplatzes, überwogen. Dennoch verlangte ihnen die neue Technologie zugleich einige Anpassungen und Verzichte ab. Wichtig bei der Produktionsumstellung war, dass die Rationalisierungs- und Innovationsmaßnahmen in einem ausgewogenen Maße wirkten und der Unternehmensleitung sowie den Arbeitern und Arbeiterinnen gleichermaßen nutzen.

Aus der Geschichte lernen und Wissen anwenden

Die Interviews der Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrieren, dass diese Kenntnisse von wirtschaftlichen Innovations- und Rationalisierungszyklen hatten und jene auch akzeptierten. Darüber hinaus zeigte sich, wie umfassend die Roboter den Arbeitsalltag der Arbeiter und Arbeiterinnen veränderten und ihnen ein hohes Maß an Anpassungsfähigkeit und Flexibilität abverlangten. Zudem wird offensichtlich, dass der Einsatz von neuen Produktionstechnologien oder die Umstellung von Produktionssystemen kein einmaliges sondern ein wiederkehrendes Ereignis im Wirtschaftskreislauf ist. Die Roboter waren weder „Heilsbringer“, die mühelose und abwechslungsreiche Tätigkeiten für die Arbeiter und Arbeiterinnen brachten, noch bedeuteten sie die Abschaffung des Menschen in der Produktion. Der Blick auf die vergangenen Debatten um innovative Technologieeinführung und deren realen Auswirkungen in der Produktion können für aktuelle Diskussionen zur Digitalisierung der Arbeitswelt oder der sogenannten Industrialisierung 4.0 Referenz- und Anknüpfungspunkte bereitstellen, um eine

ausgewogenere gesellschaftliche Auseinandersetzung und eine genauere Technikrisikoabschätzung zu ermöglichen.

Gina Fuhrich studierte Neuere Geschichte und Ethnologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. Von 2014 bis 2020 war sie dort wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Historischen Seminar. Ihre Promotion zu Arbeitern als Akteure im Bundesprogramm „Humanisierung des Arbeitslebens“ bei der VW AG schloss sie Ende 2019 ab. Seit November 2020 ist sie Post-Doc im Projekt „Zeit mit (Groß-)Vätern. Elternschaft nach dem Boom“ der Gerda Henkel Stiftung. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte der Arbeit, die Unternehmens- und Geschlechtergeschichte.



Titelcover, Gina Fuhrich, Humanisierung oder Rationalisierung? Erschienen 2020 im Fritz Steiner Verlag

1 „Die eiserne Hand schafft mehr. Maschinen statt Menschen – eine Automatisierungswelle rollt durch die deutschen Unternehmen“, in: Der Spiegel, Nr. 21, vom 20. Mai 1984, S. 20–26; „Zukunft in menschenleeren Hallen. Personal-Denkspiele im Volkswagen-Konzern“, in: Der Spiegel, Nr. 22, vom 27. Mai 1984, S. 18.

2 Martina Heßler, „Die Halle 54 bei Volkswagen und die Grenzen der Automatisierung. Überlegungen zum Mensch-Maschine-Verhältnis in der industriellen Produktion der 1980er Jahre“, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, Jg. 11 (2014), H. 1, S. 56–76, hier S. 59f. und S. 61f.

3 Stefan Müller, „Humanisierung der

Arbeitswelt 1.0. Historisch-kritische Befragung eines Reformprogramms der Neunzehnhundert-siebzigerjahre“, in: Willy Buschak (Hg.), Solidarität im Wandel der Zeiten – 150 Jahre Gewerkschaften. Essen 2016, S. 253–275, hier S. 259.

4 Reinhold Bauer, „Ölkrise und Industrieroboter. Die siebziger Jahre als Umbruchphase für die Automobilindustrie in beiden deutschen Staaten“, in: Konrad Jarasch (Hg.), Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte. Göttingen 2008, S. 68–83, hier S. 70. Siehe dazu auch Jörn Eiben, Industriestädte und ihre Krisen. Wilhelmshaven und Wolfsburg in den 1970er und 1980er Jahren. Göttingen 2019.

5 Ute Engelen, Demokratisierung der betrieblichen Sozialpolitik? Das Volkswagenwerk in Wolfsburg und Automobiles Peugeot in Sochaux 1944–1980 (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des modernen Europa 2). Baden-Baden 2013, S. 300.

6 Heßler, Die Halle 54 (wie Anm. 2), S. 62; Soziologisches Forschungsinstitut in Göttingen [zukünftig eLabour-SOFI], Göttingen, eLabour-SOFI-IR01_009_030.pdf, Gespräch mit Abteilungsleiter aus der Fertigungsplanung Rohbau am 21. Februar 1978, S. 7f.

7 eLabour-SOFI-IR01_003_002.pdf, Gespräch mit Arbeiter aus dem Presswerk, 54 Jahre am 28. September 1977, S. 8.

8 eLabour-SOFI-IR01_003_020.pdf, Gespräch mit Arbeiter aus dem Untergruppenrohbau, 36 Jahre, o. D., S. 7f.

9 Siehe „Die Gefahr der Arbeitsplatzersparung steht ja. Die sollten lieber Arbeitsplätze schaffen und die nicht wegnehmen. [...] Und der Industrieroboter spart ja auch Arbeitsplätze ein.“ eLabour-SOFI-IR01_003_004.pdf, Gespräch mit Maschinenbedienerin aus dem Presswerk, o. A., am 8. September 1977, S. 2; Rainer Dombois, „Massenentlassungen bei VW: Individualisierung der Krise“, in: Leviathan, Jg. 4 (1976), H. 4, S. 432–464, hier S. 447 und S. 450f.

10 VWW, Bericht über das Geschäftsjahr 1974, S. 24 und VWW, Bericht über das Geschäftsjahr 1976, S. 34.

11 VWW, Bericht über das Geschäftsjahr 1973, S. 51 und VWW, Bericht über das Geschäftsjahr 1976, S. 34.

12 Ingrid Drexel/Christoph Nuber, Qualifizierung für Industriearbeit im Umbruch. Die Ablösung von Anlernung durch Ausbildung in Großbetrieben von Stahl und Chemie (Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung e.V., ISF München). Frankfurt am Main/New York 1979, S. 20.

13 eLabour-SOFI-IR01_004_017.pdf, Gespräch mit Punktschweißer aus dem Rohbau, o. A., am 4. Oktober 1977, S. 4.

14 Siehe eLabour-SOFI-IR01_007_026.pdf, Gespräch mit Lackspritzer aus Halle 9, 42 Jahre, o. D., S. 8.

15 eLabour-SOFI-IR01_003_010.pdf, Gespräch mit Einleger aus dem Presswerk, 50 Jahre, am 26. September 1977, S. 12f.

16 eLabour-SOFI-IR01_007_015.pdf, Gespräch mit Kettenanhänger aus dem Rohbau, 29 Jahre, o. D., S. 9.

17 Otfried Mickler/Peter Kalmbach, Industrieroboter. Bedingungen und soziale Folgen des Einsatzes neuer Technologien in der Automobilproduktion (Schriftenreihe „Humanisierung des Arbeitslebens“ 13). Frankfurt am Main

1981, S. 275 oder Heßler, Die Halle 54 (wie anm. 2), S. 67.

18 Siehe eLabour-SOFI-IR01_004_004.pdf, Gespräch mit Arbeiter aus dem Presswerk, o. A., am 12. September 1977, S. 9f. oder eLabour-SOFI-IR01_007_015.pdf, Gespräch mit Kettenanhänger aus dem Rohbau, 29 Jahre, o. D., S. 6.

19 Timo Luks, Der Betrieb als Ort der Moderne. Zur Geschichte von Industriearbeit, Ordnungsdenken und Social Engineering im 20. Jahrhundert (Histoire 14). Berlin 2010, S. 228.

20 eLabour-SOFI-IR01_003_003.pdf, Gespräch mit Einleger aus dem Presswerk, 41 Jahre, am 26. September 1977, S. 5.

21 eLabour-SOFI-IR01_003_023.pdf, Gespräch mit Arbeiter aus Halle 18, 25 Jahre, am 19. September 1977, S. 5.

22 eLabour-SOFI-IR01_003_009.pdf, Gespräch mit Arbeiter aus dem Presswerk, 39 Jahre, am 6. September 1977, S. 11; eLabour-SOFI-IR01_003_006.pdf, Gespräch mit Arbeiterin aus dem Presswerk, 48 Jahre, am 8. September 1977, S. 10; eLabour-SOFI-IR01_003_004.pdf, Gespräch mit Maschinenbedienerin aus dem Presswerk, o. A., am 8. September 1977, S. 3.

23 eLabour-SOFI-IR01_003_004.pdf, Gespräch mit Maschinenbedienerin aus dem Presswerk, o. A., am 8. September 1977, S. 3.

24 Siehe eLabour-SOFI-IR01_004_008.pdf, Gespräch mit Arbeiter aus dem Rohbau, 52 Jahre, am 4. Oktober 1977, S. 8f.

25 Christoph Hübner/Angelika Wachtveitl, Vom Facharbeiter zum Prozeßgestalter. Qualifikation und Weiterbildung in modernen Betrieben (Campus: Forschung 806). Frankfurt am Main 2000, S. 14f. Siehe dazu auch Sina Fabian, „Zwischen Krise und Pluralisierung. Veränderte Autonutzung in den 1970er Jahren und die Reaktionen des Volkswagenkonzerns“, in: Das Archiv. Zeitung für Wolfsburger Stadtgeschichte, Jg. 4 (2019), Nr. 12, S. 1–4; Ingo Köhler, „Auf den Spuren der Konsumdemokratie. Die Automobilisierung und der Volkswagen in der jungen Bundesrepublik“, in: ebd., S. 5–7.

26 Siehe eLabour-SOFI-IR01_003_025.pdf, Gespräch mit Springer aus Halle 18, 50 Jahre, am 12. September 1977, S. 5.

27 Siehe eLabour-SOFI-IR01_003_010.pdf, Gespräch mit Einleger aus dem Presswerk, 50 Jahre, am 26. September 1977, S. 7.

28 Stephanie Tilly/Florian Triebel, „Einführung“, in: dies. (Hg.), Automobilindustrie 1945–2000. Eine Schlüsselindustrie zwischen Boom und Krise. München 2013, S. 1–22, hier S. 4 und S. 9f.; Manfred Grieger, „Die ‚geplatzte Wirtschaftswundertüte‘. Die Krisen 1966/67 und 1973/75 im deutschen Symbolunternehmen Volkswagen“, in: ebd., S. 23–76, hier S. 27f.; Volker Wellhörner, „Wirtschaftswunder“ – Weltmarkt – westdeutscher Fordismus. Der Fall Volkswagen (Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft 12). Münster 1996, S. 113.

29 eLabour-SOFI-IR01_007_007.pdf, Gespräch mit Arbeiterin aus der Endmontage, 26 Jahre, o. D., S. 4.

30 „Das kam so nach und nach und kommt immer was Neues. Damit hat man sich hier abgefunden. Die Konkurrenz wie Opel und Ford, die machen es ja auch und da darf man nicht schlafen.“ eLabour-SOFI-IR01_006_014.pdf, Gespräch mit Lackierer aus Halle 12, o. A., am 29. November 1977, S. 4.

Armut in der „Wirtschaftswunderstadt“

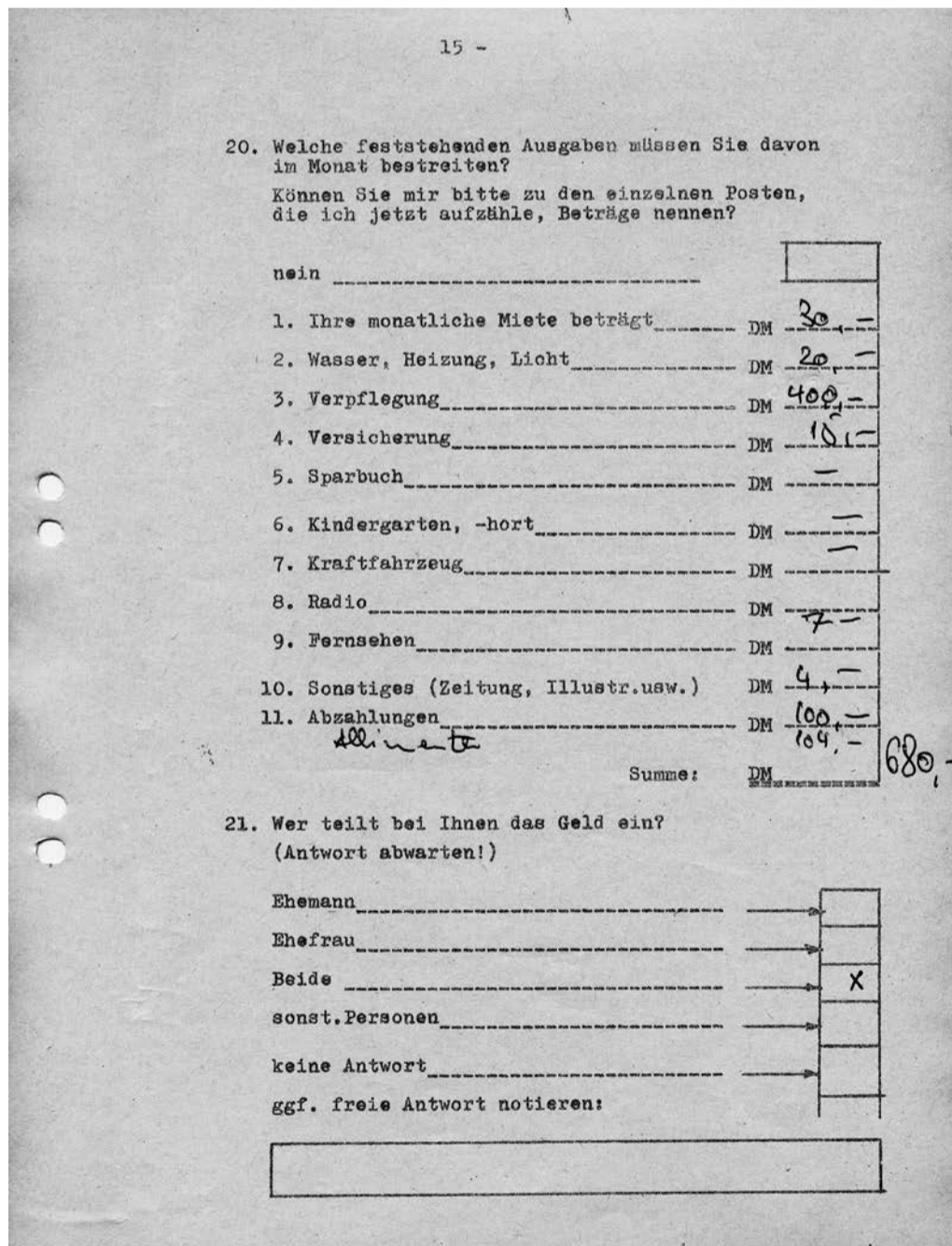
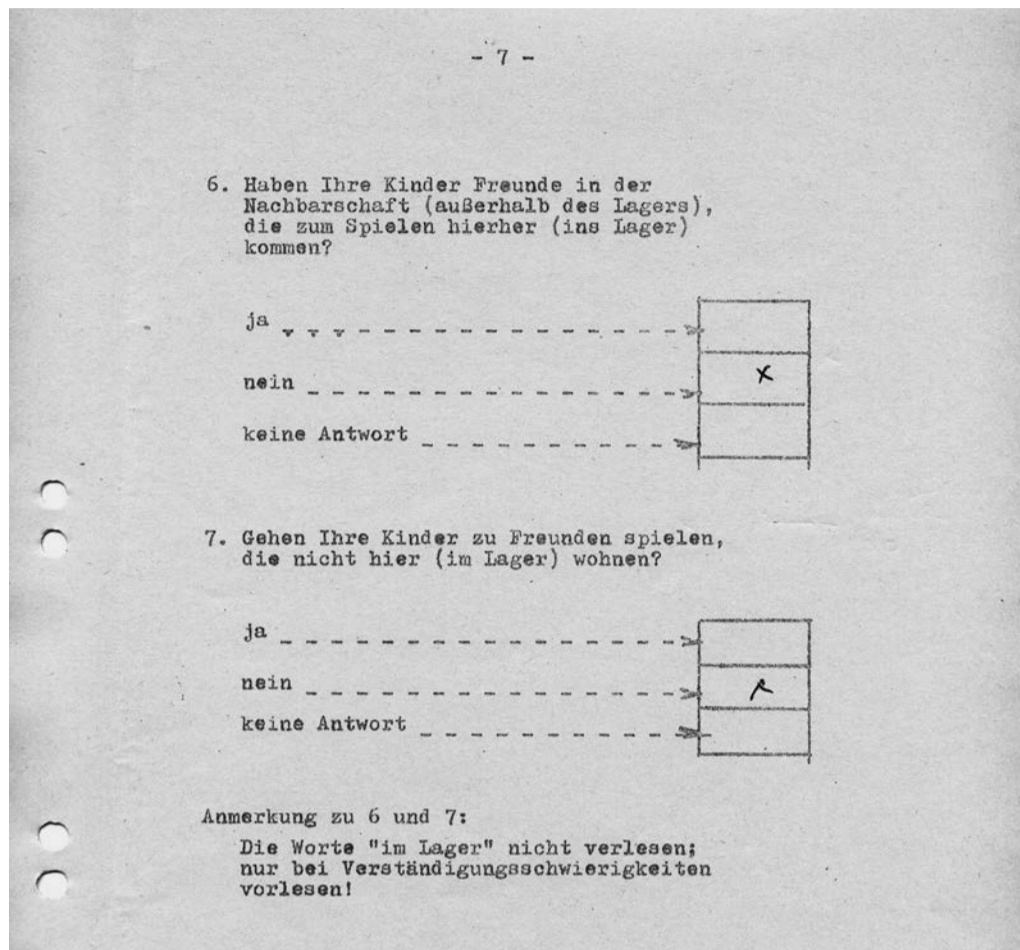
Eine Bürgerbefragung im städtischen Obdachlosen asyl (1968)

VON ALEXANDER KRAUS

Mag die Bundesrepublik Ende der 1960er Jahre auch längst in der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ (Helmut Schelsky) angekommen gewesen sein, bedeutete dies mitnichten ein Ende von Armut und sozialer Ungleichheit. Dies galt auch in der „Wirtschaftswunderstadt“ Wolfsburg, die 1958 ein Obdachlosenasyl für – wie es in einer anderen Akte heißt – „sozial Schwache“ und Arbeitslose in der Borsigstraße im Gewerbegebiet Ost hatte errichten lassen. Zehn Jahre später führte das Jugendamt eben dort eine umfangreiche Bürgerbefragung durch, die tiefe Einblicke in das Leben jener mehr als 30 befragten Familien gewährte, die dort Quartier bezogen hatten. Geht auch der Anlass der Befragung nicht aus den Akten hervor, so ist zu vermuten, dass sie im Rahmen der Planungen für den Anfang der 1970er Jahre in Angriff genommenen Umbau der Gebäude zu einem sozialtherapeutischen Zentrum stattfand. In diesem Zusammenhang sollte der Komplex unter anderem auch um eine Kinderspielstube erweitert werden. Einer der durch einen städtischen Angestellten ausgefüllten Fragebögen – unsere Archivalie des Monats November – wird im Folgenden stellvertretend für die Gruppe der Befragten eingehender analysiert. Er steht symbolisch für die deutschlandweit festzustellende „Entdeckung“ der Randgruppen in den ausgehenden 1960er Jahren.

Auf dem ausgewählten Fragebogen wurde ein 34 Jahre alter Familienvater befragt, der damals mit seiner fünfköpfigen Familie zwei Räume in der Borsigstraße bewohnte. Gemeinsam mit seiner sechs Jahre jüngeren Frau hatte er drei Kinder – zwei Jungen (4½ und 7 Jahre) sowie eine 5½ Jahre alte Tochter. Da er, wie eine Ergänzung auf der Übersicht über die laufenden feststehenden monatlichen Ausgaben verrät, Unterhalt zahlte, ohne dass aus dem Bogen hervorgeht, für wen, war er möglicherweise in zweiter Ehe verheiratet oder zahlte für ein uneheliches Kind Alimente. Dass das Jugendamt der Initiator der Befragung war, wird in solchen Fragen deutlich, die sich speziell auf das Alltagsleben der Kinder bezogen. Wurden die beiden jüngeren Geschwister offenbar noch zu Hause betreut, besuchte der Älteste einen Schulkindergarten, für den er eine weite Strecke zu Fuß zurücklegen musste. Gleichwohl zahlreiche weitere Familien mit zwei bis fünf Kindern befragt wurden, gab der Vater an, seine Kinder hätten weder Freunde in der Nachbarschaft, die sie zum Spielen besuchen würden, noch solche, die außerhalb der Anlage wohnten. Auffällig ist dabei die Formulierung der betreffenden Fragen 6 und 7: „Haben Ihre Kinder Freunde in der Nachbarschaft (außerhalb des Lagers), die zum Spielen hierher (ins Lager) kommen?“ Die „Worte ‚im Lager‘“ sollten dabei, wie aus einer mitabgedruckten Anmerkung hervorgeht, explizit „nicht verlesen“ werden, knüpften sie doch begrifflich an die Zeit des Nationalsozialismus an, waren offenkundig negativ konnotiert und klangen darüber hinaus zu sehr nach Verwahrung. Es verrät viel über den Verfasser des Fragebogens, über den in der Akte sonst nichts überliefert ist, dass dessen ungeachtet an der Formulierung schriftlich festgehalten wurde, obgleich mündlich auf sie verzichtet werden sollte.

Das Ehepaar kam aus eher einfachen Verhältnissen. Schon die Eltern des Vaters hatten zuvor zumindest temporär – genaueres lässt sich dem Fragebogen nicht entnehmen – keine eigene Wohnung bewohnt, womit das Jugendamt im Grunde nach Traditionslinien der Armut wie fehlender Sesshaftigkeit und Beständigkeit fragte. Hatte der Familienvater im Anschluss an den Besuch der Volksschu-



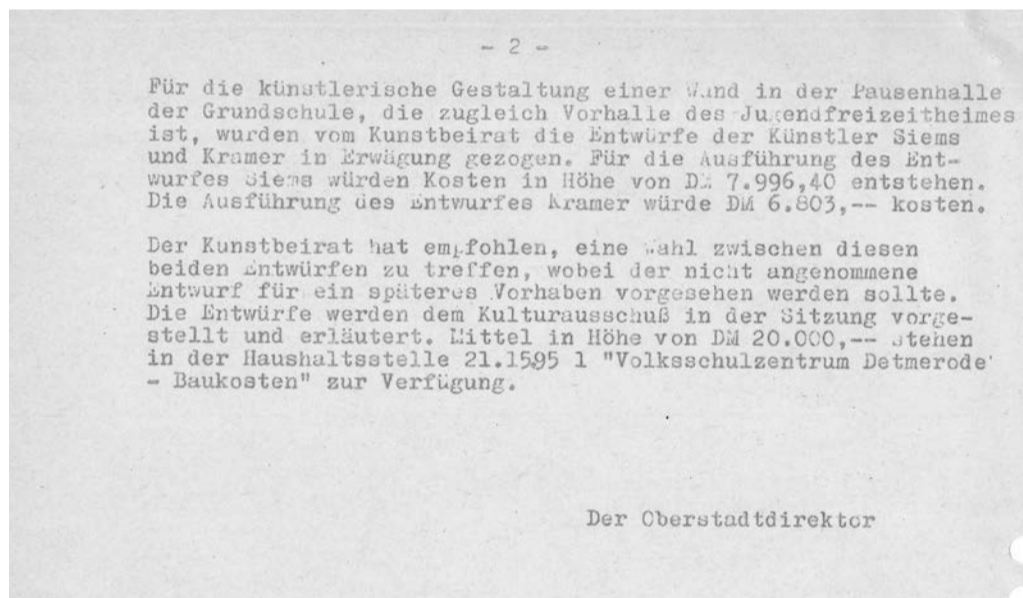
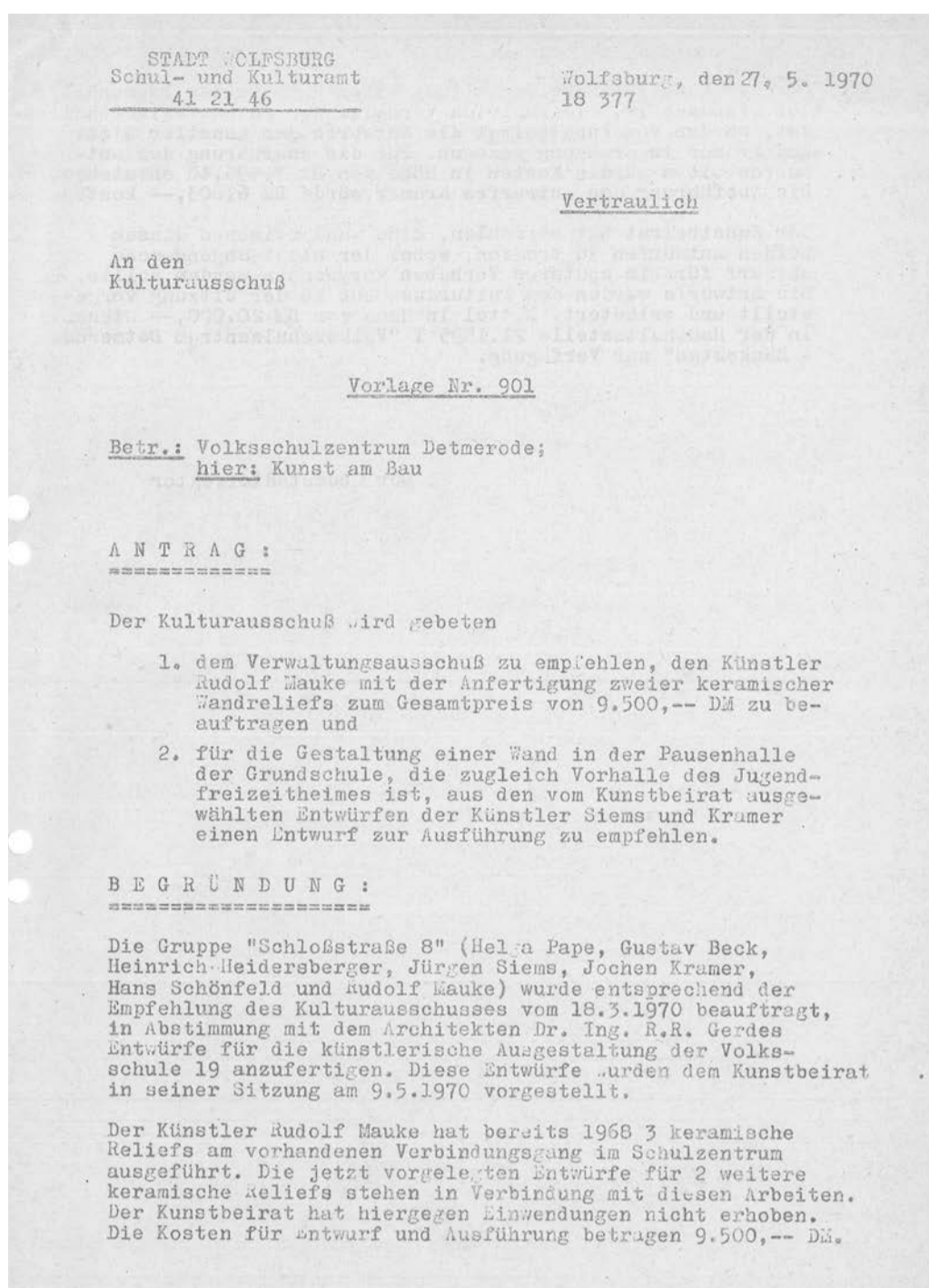
Quelle: StadtA WOB, HA 1191, Bd. 1

le den Beruf des Glasbläfers erlernt, hatte seine Gattin nie eine Berufsausbildung begonnen. Während er zum Zeitpunkt der Befragung auf dem Bau arbeitete, wobei er krankheitsbedingt im letzten halben Jahr immer wieder einzelne Tage nicht auf der Arbeit haben erscheinen können – dass auch dies abgefragt wurde, verrät einmal mehr etwas über die Beobachterperspektive –, ging sie einem nicht

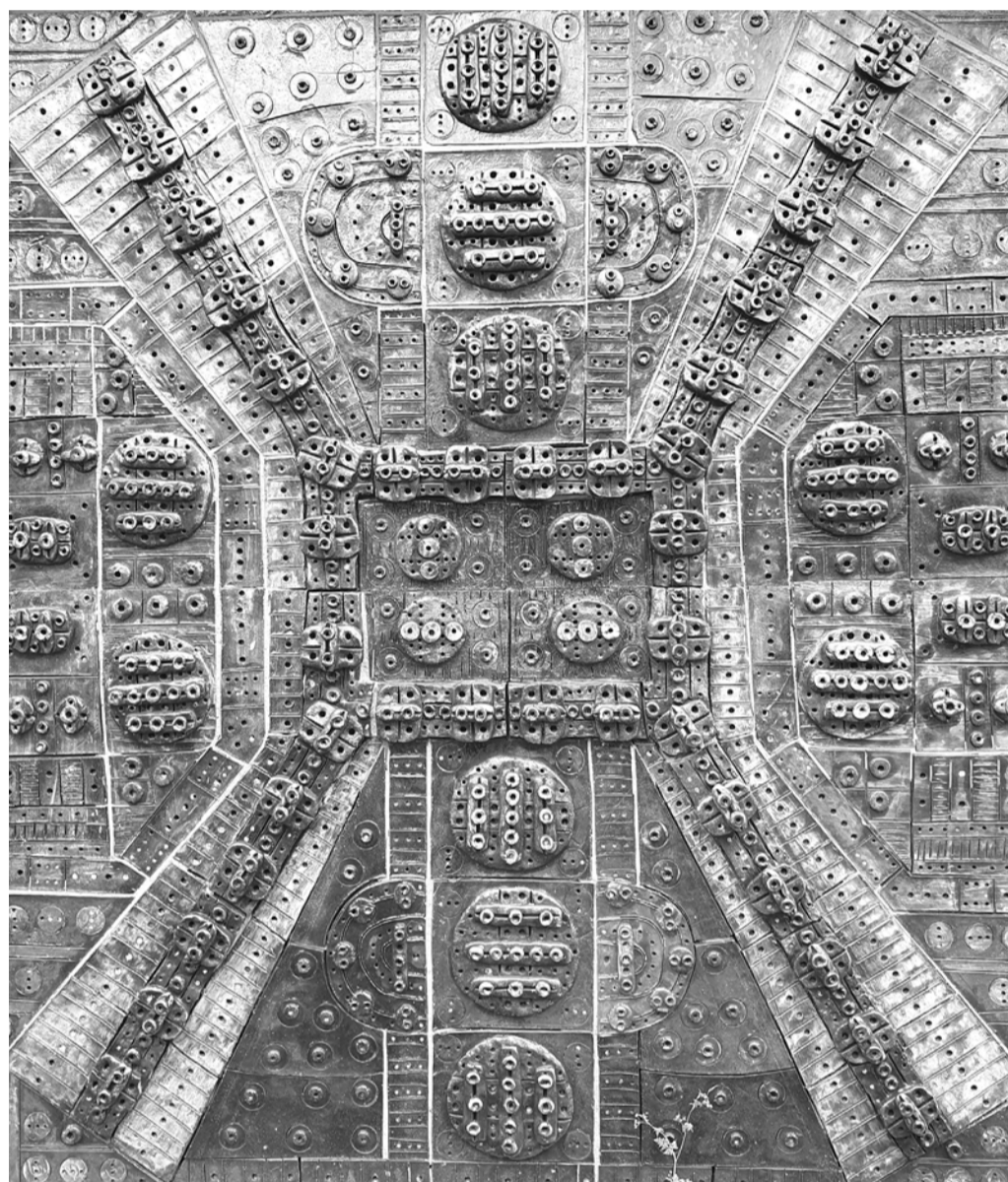
näher zu bestimmenden Arbeitsverhältnis als Küchenhilfe in einem Hotel nach. Sein Arbeitsverhältnis, das er wahrscheinlich als Hilfs-, un- oder angelernter Arbeiter eingegangen war, war allem Anschein nach ein prekäres: Wenigstens dreimal hatte er seit dem letzten Winter seine Arbeitsstelle wechseln müssen, einen Monat war er zudem arbeitslos gemeldet.

Zum Zeitpunkt der Befragung verdiente das Ehepaar gemeinsam etwa 800 DM netto, mit denen sie gerade so auszukommen schienen. Dies deutet jedenfalls die Übersicht über die monatlichen Fixausgaben an. Auf ihr sticht sogleich der ebenso überraschend wie nachdenklich machende hohe Posten ins Auge, der für die Verpflegung der Familie aufgebracht wurde – mit den 400 DM war schon die Hälfte des monatlichen Nettoeinkommens aufgebraucht. Ein Blick auf die weiteren überlieferten Fragebögen zeigt, dass sie diesbezüglich keine Ausnahme darstellte. Da neben den bereits aufgeführten Alimenten (104 DM) noch Abzahlungen von weiteren 100 DM zu Buche schlugen, die leider nicht weiter erläutert werden, aber auf eine mögliche Verschuldung hindeuten, blieben nach Abzug der aufgrund der Unterbringung relativ niedrigen Miete von 30 DM und weiterer Nebenkosten nicht viel mehr als 120 DM monatlich für alle übrigen anfallenden Kosten wie Kleidung et cetera. Während ein großer Teil der Wolfsburger Stadtbevölkerung an der Konsumgesellschaft partizipierte, kämpfte der hier befragte Bewohner der Schlichtwohnungen in der Borsigstraße gegen die Armut an.

Den Angaben des Familienvaters zufolge wohnte die Familie bereits mehr als zwei Jahre in der Obdachlosenunterkunft; alle Versuche, eine „richtige Wohnung“ zu beziehen, waren nicht von Erfolg gekrönt. Angesichts des geringen Einkommens und der möglichen existierenden Verschuldung (Frage 55) ist zu bezweifeln, dass sich daran angesichts der schwierigen Lage auf dem angespannten Wolfsburger Wohnungsmarkt so bald etwas ändern sollte. Welchen Anteil die Familie selbst an der immer wieder in den Antworten des Vaters sichtbar werdenden scheinbaren mangelnden Integration und der daraus resultierenden Ausgrenzungserfahrung trug, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden. Jedoch ist eine solche augenscheinlich: Die Frage, ob die befragte Familie mit einigen der hier lebenden Familien oder Personen besonders gut auskommen würden, wurde mit „nein, niemand“ beantwortet; mit keiner der benachbarten Personen schien der Mann in irgendeiner Form näher bekannt oder vertraut gewesen zu sein; für die existierenden Missstände interessierte er sich nach Selbstaussage nicht, auch wenn er beispielsweise „Diebstähle“, „Gerede und Klatsch“ als Probleme bestätigte. Abschließend befragt, inwiefern er glaube, „daß die Leute, die nicht hier wohnen, Sie schief ansehen“, da er in der offenbar stadtwweit bekannten Borsigstraße am östlichen Stadtrand inmitten des Industriegebietes wohnte, antwortete er mit „ja“. Seine Antwort auf die Nachfrage, wo ihm dies „besonders stark aufgefallen“ sei, verdeutlicht, wie tiefgreifend und allumfassend die Formen erfahrender Stigmatisierung wirken mussten: „Überall / Amt / Arbeit“. Letztlich verweist einmal mehr die angewandte Fragetechnik auf ein Dilemma: So ist nicht von der Hand zu weisen, dass auch in diesem Falle der städtische Mitarbeiter durchaus auf die sozialen Probleme am Rande der Stadt verweisen wollte; zugleich nutzte er für diese Beschreibungen eingefahrene, möglicherweise über Jahrzehnte eingebaute Abwertungsmechanismen hinsichtlich schlecht beleumundeter Viertel, deren periphere Wohnlage sich letztlich auf die „Randständigkeit“ der Bewohnerinnen und Bewohner übertrug und somit reproduzierte. Der analysierte Fragebogen ist dafür ein sprechendes Beispiel.



Quelle: StadtA WOB, AZ 41 51



Wandreliefs von Rudolf Mauke an der ehemaligen Erich-Kästner-Grundschule, Fotos: Katja Steiner

ADM 12/2020

Brüssel, New York, Wolfsburg

Rudolf Maukes keramische Wandreliefs in Detmerode

VON MAIK ULLMANN

Als der Architekt Rudolf Richard Gerdes während der ausgehenden 1960er Jahre den Auftrag zum Bau des Volksschulzentrums Detmerode erhielt, der heutigen *Bunten Grundschule*, bekam er den expliziten Auftrag, sich mit der Künstlergruppe „Schloßstraße 8“ in Verbindung zu setzen, um die künstlerische Ausgestaltung der Schule zu diskutieren. Dies ist insofern nicht verwunderlich, als der sogenannten „Kunst am Bau“ bei größeren Bauvolumen seit Beginn dieses Jahrzehnts eine größere Wichtigkeit zukam. Auch die Künstlerinnen und Künstler des im Schloss beheimateten Kollektivs hatten zuvor schon an verschiedenen Wolfsburger Schulen ihre Werke dauerhaft installieren können. Die Umstände waren diesmal aber doch besonders, ein

Novum mit fadem Beigeschmack: Die Gruppe um Rudolf Mauke erhielt in der Hochphase ihres Wirkens in den 1960er wie 1970er Jahren zahlreiche Aufträge aus der Stadtverwaltung – eine Praxis, gegen die später Vorwürfe erhoben wurden. Es war von einem ‚Zuschustern‘ von Entwurfshonoraren die Rede. Wer diese Korruptionsanschuldigungen vortrug, geht aus den Akten nicht hervor.¹ Die Stadtverwaltung fasste jedoch daraufhin den Entschluss, in Zukunft darauf zu verzichten, ihre ‚Haus und Hof‘ Künstlerinnen und Künstler direkt als Gruppe und ohne öffentliche Ausschreibung mit Arbeiten zu beauftragen.

Stadtrat Karl-Heinz Schulte teilte dem Architekten in einem Schreiben vom 9. Dezember 1969 mit, dieser solle sich

„wie vereinbart“² mit dem Sprecher des Künstlerkollektivs „Schloßstraße 8“, Hans Schönfeld, in Verbindung setzen, um mit diesem alles Weitere zu erörtern. Zum ersten Mal wurde die Künstlergruppe konkret von der Stadtverwaltung dazu aufgefordert, für „Kunst am Bau“ verschiedene Entwürfe einzureichen.³ Letztlich konnte Rudolf Mauke mit einem für sein künstlerisches Schaffen repräsentativen Entwurf – keramische Reliefs – den Kunstbeirat sowie die Jury im Kulturausschuß für sich gewinnen. Doch worum ging es ganz konkret?

Eine auszugestaltende Wand im Foyer des Jugendfreizeitbereichs der Schule sollte durch die im Wolfsburger Schloss ansässige Gruppe gestaltet werden. Helga Flabb-Pape, Gustav Beck, Heinrich

Heidersberger, Jürgen Siems, Jochen Kramer sowie Hans Schönfeld reichten ebenso Entwürfe ein wie Rudolf Mauke.⁴ Dieser hatte bereits zwei Jahre zuvor einen Verbindungsgang derselben Schule mit Keramikreliefs verziert.⁵ Ganz offiziell hieß es im Frühjahr 1970 in einem Schreiben des Hochbauamts: „Die Gruppe ‚Schloßstraße 8‘ [...] wird beauftragt, für das Volksschulzentrum Detmerode in Abstimmung mit dem Architekten, Herrn Dr.-Ing. R. R. Gerdes, zu einem Entwurfshonorar von DM 3.000 mehrere Entwürfe für die künstlerische Ausgestaltung anzufertigen.“⁶ Doch einige Mitglieder kamen dem städtischen Aufruf nicht nach, darunter das Ehepaar Szaif-Pawlowa sowie die Maler Paul Kurt Bartsch *Fortsetzung auf Seite 20*

Fortsetzung von Seite 19 und Hans Hirschler. An Ideen mangelte es der Gruppe dennoch nicht. Sie präsentierte bereits nach wenigen Monaten sechs Entwürfe, die in den Akten jedoch nicht weiter beschrieben wurden. Das eigens zur Beratung in Kunstfragen der Verwaltung beistehende Gremium des Kunstbeirates trat im Mai des Jahres 1970 zusammen, um seine Empfehlung abzugeben. Dabei wussten die Entwürfe Flabb-Papes, Becks sowie Heidersbergers die Mitglieder nicht zu überzeugen, bei dem Rudolf Maukes gab es dagegen keine Einwände. Im Blickfeld rangierten die Einreichungen von Siems und Kramer. Doch erhielt Mauke, wie es in einem Schreiben des Schul- und Kulturamtes hieß – unsere Archivalie des Monats –, den Zuschlag zur Anfertigung zweier keramischer Wandreliefs:

„DER KÜNSTLER RUDOLF MAUKE HAT BEREITS 1968 [3] KERAMISCHE RELIEFS AM VORHANDENEN VERBINDUNGSGANG IM SCHULZENTRUM AUSGEFÜHRT. DIE JETZT VORGELEGTEN ENTWÜRFE FÜR [2]

WEITERE KERAMISCHE RELIEFS STEHEN IN VERBINDUNG MIT DIESEN ARBEITEN. DER KUNSTBEIRAT HAT HIERGEGEN EINWENDUNGEN NICHT ERHOBEN. DIE KOSTEN FÜR DEN ENTWURF UND AUSFÜHRUNG BETRAGEN 9.500,- DM.“⁷

Die viereckigen, in braunen Erdtönen gehaltenen und aus Ton gebrannten Objekte messen 2,35 Meter mal 2,05 Meter. Optisch ähneln sie augenfällig den drei Reliefs, die Mauke bereits zwei Jahre zuvor am Gebäude anbrachte. Damit befinden sie sich im Einklang mit seinem Gesamtwerk und sind geradezu typisch für sein plastisches Schaffen. Ein x-förmiger Körper teilt das Relief in vier Abschnitte, die sich rechts und links sowie oben und unten an die Bildränder schmiegen. Zudem befindet sich ein rechteckiger Teilbereich im Zentrum der Keramik. Innerhalb dieser Abschnitte ordnet der Künstler geometrische Formen: Sie zieren Kreise, Rechtecke, Quadrate und Ellipsen. In den Bildecken finden sich Dreiecke. Das Relief wirkt wie ein mechanisches Konstrukt: Jedes

Element scheint an einem bestimmten Ort platziert zu sein, um den Körper zusammen zu halten. Eine Komposition aus Ösen, Unterlegscheiben, Knöpfen und Scharnieren, die wie bei einer Spieluhr ineinandergreifen. Der Künstler selbst bezeichnete die Plastik seinerzeit als eine „sowohl flächenbezogen-konstruktive als auch kinetisch und seriell erlebbare Formung.“⁸

Maukes Arbeit hatte schon in der Vergangenheit viel Zuspruch aus der Verwaltung erhalten. Überhaupt war er im Jahr 1964 erst auf Anfrage des damaligen Oberbürgermeisters Uwe-Jens Nissen nach Wolfsburg gelockt worden.⁹ Seine daraufhin geschaffenen Werke im Wolfsburger Klinikum, ein 5,5 Meter mal 3 Meter großes Wandrelief, oder eine sich im Schloss Wolfsburg aufgestellte Vase, wirken im Vergleich mit seinen Arbeiten, die er für die Weltausstellungen in Brüssel (1959) und den Berlin-Pavillon in New York (1964) großformatig auf 32 Quadratmetern geschaffen hatte, zwar verhältnismäßig klein, doch sind sie gerade vor diesem

Hintergrund wahre Schätze im Wolfsburger Stadtbild.

1 StadtA WOB, Az. 41 51, Kunst im Stadtbild, Schul- und Kulturamt, Vermerk, Gespräch mit der Gruppe „Schlossstraße 8“ vom 17. August 1970.

2 StadtA WOB, Az. 41 51, Kunst im Stadtbild, Schulte an Gerdes vom 9. Dezember 1969.

3 „Relief und ‚Kinetik‘. Kunstbeirat, Kulturausschuss und Schloßstraße 8 gebühren Dank“, in: Wolfsburger Allgemeine Zeitung vom 26. August 1970.

4 StadtA WOB, Az. 41 51, Kunst im Stadtbild, „Schlossstraße 8“ an Gerdes vom 3. März 1970.

5 StadtA WOB, Az. 41 51, Kunst im Stadtbild, Künstler L-M, Schul- und Kulturamt an den Kulturausschuss, Bauausschuss und Verwaltungsausschuss, Kunst am Bau vom 19. März 1968.

6 StadtA WOB, Az. 41 51, Kunst im Stadtbild, Schul- und Kulturamt an das Hochbauamt vom 24. März 1970.

7 StadtA WOB, Az. 41 51, Kunst im Stadtbild, Schul- und Kulturamt an den Kulturausschuss vom 27. Mai 1970.

8 StadtA WOB, Az. 41 51, Kunst im Stadtbild, undatierte Beschreibung der Reliefs von Mauke.

9 Helmut Raabe, Informationstext über Rudolf Mauke, in: Kulturbüro Wolfsburg (Hg.), Künstlergruppe Schloßstraße 8. Wolfsburg 2007, S. 26f.



Quelle: StadtA WOB, S 105, D 1

Es muss zur Mittagszeit an einem warmen Spätsommertag gewesen sein, als der Grünplaner Wilhelm Heintz diese Aufnahme getätigt hat. Die Sonne stand bereits hoch am Himmel, wie am Schattenwurf des Saat-Hafers im Bildvordergrund wie auch der die Fotografie dominierenden sechs Hängebirken zu erkennen ist. Sie ist auf einer leichten Erhöhung inmitten eines von verschiedenen Gräsern und Wildblumen gesäumten Feldweges entstanden, der die beiden Getreidefelder teilt. Der Hafer steht kurz vor der Ernte. Demnach könnte die Fotografie gegen Ende Juli, Anfang August aufgenommen worden sein. Heintz war im Dezember 1937 von der *Gesellschaft zur Vorbereitung des Deutschen Volkswagens mbH* damit beauftragt worden, ein Gutachten über die Siedlungsmöglichkeiten im Raum süd-östlich von Fallersleben zu erstellen – und damit maßgeblich an der Planung der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ beteiligt.

Diese Aufnahme, die sich in seinem Nachlass als Teil einer umfangreichen fotografischen Sammlung erhalten hat, ist innerhalb dieser unter „Landschaften“ rubriziert, entstand aber gewiss im Kontext seiner genannten Gutachtertätigkeit. Zwar hat Heintz auch den weiteren Auf-

ADM 1/2021

Landschaften lesen

Der Laagberg zur Zeit seiner landwirtschaftlichen Nutzung

VON ALEXANDER KRAUS

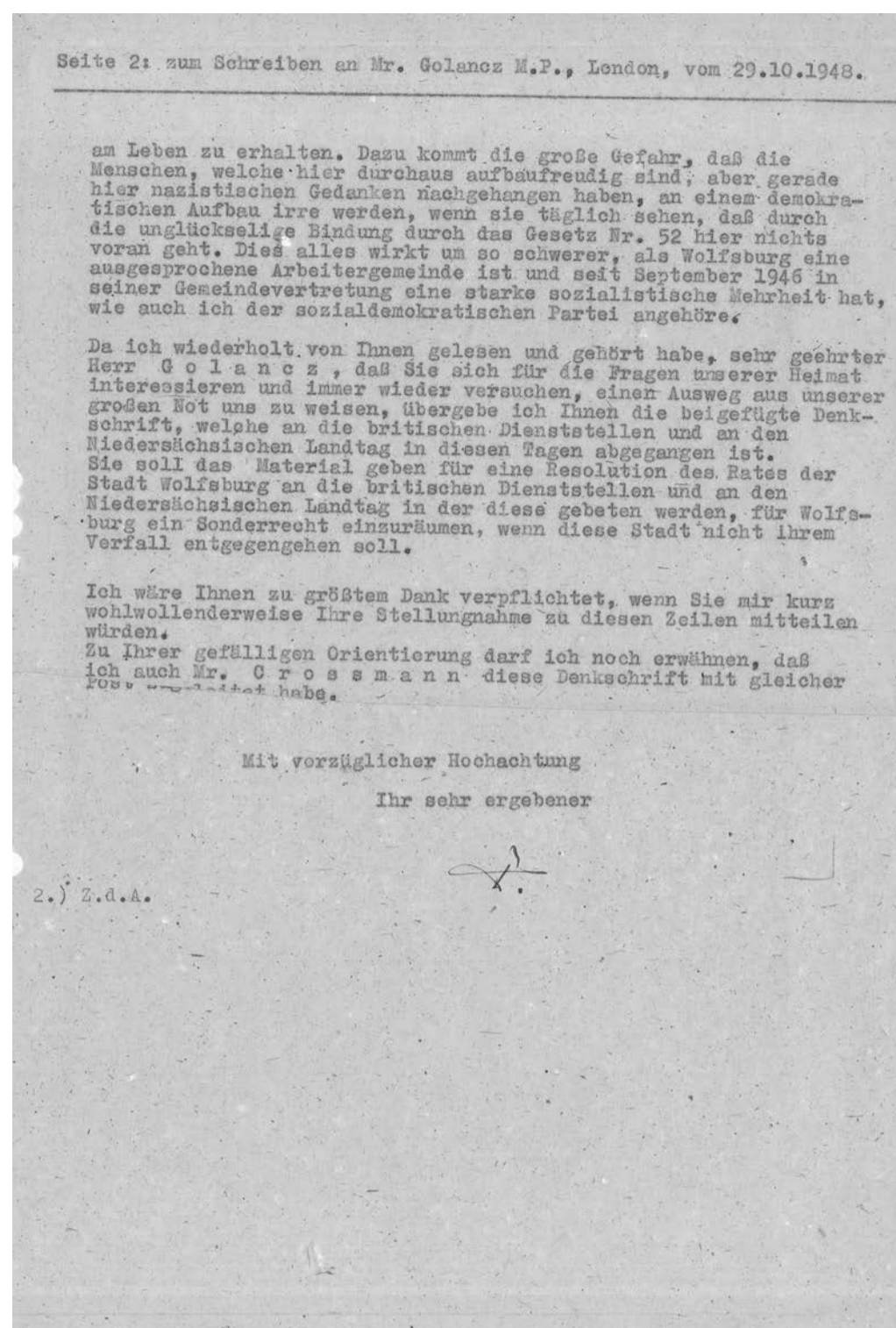
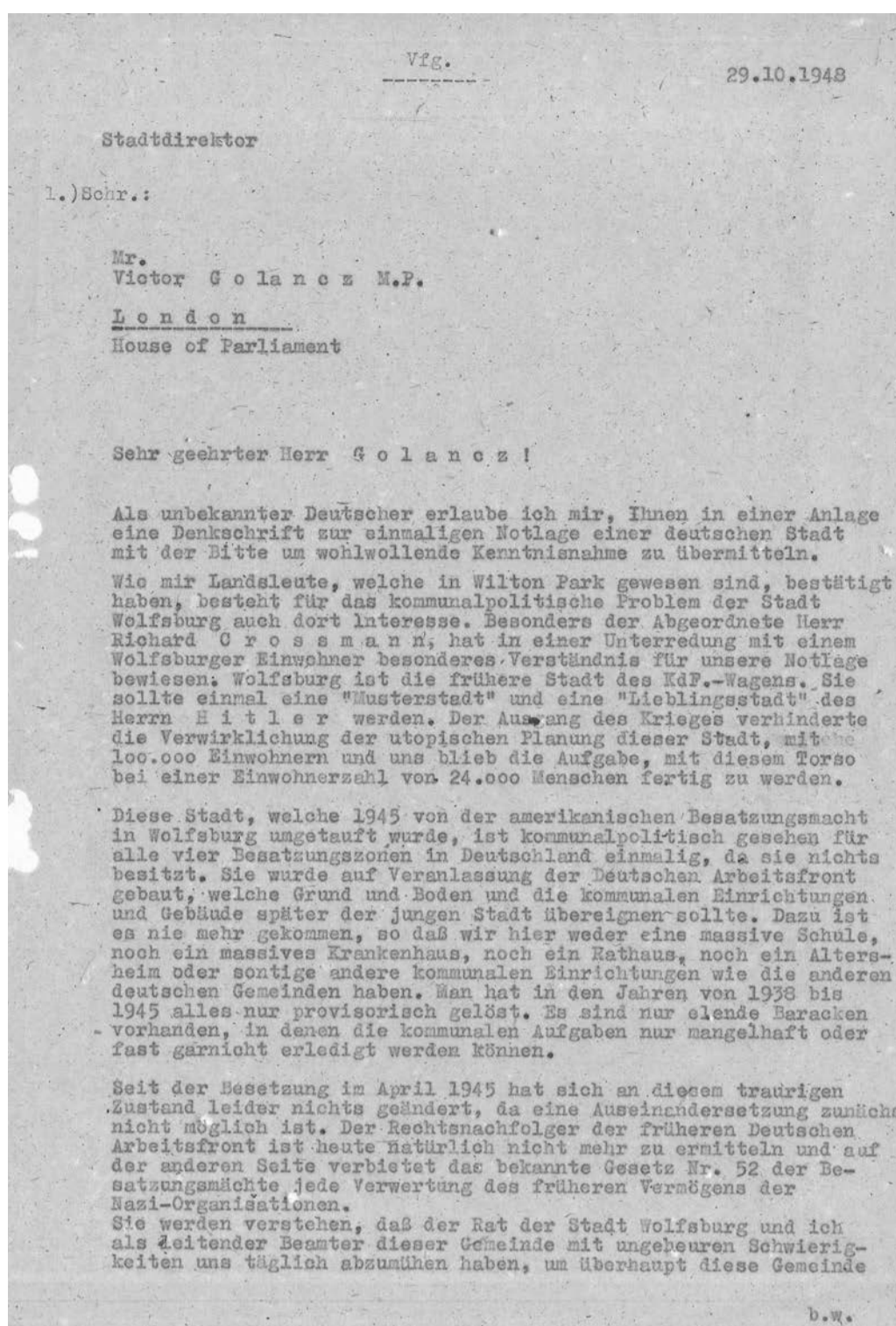
bau der anvisierten NS-Mustersiedlung über Jahre in verschiedenen Positionen begleitet, dennoch ist davon auszugehen, dass die Fotografie zu einem frühen Zeitpunkt seiner Tätigkeiten, wahrscheinlich schon im Sommer 1938 entstanden ist. Sie eröffnet demnach eine Perspektive auf die Vorgeschichte des heutigen Siedlungsraumes der Stadt Wolfsburg – auf den Laagberg, um genau zu sein.

Denn auf diesem stand Heintz, als er Blick und Objektiv über das westnordwestlich gelegene Fallersleben schweifen ließ. Einzelne Häuser, die etwas jüngeren Datums erscheinen, sind in Verlängerung des Feldweges in der Bildmitte zu erahnen, im rechten Bildhintergrund wiederum sind größere, wohl ältere Bauernhäuser in dichter Besiedlung zu erkennen. An deren Rand zeichnet sich eine Streuobstwiese womöglich mit einem Bestand aus Apfel- und Pflaumen-

bäumen deutlich ab. Die agrarisch erschlossene Landschaft, die in der linken Bildhälfte wenigstens zwei Alleen erkennen lässt – eine davon, links hinten auf der Aufnahme, wahrscheinlich die Ehmer Straße –, ist von Gebüschinseln, Hecken und unterschiedlich großen Laub- und Nadelwäldchen strukturiert. Einzelne Felder sind bereits abgeerntet, zumindest deuten Getreidepuppen in der hinteren Bildhälfte darauf hin. Damit gibt die Fotografie ein gutes Bild von der in jenen Jahren noch landwirtschaftlich geprägten Region rund um Fallersleben, die durch die Errichtung des Volkswagenwerks und der dazugehörigen Stadt einen ungeheuren Aufschwung erleben und aus ihrer beschaulichen Stille gerissen werden sollte.

Der symmetrische Aufbau der Fotografie wie auch die gewählte Perspektive lassen den geübten Blick des Grünplaners

erkennen. Heintz sollte, obgleich er im „Dritten Reich“ Karriere gemacht hatte, seine vielfach gewonnene Expertise und Ortskenntnis auch in der Nachkriegszeit an alter Wirkungsstätte erfolgreich einbringen. Dabei halfen ihm, wie so oft in der Bundesrepublik der Wiederaufbaujahre, alte Seilschaften – in diesem Falle die mit Peter Koller. Der Architekt und Stadtplaner Koller wurde 1937 damit beauftragt, die „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ zu planen. Für das zu erstellende Gutachten brachte er Heintz in Position, mit dem er seit 1934 bekannt war. Als dann Koller, in den Nachkriegsjahren noch vor seiner 1955 erfolgten Ernennung zum Stadtbaurat als freier Architekt in Wolfsburg tätig, mit dem Teilbebauungsplan für den Laagberg beauftragt wurde, vertraute er einmal mehr auf die Expertise von Heintz. Dieser sollte die dazugehörigen Grünplanungen übernehmen – demnach für ein Gebiet, das er, wie die Fotografie belegt, schon frühzeitig erkundet hat, das in der Zwischenzeit jedoch zum Standort für ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme geworden war. Es ist zu bezweifeln, dass die Häftlinge die sie umgebende Landschaft mit ähnlichen Augen gelesen haben.



Quelle: StadtA WOB, HA 291, Bd. 2

Nur drei Jahre nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur, die die Welt in einen verheerenden Krieg mit knapp 60 Millionen Toten stürzte und deren menschenverachtende Ideologie die Ermordung von 13 Millionen Menschen zu verantworten hatte, gab bei der zweiten Kommunalwahl am 28. November 1948 64,3 Prozent der wahlberechtigten Wolfsburger Bevölkerung einer rechtsradikalen Partei ihre Stimme. Für die Demokratisierungsbemühungen der britischen Militärregierung war dies ein kolossaler Rückschritt, für die deutschlandweite Öffentlichkeit ein Schock. Zumindest ein genauer Beobachter der Nachkriegssituation in Wolfsburg zeigte sich jedoch anscheinend weniger erschüttert, wie ein Schreiben des damaligen Stadtdirektors Johannes Dahme an den britischen Abgeordneten Victor Golancz nahelegt.

Das Schreiben datiert vom 29. Oktober 1948, ist demnach einen Monat älter als die besagte Wahl. Es beginnt mit „[a]ls unbekannter Deutscher erlaube ich mir, Ihnen in einer Anlage eine Denkschrift zur einmaligen Notlage einer deutschen Stadt mit der Bitte um wohlwollende Kenntnisnahme zu übermitteln“. Selbstredend ist hier von der Stadt Wolfsburg die Rede, deren durch Dahme benannte Krisensituation eine Folge ihrer Gründungsgeschichte ist. Im Jahr 1938 als nationalsozialistische „Musterstadt“ auf dem Reißbrett entstanden, war die Stadt in den ersten Nachkriegsjahren kaum mehr als ein Torso. Baracken dominierten das Stadtbild. Der erste Rechtsträger der Stadt war mit der *Deutschen Arbeitsfront* (DAF) jene nationalsozialistische Massenorganisation, die als Folge der Gleichschaltungstaktik an die Stelle der gewerkschaftlichen Organisationen getreten war. Sie wurde mit dem Aufbau

ADM 2/2021

Post nach England

Ein Schreiben des damaligen Stadtdirektors Johannes Dahme an den britischen Abgeordneten Victor Golancz

VON ALEKSANDAR NEDELKOVSKI

der Stadt beauftragt. Mit dem Kriegsende erbt die Stadt folglich nicht nur einen städtebaulichen Scherbenhaufen, sondern auch einen rechtlichen.

Dahme macht hierfür unter anderem das Gesetz Nr. 52 der britischen Militärregierung verantwortlich. Dieses trat zeitgleich mit der Besetzung Deutschlands durch die Alliierten in Kraft. Es blockierte neben unrechtmäßig oder unter Zwang angeeigneten Gütern auch sämtlichen Reichs- und Parteibesitz. Davon war auch die Stadt Wolfsburg be-

troffen, waren die Grundstücke der Stadt doch im Besitz der DAF. Die Briten beschlagnahmten diesen und übertrugen ihn an das Land Niedersachsen. Die daraus resultierende ungeklärte Rechtsnachfolge hemmte in den Nachkriegsjahren den Stadtaufbau und sollte sich erst 1955 klären, als Wolfsburg die kommunale Erstausrüstung erhielt. Noch 1948 zeigte sich die Misere in aller Deutlichkeit. Dahme brachte den aus seiner Sicht unhaltbaren Zustand in seinem Schreiben auf den Punkt: Die Konstellation sei „ein-



Barackenstadt Wolfsburg, Schachtweg, August 1950, Foto: Werner Ulbrich

malig, da sie [die Stadt] nichts besitzt“. Er listete zudem akkurat auf, was alles fehle: Es gäbe „weder eine massive Schule, noch ein massives Krankenhaus, noch ein Rathaus, noch ein Altersheim oder sonstige andere kommunale Einrichtungen wie die anderen deutschen Gemeinden haben“. Die Stadt stellte ihm zufolge ein bloßes Provisorium dar, das die kommunalen Aufgaben kaum bis gar nicht bewältigen könne. Diese missliche kommunalpolitische Situation wurde durch eine hohe Anzahl von Geflüchteten und Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten, für die Wolfsburg ein erster Anlaufpunkt kurz hinter der Grenze zur SBZ war, zusätzlich verkompliziert.

Umso bemerkenswerter erscheint Dahmes Schreiben an Golancz, warnte er doch davor, dass „die Menschen, welche hier durchaus aufbaufreudig sind, aber gerade hier nazistischen Gedanken nachgegangen haben, an einem demokratischen Aufbau irre werden, wenn sie täglich sehen, daß durch die unglückselige Bindung durch das Gesetz Nr. 52 hier nichts voran geht“. War der Ausgang der Wahl am 28. November 1948 demnach in Konsequenz das „irrsinnige“ Ergebnis der Verbindung aus personellen sowie ideologischen NS-Kontinuitäten und britischer Besatzungspolitik? Dahme schien zu ahnen, dass der demokratische Neuanfang in Wolfsburg unter erschwerten Bedingungen erfolgte. Das Explosionspotenzial innerhalb dieser Stadt war für den damaligen Stadtdirektor nicht zu übersehen. Daher bat Dahme den Empfänger seines Schreibens um Sonderrechte für die Stadt, damit diese „nicht ihrem Verfall entgegengehen soll“. Zumindest am 28. November 1948 war der Verfall, der einem Rückfall glich, nicht aufzuhalten.

ein englischer student sieht wolfsburg

John Renwick (20), Student an der Universität Oxford, lebt z. Z. in Wolfsburg, um seine deutschen Sprachkenntnisse zu vervollständigen.

Wir hatten mit John ein gutes Gespräch und baten ihn, uns über seine Eindrücke in Wolfsburg einen Aufsatz zu schreiben.

Hier ist er:

Bevor ich begann, diesen Artikel zu schreiben, bat man mich ausdrücklich, daß, obgleich Engländer von Natur aus höflich seien, ich es auf keinen Fall sein sollte, wenn ich meine Eindrücke von Wolfsburg niederschrieb. In aller Aufrichtigkeit werde ich versuchen, diese zweifelhafte englische Eigenschaft abzulegen und das zu schreiben, was ich wirklich denke. Wenn Sie mit meiner Meinung nicht einverstanden sind, dann liegt es weder an Ihnen noch an mir, denn man muß wohl bedenken, daß Sie, der Leser, weit länger in Wolfsburg sind als ich. Was Ihnen besonders gefällt, habe ich vielleicht noch nicht gesehen, vermute vielleicht nicht einmal sein Vorhandensein, aber wohl mag mein Vorteil darin liegen, daß ich in keinem Sinne zu Wolfsburg gehöre und daher völlig unbefangen bin.

Als ich an einem Sonntagnachmittag von Hannover nach Wolfsburg fuhr, hatte ich keine Vorstellung, wo Wolfsburg liegen könnte, denn ich konnte es auf keiner Landkarte finden. Dies ist natürlich eine Folge des erstaunlichen, fast unbegreiflichen Anwachsens der Stadt während der letzten zehn Jahre. Für Wolfsburg gelten andere Gesetze. Für den Reisenden, der bei Nacht ankommt, wird die Stadt deutlich angekündigt durch die beiden Neonlichter, die wie riesige hellblaue Augen über ihr schweben. Nachts dienen diese Lichter dazu, alle daran zu erinnern, daß dies die VW-Stadt ist. Aber in der Tat ist dies nicht alles.

Niemals in meinem ganzen Leben bin ich so stark daran erinnert worden, daß diese Stadt allein von der Autoindustrie abhängt. Wenn ich über die Volkswagenbrücke um 5 Uhr komme, glitzern, so weit ich blicken kann, die Scheiben der Volkswagen in der Sonne wie ein mit Perlen übersäter See; neun von zehn Autos auf der Straße sind Volkswagen. Wenn ich durch den Park zum Jugenddorf täglich gehe, komme ich am Denkmal Ferdinand Porsches vorbei, der nicht, wie man eigentlich vermuten sollte, auf das Werk blickt, sondern in anderer Richtung. Aber hierin sehe ich kein Versehen beim Aufstellen, sondern vielmehr einen feinen, aber unbewußten Hinweis auf das Empfinden der großen Mehrheit, die ihm ihren Lebensunterhalt zu verdanken hat.

Alle, die zum ersten Mal kommen, scheinen diese Haltung einzunehmen, wenden sich ab von der Eintönigkeit und glitzernden Helle, wenn sie in Wolfsburg nur

6

eine Anhäufung tausender moderner Gebäude sehen, die keinen Eindruck eines zusammenhängenden Gemeinwesens zu vermitteln scheinen. Dies fällt mir ganz besonders auf, wenn ich die ungewöhnlich breiten Straßen sehe, die so einheitlich und dem englischen Betrachter völlig ungewohnt sind. In meiner Heimatstadt bin ich gewohnt, eine Mischung von Alt und Neu im Stil der Gebäude zu sehen, und es ist angenehm, daß jegliche Einheitlichkeit fehlt.

Meine Beschäftigung mit der deutschen Literatur läßt mich immer das alte Deutschland suchen, das Deutschland des Goetz von Berlichingen und des Heinrich von Ofterdingen und der Romantiker, in der Hoffnung, ihre Taten in ihrer eigentlichen Umgebung nachzuerleben. Mein Standpunkt ist so hoffnungslos romantisch, in rein literarischem Sinne, daß es mir unmöglich ist, mich in der modernen mechanisierten Welt zurechtzufinden, und so auch in Wolfsburg.

JOHN RENWICK

jugend und politik

Kürzlich hat der Süddeutsche Rundfunk Jugendliche über die Politik der Gegenwart und nahen Vergangenheit befragt. Die Antworten zeigten in großem Maße Unwissenheit und falsche Kenntnisse.

Es gibt sehr viele Erwachsene, die in Wahl- und Elternversammlungen, am Stammtisch, auf der Straße und überall dort, wo sie einen des Zuhörens Willigen treffen, darüber klagen, daß sich die Jugend so wenig für Politik interessiere.

Nun, das stimmt nicht ganz. Es gibt doch manche Jugendliche, die das politische Tagesgeschehen in den Zeitungen und in den Nachrichten der Rundfunkanstalten aufmerksam verfolgen. Sie möchten sich natürlich auch in den Schulen mit den Problemen des Dritten Reiches und der heutigen Politik auseinandersetzen. Sie möchten, doch können es nicht: Seit vielen Jahren hören wir von jungen Menschen Klagen, daß der Geschichtsunterricht in den Schulen oft mit dem ersten Weltkrieg ende.

Selbstverständlich ist das nicht überall so, es gibt sogar Schulen, in denen man sich im Geschichtsunterricht bis zum Jahre 1930 vorwagt.

Welche Mängel in der »Gegenwartskunde«! Sie geht seelenruhig über die Ereignisse vor und während des letzten Weltkrieges und der folgenden Jahre hinweg. Ohne Kenntnis dieser Geschehnisse kann aber keine »Kunde der Gegenwart« gegeben werden.

7

junge stadt – Wolfsburg Jugendbrief,
September 1959, StadtA WOB,
Druckschriftensammlung, 15.02

In Zeiten der sozialen Medien vernetzen sich junge Menschen ganz einfach über das Internet und können in kürzester Zeit ihre Erfahrungen teilen. Printmedien wie der Wolfsburger *Jugendbrief* sind aus heutiger Sicht längst obsolet geworden. Doch noch vor wenigen Jahrzehnten sah das ganz anders aus: Während seines Aufenthaltes in der Stadt Wolfsburg, der der Festigung seiner Deutschkenntnisse galt, verfasste der damals 20-jährige John Renwick, Student an der *Universität Oxford* in England, einen kurzen Artikel für die dritte Ausgabe des vom städtischen Jugendpfleger verantworteten Magazins *junge stadt – Wolfsburger Jugendbrief* vom September 1959. Das Heft diente bis in die 1970er Jahre hinein als Sprachrohr für Anliegen und Gedanken der jungen Wolfsburgerinnen und Wolfsburger. Zufälligerweise lernte Renwick eines Abends einige Jugendliche der Redaktion kennen. Nach einem längeren Gespräch folgte die Frage, ob er nicht einen Aufsatz über seine Eindrücke von der Stadt für den *Jugendbrief* niederschreiben würde. Er zögerte nicht lange und schrieb einen Gastbeitrag – unsere Archivalie des Monats März. Doch wie sah ein junger Engländer eigentlich Wolfsburg Ende der 1950er Jahre?

„BEVOR ICH BEGANN, DIESEN ARTIKEL ZU SCHREIBEN, BAT MAN MICH AUSDRÜCKLICH, DASS, OBGLEICH ENGLÄNDER VON NATUR AUS HÖFLICH SEIEN, ICH ES AUF KEINEN FALL SEIN SOLLTE, WENN ICH MEINE EINDRÜCKE VON WOLFSBURG NIEDERSCHRIEBE. IN ALLER AUFRICHTIGKEIT WERDE ICH VERSUCHEN, DIESE ZWEIFELHAFTE ENGLISCHE EIGENSCHAFT ABZULEGEN UND DAS ZU SCHREIBEN, WAS ICH WIRKLICH DENKE.“

ADM 3/2021

Mechanisierte Welt ohne Tradition?

Die Stadt Wolfsburg in den Augen eines englischen Studenten

VON FELIX BAUER

Mit diesen Worten eröffnete Renwick seinen Text, mit denen er humorvoll, gar ironisch die Stereotypen seines Heimat-, aber auch seines Gastlandes aufgreift. Unabhängig davon versicherte Renwick jedoch, allein das zu schreiben, was er wirklich denke; als ausländischer Besucher gehöre er „in keinem Sinne zu Wolfsburg“ und könne „daher völlig unbefangen“ sein.

Junge stadt, dieser Name stand nicht nur für das städtische Jugendmagazin, sondern auch für die Bevölkerung Wolfsburgs wie auch die Stadt selbst. Im Jahre 1938 als nationalsozialistische Mustersiedlung unter dem provisorischen Namen „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ für das neue Volkswagenwerk gegründet, bekam sie nach Kriegsende mit „Wolfsburg“ einen neuen Namen. Anstatt die Werksanlagen zu demontieren, entschieden sich die britischen Besatzer die Produktion weiterzuführen und übergaben sie binnen kurzer Zeit wieder an die Deutschen zurück. Das Unternehmen begann schon bald zu prosperieren und bedingte so auch das rasche Wachstum der Stadt. Renwick hingegen versicherte noch, er habe Wolfsburg „auf keiner Landkarte finden“ können, was er sich allein über das „er-

staunliche, fast unbegreifliche Anwachsens der Stadt während der letzten zehn Jahre“ erklären könne.

Für ihn sind das Volkswagenwerk und die Stadt Wolfsburg untrennbar miteinander verbunden, was sich nicht zuletzt auch für den nächtlichen Reisenden durch die Lichter der Stadt erschließe: Diese werde „deutlich angekündigt durch die beiden Neonlichter, die wie riesige hellblaue Augen über ihr schweben. Nachts dienen diese Lichter dazu, alle daran zu erinnern, daß dies die VW-Stadt ist.“ Seiner These verleiht Renwick noch zusätzlichen Nachdruck. In Wolfsburg wirke das urbane, von der Autoindustrie geprägte Erscheinungsbild gar als natürliche idyllische Landschaft: „Wenn ich über die Volkswagenbrücke um 5 Uhr komme, glitzern, so weit ich blicken kann, die Scheiben der Volkswagen in der Sonne wie ein mit Perlen übersäter See; neun von zehn Autos auf der Straße sind Volkswagen.“ Daher erscheint es für Renwick auch nicht verwunderlich, dass ein Denkmal Ferdinand Porsches, des Konstrukteurs und Entwicklers des *VW-Käfers*, das er täglich passiert, in Richtung der Wohnsiedlungen und nicht gen Werk blicke. Er deutet dies als „unbewußten Hinweis auf das Empfinden

der großen Mehrheit, die ihm ihren Lebensunterhalt zu verdanken hat“.

Es enttäuschte den Studenten wohl ein wenig, in Wolfsburg auf so viel moderne Architektur gestoßen zu sein, wo er doch aufgrund seiner „Beschäftigung mit der deutschen Literatur“ stets das „alte Deutschland“ gesucht hatte, das Deutschland „des Goetz von Berlichingen und des Heinrich von Ofterdingen und der Romantiker“. Diese romantische Darstellung des Deutschlands der alten Literaten suchte Renwick in Wolfsburg wohl vergebens. Mit seinem Text zeigt er vielmehr exemplarisch den starken Kontrast von Wolfsburg im Vergleich mit anderen deutschen Städten. Sei es das Erscheinungsbild oder die junge Geschichte, die Renwick zu seiner Verwunderung und Orientierungslosigkeit führten, beides schien ihn aber dennoch intensiv zu beschäftigen.



359

Titelbild der September-Ausgabe 1959



Bürgerhalle im Rathaus zu Wolfsburg, das von 1955 bis 1958 nach Entwürfen des Wolfsburger Architekten Taeschner erbaut wurde. Photo Josef Jäger

HORST MÖNNICH

Eine Stadt von morgen

Wiedersehen mit Wolfsburg

Wer den Versuch macht, das Bild dieser Stadt zu beschreiben, muß eine Jahreszahl voransetzen, oder er läuft Gefahr, als unzuverlässiger Beobachter zu gelten. Hast du Wolfsburg gestern gesehen und erforscht, erkennst du es heute nicht wieder, und machst du dich überwältigt und mit Eifer daran, seine Gegenwart zu untersuchen und zu fixieren, dann gesteh dir ruhig schon dabei ein, daß du morgen, kommst du hierher, wiederum von vorn beginnen kannst: ein neuer, abermals anderer, noch nie geschauter Ort wird dich empfangen.

Ich hatte Glück, daß ich, als ich nach sieben Jahren Abwesenheit Wolfsburg wiedersah, mir einen Zeitpunkt ausgewählt hatte, der der Volkswagenstadt sichtbar – sichtbar als es Jahreszahlen vermögen – einen Einschnitt verlieh: das Rathaus, zehngeschossig, ein alle Dächer der Stadt monumental überragender Bau, war soeben eingeweiht worden, und Lkw um Lkw schleppte von den Baracken am Fuß des Steinkerberges, wo die Stadtverwaltung bisher gehaust hatte, Akten heran, in unförmige Kisten verpackt; Akten, ohne die ein Behördenapparat nun einmal nicht existieren kann, die aber auch bereits von Geschichte zeugten. Man zog um. Nein, man zog nicht um, diesmal nicht, man zog ein, endgültig sozusagen, und man zog in ein Haus ein, das sich Wolfsburg wirklich verdient, das es lange ersehnt und das es bitter, bitter nötig hatte. Das konnte ich sagen, der ich ja in dieser Stadt eine Zeitlang fast so etwas wie zu Hause gewesen war. Als ich damals, vor sieben Jahren, von hier schied, war noch kein Zentrum erkennbar gewesen, auch in Ansätzen nicht – und wenn man mich gefragt hätte, ob aus dieser heterogenen Ansammlung von kasernenartigen Häuserzeilen, schwärzlichen Baracken, hier einer aus Betonplatten bestehenden Straße, dort einem krüppeligen Weg, hier einem schon geschlossenen Siedlungskomplex, dort irgendwelchen häßlich ins Kraut geschossenen Zweckgebäuden, ob aus dieser von Kleingärten und Rübenäckern, von liegende-

Horst Mönnichs erstes Buch galt Wolfsburg, der „Autostadt“ (1951), sein zweites Deutschland, dem „Land ohne Träume“ (1954). Beide Bücher, entstanden aus der Begegnung mit der Wirklichkeit und geprägt von dem Willen, das Hintergründige aller Erscheinungen zu deuten, haben den Namen des Schriftstellers, der 1918 in Senftenberg/Lausitz geboren wurde und heute in Breilbrunn am Chiemsee lebt, weithin bekannt gemacht. Mit seinen Hörspielen und Erzählungen (z. B. „Erst die Toten haben ausgelernt“, 1956) bewies Horst Mönnich, daß er nicht nur die Form der dichterischen Reportage glänzend beherrscht; sein erzählerisches Werk hat einen vielversprechenden Anfang genommen.

lassen verwitternden Fundamenten durchsetzten Landschaft niemals eine Stadt werden würde – ich hätte mit den Schultern gezuckt.

Gestern abend traf ich hier ein. Es war kurz vor elf, als ich das Kopfplaster von Mörse unter mir spürte; alte Bauernhäuser huschten im Scheinwerferkegel vorbei, und ich dachte, welch günstige Stunde, kein Mensch mehr unterwegs, das Blenden entgegenkommender Wagen ist immer eklig. Ein Wegweiser wies mich von der Pflasterstraße nach rechts auf ein Betonband – neu! registrierte ich, der ich gewohnt war, Wolfsburg über Fallersleben anzusteuern – und erschrak vor zwei jäh vor mir auftauchenden Scheinwerferaugen und dem Rot eines Winkers, der die Richtung eingeschlagen hatte, aus der ich kam. Aber das war es nicht allein. Hinter den Scheinwerferaugen kamen zwei andere, zwei weitere hinter diesen, und wieder zwei, wieder, Fahrzeug hinter Fahrzeug. Ein Fackelzug, wie man ihn am Sonntagabend zwischen München und den Alpen erleben kann, wenn die Wochenendurlauber zurückkehren – nein, dies hier war noch imposanter, es konnte nicht zufällig, sondern mußte verabredet sein, unablässig quoll es mir entgegen, eine Lichterkette so lang wie dieses neue, elegante Betonband. Plötzlich hörte die Kette auf, der Wald zu beiden Seiten wich zurück, die Straße wurde viergleisig, Peitschenlampen beugten sich über sie – vor mir lag, von einem Lichtdom

III

Eine Stadt von morgen? – Merian-Heft Nr. 7 aus dem Jahr 1958

Strahlend hell spiegelt die breite Fassade des schmalen, zehnstöckigen Gebäudequaders das Sonnenlicht wider; im flachen, leicht vorgelagerten Glaspavillon wirkt dieser Effekt noch um ein Vielfaches verstärkt. Wie allein für diese Momentaufnahme arrangiert stehen zwei Männer im Mantel, deren Schatten auf den Gebäudeeingang geworfen werden, mit dem Rücken zum Betrachter vor der Eingangstür. Auf ihrer Kopfhöhe verraten halb verschattete Blocklettern den Zweck des Bauwerks: „Rathaus“. Diese Schwarz-Weiß-Fotografie findet sich auf der Titelseite des Merian-Hefts Nummer 7 aus dem Jahr 1958, die sich ganz Wolfsburg und dem „Land zwischen Harz und Heide“ widmet – unsere Archivalie des Monats April.

Dieses Wolfsburg, so ließe sich das Titelbild interpretieren, wird durch den erst im Erscheinungsjahr fertiggestellten und eingeweihten Rathausneubau repräsentiert, der den Abschluss der kommunalen Entwicklungsphase markierte. Aus der Froschperspektive aufgenommen entsteht der Eindruck einer erhabenen architektonischen Moderne, der durch das großformatige Glockenspiel des Berliner Künstlers Ernst Fritz Reuter an der Frontfassade noch verstärkt wird. Die am rechten Bildrand zu erahnenden im Heimatschutzstil erbauten Wohnhäuser aus den späten 1930er Jahren wirken dagegen wie Miniaturen aus einer anderen, hinter sich gelassenen Zeit. Wohl eher unbeabsichtigt drängt sich für heutige Betrachterinnen und Betrachter die Lesart eines ganz in der Gegenwart der 1950er Jahre verhafteten Wolfsburgs auf, das seine unliebsame Vergangenheit zu überstrahlen versucht, indes diese doch nach wie vor im Schatten der baulichen

ADM 4/2021

Die Entdeckung der Identität

Wolfsburger Stadtwerbung im Tourismusführer Merian

VON FABIAN KÖSTER

Moderne koexistiert. Doch lässt sich dieser Eindruck durch einen Blick in das Innere des Heftes bestätigen?

Bereits die erste Doppelseite scheint die unausweichlich mit Wolfsburg verbundene Moderne weiter zu beschwören: Während auf der linksseitigen Fotografie der spiegelglatte Boden die klaren Strukturen des Rathausinnern reflektiert, die Lektüre folglich bereits den Besuch simuliert, beschreibt Horst Mönnich rechtsseitig die „Stadt von morgen“. Der Schriftsteller lässt Leserinnen und Leser an seiner Visite der Stadt teilhaben, die – der Logik der Aufmachung folgend – am Rathaus beginnt und bei einem guten Wein im Ratskeller endet. Dabei zeichnet Mönnich Wolfsburg als einen sich ständig verändernden Ort, beinahe als lebendigen Organismus, dessen Herz das Volkswagenwerk darstellt. Er setzt aber auch die Bürgerinnen und Bürger selbst zentral, die in ihrer unerwarteten Kultiviertheit dem „Leitbild klassenkämpferischer Ideen“ widersprechen.¹ Fast scheint es, als klinge der American Dream an: „In Wolfsburg kannst du alles sein und werden!“ Der Arbeiter am Band, so die Pointe des Textes, könne ebenso Ratsherr der Stadt sein oder werden.

Während einige Passagen von Horst Mönnichs Text fast wie eine Verschriftlichung des Filmes *Metropolis* von Fritz

Lang wirken, scheinen die nachfolgend abgedruckten Fotografien Heinrich Heidersbergers und Willi Luthers diesen Eindruck auf der bildlichen Ebene noch zu verstärken: riesige Maschinen, Karoseriendächer auf der Presstraße, wunderbar geformte Bleche, glatt polierte Karosserien und schier endlose Reihen des VW Käfers, die über Förderbänder am Hallendach entlanggleiten. Dieser großformatigen Bilderstrecke ist der Text „Allerlei Merkwürdigkeiten“ des Journalisten Joachim Karsten an die Seite gestellt, der ehrfürchtig staunt: „2000 Volkswagen an einem Tag – und jedes Auto besteht aus rund 5000 Einzelteilen: Hinter diesen Zahlen steht ein tausendfältig komplizierter Organisationsplan, in dem Mensch und Maschine sinnvoll zusammenwirken.“²

Wolfsburg und Volkswagenwerk, das vermittelt die Lektüre des Tourismusführers, scheinen synonym. Folgerichtig wird auf den nächsten Seiten nicht etwa ein Lokalpolitiker vorgestellt, sondern sind zwei biografische Skizzen zentral platziert, die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Konzerns personifizieren: Da ist zunächst ein launischer Text Ferry Porsches über seinen Vater Ferdinand, der den Eindruck des bodenständigen Familienvaters und leidenschaftlichen Rennfahrers vermittelt³ – und auf diese Art die Anfangszeit des Automo-

bilherstellers romantisierend mit Leben füllt, ohne eine politische Ebene überhaupt zu berühren. Ganz anders funktioniert dagegen der mit „Nordhoff“ überschriebene Folgetext: Hier wird der ‚anpackende‘ aber doch kultivierte Konzernführer vorgestellt, der plant, organisiert, international agiert und dabei Erfolge sammelt. Erst am Ende wird einer möglichen Überhöhung Einhalt geboten – Heinrich Nordhoff sei nicht der „König von Wolfsburg“, wie es nicht selten hieß, sondern „einfacher Menschen einfacher Sohn“.⁴

Und die Söhne und Töchter der Stadt, das offenbart sich beim Weiterblättern, sind vor allem eines: jung. Nicht zufällig findet sich wohl ein Text der Lehrerin Irmgard Zaddach, die die Wolfsburger Vorzüge gegenüber älteren Städten über die Stimmen der Jugend erzählen lässt: „Das ist alles so eng [...] Bei uns in Wolfsburg ist es doch schöner!“⁵ Eben jene Jugendlichen seien – aus den unterschiedlichsten deutschsprachigen Gebieten kommend – ohne Traditionsbewusstsein „allem Neuen“ zugewandt. Geschickt scheint sich hier ein passanter Trias aus Moderne, Industrie und Jugend zu vervollständigen. Die dahinter liegende Botschaft: Die Zukunft hat in Wolfsburg längst begonnen.

Ganz ohne Tradition kommt das Heft dann aber doch nicht aus: Analog zu Horst Mönnich dürfen Leserinnen und Leser den Schriftsteller Christian Ferber bei seinem (Wieder-)Besuch der Stadt begleiten. Noch 1938 sei er an gleicher Stelle, wo aktuell „Industriemirakel“ dominierten, über Kartoffelfelder geschlendert. Nun aber, zwanzig Jahre später – elegant überspringt auch Ferber die Jahre 1938 bis 1945 –, *Fortsetzung auf Seite 24*

Das Wolfsburger Rathaus als Werbeträger, Titelcover, *Merian*-Heft Nr. 7, 1958

Fortsetzung von Seite 23 habe die „Zweckarchitektur“ der einstigen „Erbauer“ einen intimen Reiz bekommen: Dieser Reiz gehe von den aktuellen Bewohnern aus, die die „fruchtbare Erde“ aus seiner Erinnerung wieder mit Leben füllen würden.⁶ Der Schriftsteller versteht es hier, einen Traditionsort zu schaffen und mit Nostalgie aufzuladen, wo eigentlich keine vorkommen dürfte, während es ihm zugleich gelingt, die NS-Zeit kritisch einzuordnen, ohne sie zu benennen. Bemerkenswerterweise wird im Tourismusführer, der Anreize für einen Besuch schaffen soll, die schwierige Vergangenheit Wolfenbüttels thematisiert, dabei aber zeitgleich bereits als erfolgreiche Transformation präsentiert. Und jene fügt sich nahtlos in das geschickte Zusammenspiel der vorherigen Texte und Bilder.

Die insgesamt so wohl durchdachte und perfekt abgestimmte Werbung für Wolfen-

büttel im *Merian*-Heft verblüfft allerdings nur auf den ersten Blick, denn was das Impressum der Zeitschrift nicht verrät: Die Stadt selbst hatte die Ausgabe in Auftrag gegeben⁷ und darin offensichtlich das Narrativ einer zukunfts-gewandten und jungen Moderne bedienen wollen, um gleichzeitig als ‚Volkswagenstadt‘ einen neuen und anderen touristischen Anziehungspunkt zu schaffen. Neben dem „Land zwischen Harz und Heide“, dem ebenfalls einige Seiten gewidmet sind, enthält das Reisemagazin ebenfalls einige Passagen zu Braunschweig, die einen scharfen Kontrast setzen. Denn hier wird vor allem eine Geschichte der Restauration erzählt, der Wiederaufbau der alten Kultur und deren Erhaltung thematisiert⁸ – kurzum: all jenes, was Wolfenbüttel nicht zu sein scheint beziehungsweise als das es die Stadtwerber nicht präsentiert haben wollten. Insofern wurde hier zusätz-

lich ein bewusstes Distinktionsmerkmal platziert: Das kulturelle ‚Gestern‘ lässt die „Stadt von morgen“ noch interessanter erscheinen.

- 1 Horst Mönlich, „Eine Stadt von morgen. Wiedersehen mit Wolfenbüttel“, in: *Merian. Das Monatsheft der Städte und Landschaften*, Jg. 11 (1958), H. 7, S. III–X, hier S. VI.
- 2 Joachim Karsten, „Allerlei Merkwürdigkeiten“, in: ebd., S. XIV–XIX, hier S. XVI f.
- 3 Siehe Ferry Porsche, „Porsche“, in: ebd., S. XX.
- 4 K.A. Schenzinger, „Nordhoff“, in: ebd., S. XXI.
- 5 Hier und im Folgenden Irmgard Zaddach, „Bei uns in Wolfenbüttel“, in: ebd., S. XXIV–XXVI, hier S. XXIV f.
- 6 Christian Ferber, „Mit Leben gefüllt“, in: ebd., S. XXVII–XXVIII, hier S. XXVII.
- 7 StadtA WOB, HA 118, Schriftwechsel über *Merian*-Hefte, Bildband Wolfenbüttel.
- 8 Siehe Bruno Kroll, „Braunschweig – dennoch Hauptstadt“, in: *Merian. Das Monatsheft der Städte und Landschaften*, Jg. 11 (1958), H. 7, S. 14–21.

5. Ideenwettbewerb „Kunst im Stadtbild Wolfenbüttels — KiS“

Zum 5. Mal schreibt das *Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation* (IZS) der Stadt Wolfenbüttel den Wettbewerb „Kunst im Stadtbild Wolfenbüttels – KiS, Ideenwettbewerb für den künstlerischen Nachwuchs“ aus. Der biennale Wettbewerb wurde im Jahr 2013 erstmalig ausgeschrieben.

Gegenüber den vorherigen Ausschreibungen wird der Ideenwettbewerb 2021 in den digitalen Bereich ausgeweitet. So richtet sich der Wettbewerb neben den Studierenden und jungen Absolventinnen und Absolventen der Fachrichtung „Freie Kunst“ und anderer Kunst-Studiengänge mit dem Schwerpunkt „Kunst im öffentlichen Raum“ auch an jene an den deutschen Hochschulen mit dem Schwerpunkt „Digitale Kunst“.

Erwartet wird von den Wettbewerbsteilnehmer*innen, dass sie sich mit der Entwicklung der Stadt Wolfenbüttel, der Geschichte der Kunst im Stadtbild Wolfenbüttels und der gegenwärtigen Situation Wolfenbüttels beschäftigen und zukunftsweisende Ideen für Projekte zur Kunst im Stadtbild von Wolfenbüttel entwickeln.

Der Wettbewerb bietet dabei die Möglichkeit zur Erprobung und Erforschung der Funktion von Kunst im öffentlichen – auch digitalen – Stadtraum. Die Teilnehmenden sollen sich damit auseinandersetzen, welche Rolle Kunst innerhalb der baulichen, digitalen, gesellschaftlichen und damit kulturellen Ausformung einer Stadt spielt. Wie sie den Menschen, sein analoges und digitales Umfeld sowie seine Wahrnehmung von sich und dem ihn umgebenden Stadtraum beeinflusst und verändert.

Alle Informationen zum Ideenwettbewerb 2021 erhalten sie unter www.wolfenbuettel.de/newsroom/2014/12/12/10/47/ideenwettbewerb.

Die nächste Ausgabe von DAS ARCHIV erscheint im Herbst dieses Jahres.

DAS ARCHIV

HERAUSGEBER

Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation der Stadt Wolfenbüttel

INSTITUTSLEITUNG

Anita Placenti-Grau

REDAKTION

Alexander Kraus
Aleksandar Nedelkovski
Anita Placenti-Grau

BILDREDAKTION

Katja Steiner

ANSCHRIFT

Stadt Wolfenbüttel,
Institut für Zeitgeschichte und Stadtpräsentation, Goethestr. 10 a,
38440 Wolfenbüttel, Tel. (05361) 27 57 30,
Fax 27 57 57, E-Mail:
izs-stadtarchiv@stadt.wolfenbuettel.de
www.wolfenbuettel.de/izs

Disclaimer: Trotz sorgfältiger Bemühungen konnten nicht alle Inhaber der Bildrechte ermittelt werden. Wir bitten darum dem IZS bestehende Ansprüche ggf. mitzuteilen.

AUFLAGE: 500
ISSN 2367-4431